



Hier die Nr. 3! Wir sind so frei!

Hier ist die Nr. 3!

Die dritte Ausgabe *eigentlich frei* liegt hiermit vor Ihnen. Aktuell zur Bundestagswahl beschäftigen wir uns schwerpunktmäßig und kritisch mit der Demokratie. Wie immer wird das Titelthema von verschiedenen Seiten der Freiheit beleuchtet: Gerard Radnitzky beschäftigt sich systematisch und theoretisch mit dem Demokratie-begriff, Gerd Habermann verteidigt vom liberalen Standpunkt aus die Demokratie, während Michael Kastner sie in bester anarchistischer Tradition verwirft. Wer trotz dieser Argumentation gegen das Wählen selber seine libertäre Stimme in die staatliche Wahlurne zu werfen gedenkt, dem bieten wir eine kleine Entscheidungshilfe durch unsere Interviews mit vier der Freiheit verbundenen Kandidaten aus unterschiedlichen Parteien.



Bild: André F. Lichtschlag und Jörn Grunert horchen an den Schienen, ob die Freiheit naht.

Wir freuen uns sehr, daß die Diskussion um die Freiheit von Ausgabe zu Ausgabe weitergeführt wird. Auf die Replik von Michael Kastner in der letzten Ausgabe antworten nun erneut Roland Baader und erstmals Ingo Resch, um für die Vereinbarkeit von Christentum und Liberalismus zu streiten. Bernd Anders antwortet auf den Beitrag von Dirk van den Boom, der in der letzten Ausgabe den Bund Freier Bürger aus freiheitlicher Sicht kritisierte. Weitere Reaktionen, auch zu anderen Themen, sind wie stets herzlich willkommen.

eigentlich frei versteht sich, wie im ersten Heft erläutert, als Marktplatz, an dem verschiedene Vertreter der Freiheit ihre Meinung anbieten: liberale Minimalstaatler und Anarcho-Kapitalisten, sozialistische Anarchisten und etatistische Kapitalisten - ihnen allen bieten wir mit *eigentlich frei* ein Forum, freiheitliche Positionen zu vertreten.

Dieser Anspruch erfordert ein Höchstmaß an Toleranz auch von unseren Lesern. Für einige war die harsche Kritik am Christentum schwer erträglich, für andere wird die Verteidigung desselben Unbehagen bereiten. Und sicherlich werden es einige Tugendwächter verurteilen, daß wir beispielsweise auch einer Partei wie dem BFB ein Forum zur Verteidigung anbieten, nachdem wir sie zuvor attackierten. Wiederum andere Gedankenpolizisten, für die die Demokratie ein Wert ist, werden ob der scharfen Demokratiekritik erzürnt sein.

Wir wollen es einmal klar sagen: Wir beiden Herausgeber sind mit Bedacht keine Christen und uns bedeutet die Nation nichts. Dennoch halten wir eine offene Diskussion auch mit Andersdenkenden im Sinne der Freiheit für unabdingbar. Die Demokratie kann für uns kein Wert sein, sie ist nichts anderes als eine Methode der (kollektiven) Entscheidungsfindung. Was dieses demokratische Werkzeug betrifft, so wird voraussichtlich einer von uns zur Wahl gehen und einer nicht. Der Wettbewerb der Mittel auf dem Weg zu mehr Freiheit wird entscheiden.

Wie bereits in der letzten Ausgabe versprochen, liegt ein Schwerpunkt dieses Heftes bei den Buchbesprechungen, gezwungenermaßen aus Platzgründen leider auf Kosten anderer Rubriken. Liberale/Libertäre Bücher bestellt man via Internet einfach bei www.der-markt.com im dortigen BookmarkT. Bitte beachten Sie erneut besonders die Rückenseite mit unserem umfangreichen Angebot für *eigentlich freie* Investitionen in ihre persönliche Freiheit. Empfehlen Sie uns weiter!

Die kommende Ausgabe wird voraussichtlich im November erscheinen und sich schwerpunktmäßig mit dem Thema GELD beschäftigen. Redaktionsschluß dafür ist der 01. Oktober. Wir freuen uns auf Ihre Beiträge.

Wir sind so frei!

Ihre Herausgeber



★ **Titelthema: "Demokratie"**

- 72 „Demokratie“
Eine Begriffsanalyse
Gerard Radnitzky
- 73 Zur Spannung zwischen Demokratie
und Liberalismus
Gerd Habermann
- 79 Wählen kann die Farben der Fesseln ändern -
Nicht-Wählen sprengt die Fesseln
Michael Kastner
- 81 „Damit die Mehr-Staat-Ideologen nicht unter sich
bleiben“
Interview mit Martin Matz, F.D.P.
- 82 „Beinahe aus Notwehr“
Interview mit Hans-Wolff Graf, LFD
- 84 „Politik ist widerwärtig, menschenverachtend,
oberflächlich und brutal...“
Interview mit Karl Nagel, APPD
- 86 „Um das Politische drastisch zu reduzieren“
Interview mit Kristof Berking, BfB

★ **Beiträge zur Diskussion um die Freiheit**

- 88 Der Dekalog als Verfassung der Freiheit
Roland Baader
- 90 Drei Säulen für Christentum und Markt
Ingo Resch
- 92 Replik zum Aufsatz „Parteienportrait: Der BfB“
Bernd Anders
- 94 Leserbriefe

★ **Denker der Freiheit**

- 94 Ayn Rand - Eine freiheitliche Dogmatikerin
Jens P. Meiners

★ **Bücher zur Freiheit**

- 95 „Das Schwarzbuch des Kommunismus“
Detmar Doering
- 97 „Die Therapie der Gesellschaft“
André F. Lichtschlag
- 100 Drei Bücher zu Max Stirners Individualismus
Dirk van den Boom

98 „Die Partei hat immer recht!“
Andre F. Lichtschlag

99 „Die Tyrannei des Gemeinns“
Jörn Grunert

★ **Der libertäre Fragebogen**

102 14 Fragen an
Uwe Timm

★ **Service**

102 Übergeschnappt - aufgeschnapptes aus der Politik
Redaktion *eigentlich frei*

Impressum

eigentlich frei

erscheint vierteljährlich
Einzelpreis/Probeheft: 10,00 DM
Jahresbezugspreis: 38,00 DM

Herausgeber und Redaktion:

Jörn Grunert
email: mgrunert@t-online.de
Tel. 0177-3108095

André F. Lichtschlag
email: Lichtschlag@mail.online-club.de
Tel. 02181-72237

Verlag:

G+L Verlag - Gabriele Becker
Lerchenweg 55
41516 Grevenbroich

Tel. 02181-72237
Fax. 02182-855205

Bankverbindung:

Gabriele Becker
Sparkasse Neuss
(BLZ 30550000)
Kto.-Nr. 442 415 94

Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von den Autoren selbst verantwortet und geben nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber wieder.

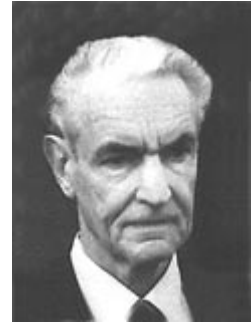
Druckerei: A&M Copy-Druck Haus, 53113 Bonn

Internet: <http://www.der-markt.com/ef>



„DEMOKRATIE“

Eine Begriffsanalyse



von Gerard Radnitzky

„Once we commit to pursuing democracy, it will take on religious value.“

John Dewey, in: Reconstruction in Philosophy (1920, S. 210)

„I believe a relative free economy is necessary condition for freedom. But there is evidence that a democratic society, once established, destroys a free economy.“

Milton Friedman, in: Newsletter of the Mont Pelerin Society 1990, #2

Die neue Gottheit oder ein selbstzerstörerisches System? Zum politischen Gebrauch des Wortes Demokratie.

Deweys frommes Bekenntnis des Demokratiegläubigen, beendet kurzschlußartig jede rationale Diskussion. Es überläßt die Begriffsanalyse den Theologen und Mythenforschern. Aber die Geisteshaltung, die es ausdrückt, ist politisch korrekt und wird auch von unseren Öffentlich-Rechtlichen gepflegt. J. J. Talmon (1952) spricht von einer „totalitarian democracy“ dann, wenn jegliche Opposition zur Demokratie Sanktionen ausgesetzt ist.¹ Dabei ist es gleichgültig, ob die Durchsetzungsmechanismen des „Verbots“ hauptsächlich formell sind oder auf informelle Institutionen zurückgehen, wie etwa die Inquisition der politischen Korrektheit. In diesem Fall ist „Demokratie“ zu einer politischen Pseudoreligion geworden—so geschehen in der gesamten westlichen Welt (Schüßlburner 1998, p. 38). Ein untrügliches Zeichen dafür, daß eine Demokratie im Begriff ist, in ein ideologisches System pervertiert zu werden oder es bereits geworden ist, ist das Auftreten von strafrechtlich geschützten Staatswahrheiten.² Jemand, der eine Staatswahrheit leugnet, wird mit unbedingten Gefängnisstrafen bestraft; wer offiziell Zweifel an der prinzipiellen Gutheit der „Demokratie“ (fast immer undefiniert) anmeldet, wird als

Ketzer diffamiert und wird auch bald vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Eine Partei, die als „undemokratisch“ gilt, begegnet Ostrazismus.³ Kurz, Deweys Satz ist das offizielle Credo des zwanzigsten Jahrhunderts. Der neue Gott ist Gott Demos. Selbst die schlimmsten Despoten dieses vermutlich grausamsten Jahrhunderts haben sich auf ihn berufen.

President Wilson prägte für den ersten Weltkrieg (der eigentlich nur ein europäischer Krieg war) das Motto: „To make the world safe for democracy.“⁴ Das Resultat hat man gesehen.

Die Journaille gebraucht das Wort 'Demokratie' als eine Leerformel mit emotivem Effekt: „Ein 'demokratischer' Beschluß ist eo ipso gut. Warum? Weil er auf demokratischem Wege zustande gekommen ist.“ Wer die Zirkularität des Arguments kritisiert, verhält sich eo ipso „undemokratisch“ (ist kein Gutmensch). Die Wörter 'Gut' und 'demokratisch' werden fast synonym. Die meisten Leute verstehen dabei unter „Demokratie“ einfach ein System mit allgemeinem Wahlrecht und Wahlen in nicht „allzu langen“ Abständen. Wenn die Öffentlich-Rechtlichen den ehemaligen Ostblockstaaten unerbeten gute Ratschläge erteilten, dann behandelten sie „Demokratie“ wie einen Cargo Cult: Wenn das Land nur die demokratische Entscheidungsmethode einführt, dann füllten sich wie durch einen Zauberschlag die Regale der Geschäfte mit Waren. Man könnte von einem „totemistischen Demokratismus“ sprechen (vgl. Radnitzky 1995c, S. 197-204). So viel zum zeitgeschichtlichen und religionssoziologischen Rundblick.

Friedmans Diktum tanzt aus der Reihe. Es drückt allerdings das aus, was Ökonomen bekannt ist. Je älter eine Demokratie wird, desto mehr neigt sie dazu, die freie, private Marktwirtschaft einzuengen und zu regulieren, und damit erodiert sie eine der Voraussetzun-

gen ihres Weiterbestehens. Das Diktum warnt vor der inhärenten Dynamik einer nach dem süßen Gift der Umverteilung süchtigen Massendemokratie als einem System, das—wenn es sich selbst überlassen bleibt—ein selbstzerstörerisches Potential entwickelt. Der Ökonom untersucht die Folgen der Art und Weise wie „wir“ heute Demokratie betreiben. Aber ist es nur die Art und Weise? Oder ist die Sache prinzipieller? Folgt eine solche Entwicklung logisch aus der Dynamik der Demokratie? Das ist hier die Gretchenfrage. Wenn das letztere der Fall ist, dann können auch solche Vorschläge wie F. v. Hayeks für die Verfassung nur kleine, temporäre Verbesserungen bringen.

Bevor man zu diesen beiden Sichtweisen Stellung nehmen kann, ist eine Begriffsklärung unentbehrlich. Denn im Hinblick auf die Verschmutzung unserer intellektuellen Umwelt ist hier die erste Aufgabe eines reflektierenden Menschen, im Augiasstall der politischen Kultur auszumisten.

In welchen Kontexten ist der Begriff „Demokratie“ relevant? Zur Ökologie dieses Begriffs

Das Adjektiv 'demokratisch' bezeichnet eine Eigenschaft einer Unterklasse von Kollektiventscheidungen. Alle weiteren Anwendungen (auf Staaten, Verfassungen usw.) sind sekundär. Zuerst ist also der Schlüsselbegriff des Definierens, das Genus „Kollektiventscheidung“ zu klären. Entscheidungen kann man einteilen in Individualentscheidungen und Kollektiventscheidungen. Bei Individualentscheidungen wählt das Individuum zwischen einer oder mehreren Alternativen aus seiner Optionsmenge, seinem Verfügungspotential (power). Bei Kollektiventscheidungen entscheiden einige für alle. Da die beiden Teilmengen zusammen die Gesamtmenge der Entscheidungen erschöpfen, gilt: Je mehr die Domäne der Kollektiventscheidungen wächst, desto mehr



schrumpft die Domäne der Individualentscheidungen und damit die Freiheit.

Wenn Menschen zusammenleben wollen, dann können sie Kollektiventscheidungen nicht vermeiden. Denn, da jedes Individuum einmalig ist, können ihre Interessen nicht qualitativ identisch sein. Die Unvermeidbarkeit von Kollektiventscheidungen ist ein Aspekt der *conditio humana*. Ich verwende hier das Wort 'Kollektiventscheidung' für nichteinstimmige Entscheidungen. Denn, wann immer Einstimmigkeit herrscht, haben Kollektiventscheidungen ihre Pointe verloren. Das Charakteristische an einer Zwangsordnung wie dem Staat ist, daß einige Personen (z.B. die Majorität) Entscheidungen für andere (z.B. die Minorität) treffen—Politik—und daß sie ihre Entscheidungen den anderen aufzwingen. (Jasay 1991, 57 f.; Radnitzky 1995a, 370). Der Haken besteht darin, daß diese Personen über die Köpfe der anderen für diese anderen Entscheidungen treffen, und zwar gemäß Regeln, die selbst durch Kollektiventscheidungen zustande gekommen sind und auch mittels Kollektiventscheidungen durchgesetzt werden. Sie müssen also alle negativen Aspekte der Kollektiventscheidung ebenfalls haben.

Auf jeden Fall stellt sich der Gruppe, die zusammen bleiben will, das Problem, WELCHE METHODE bei nicht-einstimmigen Kollektiventscheidungen verwendet werden soll.

Sie hat im Prinzip zwei Optionen. Mit Anthony de Jasay (1991) teile ich die möglichen Methoden ein in „natürliche“ und artifizielle, prozedurale Methoden. Bei der „natürlichen“ Methode werden die Machtverhältnisse der konkurrierenden Untergruppen abgeschätzt und danach wird entschieden (wie in einem gutgeführten Komitee [a well-run committee]). Die „natürliche“ Methode hat den Vorteil, daß sie deutlich macht, daß Kollektiventscheidungen „teuer“ sind: durch ihr Zwangselement unterminieren sie die Loyalität vieler Bürger zum Staat, denn eine Untergruppe wird mit einem Resultat leben müssen, das ihr nicht gefällt, ja manchmal widerlich ist. Aus dem gleichen Grund sind nicht-einstimmige Kollektiventscheidungen moralisch fragwürdig. Das legt die Maxime nahe, sie möglichst sparsam zu verwenden. Bei den artifizienten Methoden erfolgt die Entscheidung nach einer bestimmten Prozedur, wie zum Beispiel

Orakelbefragung, Losziehen oder Abstimmen. Die prozeduralen Methoden haben den Nachteil, daß sie den Anschein erwecken, die Kollektiventscheidungen (die einfach zu praktizieren sind) würden nichts „kosten“. Daß Kollektiventscheidungen mit denen einige allen eine bestimmte Sozialordnung vorschreiben, die viele nicht gewollt haben und nicht freiwillig gewählt hätten, nach etablierten Regeln erfolgen, insbesondere nach Regeln, die wir „demokratisch“ nennen, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß dabei nicht nur über substantielle Alternativen kollektiv entschieden wird, sondern sogar darüber, was Individualentscheidung bleiben dürfen.⁵ Alle müssen den Ergebnissen Folge leisten, aus „Pflicht“ oder—weniger moralisierend ausgedrückt—aus Furcht vor Sanktionen.⁶ Mitbestimmung darf nicht mit Selbstbestimmung verwechselt werden.

Kollektiventscheidungen und insbesondere die Pointe der prozeduralen Methode ist mit klassischem Liberalismus und noch mehr mit Libertarianismus unvereinbar. Von Standpunkt des Libertären sind Kollektiventscheidungen eine Art „Sündenfall“ des sozialen Lebens.

Daraus folgt, daß Liberale danach streben, den Bereich der Kollektiventscheidung, der Politik, möglichst klein zu halten. Radikale Libertarians lehnen daher folgerichtig den Staat und die Politik als solche ab. Sie werden sich nach Theorien der „ordered anarchy“ (Jasay 1997) umsehen. Die sogenannten Neoliberalen, einschließlich der Ordoliberalen, befürworten einen „Minimalstaat“, wobei sich das Problem stellt, das Wort 'minimal' angemessen für ihr Wertesystem zu definieren. (Der Begriff „minimal“ ist auch problematisch, denn kein Staat ist „unbegrenzt“, kann in alle Ecken des Alltags eindringen. Und wo soll die Grenze liegen?)

Theoretisch entscheidend ist jedoch, daß es sich bei einer Kollektiventscheidung, bei politischer Konfliktlösung, um substantiv Probleme handelt—sie werden ja erst durch das Vorliegen von konfligierenden Interessen notwendig—und, daß eine prozedurale Methode ein substantives Problem prinzipiell nicht lösen kann. (Jasays Einsicht ist tiefer als das berühmte Arrow-Theorem.) Damit ist das

Entscheidende über die demokratische Methode eigentlich schon gesagt. Aber eine weitere Analyse kann dennoch weitere Aspekte beleuchten.

Zu den Besonderheiten der demokratischen Methode

Die demokratische Methode der Kollektiventscheidung (Majoritätsprinzip, definiertes Stimmrecht usw.) ist eine Unterklasse der prozeduralen Methode. Wählt man diese Methode, dann ergeben sich einige Folgeprobleme wie: Für welche Art von Problemen kann diese Methode rational verwendet werden? In welchen Arten von Aktivitäten kann sie nützlich sein? Einige Bereiche scheiden hier a priori aus wie zum Beispiel die wissenschaftliche Forschung, der militärische Betrieb. In welchen sozialen Einheiten kann diese Methode funktionieren, d. h. mehr Nutzen als Schaden machen? (Vermutlich in kleineren, einigermaßen überschaubaren Einheiten, wie Gemeinden, evt. Kantone o.ä.)⁷ Und wie wählt man politische Einheiten? (Etwa Irland oder Nordirland?) Verwendet man die proportionale- oder die Mehrheitsmethode? Welche Selektionskriterien sollen für das aktive Wahlrecht gelten? Je nach dem, was man bei den einzelnen Alternativen gewählt hat, wird man ganz verschiedene Resultate bekommen. Sogar die Agenda einer Abstimmung beeinflusst die Resultate.

Demokratie und Umverteilung

Politische Konfliktlösungen sind nicht-einstimmig und deshalb wird immer etwas umverteilt (materielle Ressourcen, Positionen, Umverteilungen mittels Regulierung, „öffentlicher Güter“ usw.), und zwar gegen den Willen derjenigen, die der Entscheidung nicht zugestimmt haben. Kollektiventscheidung—Politik als solche—impliziert daher immer Zwang. Prima facie ist diese Art von Zwang mit der Idee der Freiheit unvereinbar. Daraus ergibt sich das moralische Problem der Politik. Dieses gilt also für Politik als solche, für jede Politik. Es geht nicht um die Moralität von substantiven Entscheidungen (Paul gegenüber Peter bevorzugen) und es geht auch nicht um prozedurale Aspekte (demokratische Entscheidungen oder andere). Abgesehen davon, daß Politik oft unehrlich ist und oft mißbraucht wird, läßt sich das am besten in Edmund Burkes (1729-1797) Worten über Politik ausdrücken: „The Thing, the Thing itself is the abuse.“ (Das Ding als solches ist



der Mißbrauch). Ein Gedanke, der besonders von Anthony de Jasay weiterentwickelt wurde.

Daraus ergibt sich wiederum die Maxime: Den Bereich der Politik, den Einfluß der Politik auf unsere Leben so klein wie möglich zu halten—Entpolitisierung der Gesellschaft. Für den Alltag des Bürger ist es von entscheidender Bedeutung, in welchem Grad der Staat interventionistisch ist—ob die Regierung gewählt oder nichtgewählt ist, ist dagegen praktisch gleichgültig. Wichtig für ihn ist, daß der Staat ihn sein Leben in Ruhe leben läßt, ihn nicht hindert, legitimen Interessen (d. h. solchen, die keinem anderen Schaden [im Sinne von „tort“] zufügen) nachzugehen (dazu: Jasay 1987 mit dem bezeichnenden Titel „Pour une tyrannie paresseuse“). Das Argument, daß man in einer nichtinterventionistischen Autokratie keine Garantie habe, daß der oder die Herrscher nichtinterventionistisch bleiben, ist richtig, aber nicht triftig. Denn in keinem System kann es eine Garantie geben, daß der status quo erhalten bleibt oder daß nur „Pareto superior“ Veränderungen vorkommen.

Welche Kriterien sollen für das aktive Wahlrecht gelten?

Es gibt einige Vorbilder, wie zum Beispiel das Wahlrecht in einer Aktiengesellschaft: das Gewicht der einzelnen Stimme hängt von der Größe des Risikos ab, das der Stimmeninhaber im Unternehmen trägt. Der Westen hat sich, unter den vielen Möglichkeiten, für ein merkwürdiges Gleichheitsaxiom entschieden, nämlich die Zugehörigkeit zur biologischen Spezies Mensch. Welche Vorteile hat dieses Kriterium? Head counting, das Zählen von Köpfen, ist einfach anzuwenden. Aber vor allem soll damit der Unmöglichkeit interpersoneller Nutzenaggregation begegnet werden. Wenn Peter die Ziege und Paul das Grünzeug vorzieht, wie sieht dann die gemeinsame Präferenzordnung von Peter & Paul aus? Wie sollte man Peters Freude mit Pauls Schmerz verrechnen? Mit dem biologischen Kriterium will man den Anschein erwecken, nun sei es möglich, die inkommensurablen Entitäten kommensurabel zu machen, nämlich indem man sie mittels einer höheren Kategorie eines klassifikatorischen Beschreibungssystems beschreibt. (Fünf Äpfel und drei Pflaumen zu addieren ist keine sinn-

volle Operation; aber wenn wir sie als Früchte beschreiben, dann sind einige arithmetische Operationen auf diese Domäne sinnvoll anwendbar.) Die auf diese Weise konstruierte Kommensurabilität ist jedoch für das Problem der (nicht-einstimmigen) Kollektiventscheidung irrelevant. Dieses Komensurabel-Machen ist Betrug oder Selbsttäuschung. Nehmen wir es einmal unter die logische Lupe.

(1) Die Methode kann nämlich nur eine ordinale Rangordnung von Präferenzen ausdrücken; sie unterdrückt kardinale Präferenzen. (2) Die arithmetische Operation der Stimmen-Aggregation ist sinnlos und zwar in derselben Weise wie interpersonelle Nutzenaggregation. (Es ist wie wenn man Hausnummern addierte.) Als Methode, um herauszufinden, was der fiktive holistische Akteur „die Gesellschaft“ will, ist sie ebenso sinnlos. Sie ist nur sinnvoll als Methode des Zusammenzählens von Stimmen (oder „head counting“). Aus der erhaltenen Summe lassen sich keine holistischen Werte ableiten. Das Stimmenzusammenzählen verführt aber geradezu zum Mißbrauch: indem man vorgibt, das erhaltene Resultat sei lediglich die „Summe der Teile“, wird eine holistische Entität eingeschmuggelt: „die Wahl, welche ‘die Gesellschaft’ (als Abstraktum) getroffen habe“. So etwas kann es jedoch auf Grund der konfligierenden Interessen reeller Individuen nicht geben. Entitäten wie die „Wahl der Gesellschaft“ oder der „Wille der Gesellschaft“ usf. haben nicht nur keinen ontologischen Status in unserer Welt (sind nicht-existent), sondern sie sind nicht einmal Begriffe, weil sie einer selbstwidersprüchlichen Kontruktion entspringen.

One-man, one-vote“ ist das entscheidende Gambit für das Demokratiespiel. Aus ihm folgt alles weitere. Zuerst, daß die entscheidende Teilmenge—and es kann nur eine geben—größer sein muß als 50 Prozent: 50% + 1 Stimme. Es geht gar nicht mehr um die „tyranny of the majority“, sondern um die „tyranny of minorities“—Mehrheiten werden gewonnen, indem die Parteien versprechen, Forderungen vieler Minderheiten zu erfüllen. Der neue König ist die dominante Koalition.

Eine qualifizierte Majoritätsregel führt zu langsameren Veränderungen. Aber, wenn wir rationale Nutzenmaximierer annehmen, dann wird langfristig die

Dynamik einer auf unbegrenztem Wahlrecht basierenden Demokratie unweigerlich zur uneingeschränkten Demokratie führen: absolute Majoritätsregel und uneingeschränkte Zuständigkeit (bare majority rule and unrestricted domain). (Ein spieltheoretischer Beweis für diese Hypothese findet sich bei JASAY 1993.) Uneingeschränkte Demokratie ist prinzipiell unfähig, das Problem zu lösen, wie die Freiheit des Individuums geschützt werden soll, und zwar vor den Beschützern dieses seines Rechts auf Schutz seiner Freiheit. Auch diese Einsicht zeigt, daß das Problem der Kollektiventscheidung durch die demokratische Methode nicht in einer Weise gelöst werden kann, die mit der Idee einer freien Gesellschaft vereinbar wäre. Eine mögliche bis wahrscheinliche Ausnahme bilden kleine, überschaubare Einheiten. Der Kanton dürfte das Maximum sein. Je größer die territoriale Einheit, desto pointierter wird die Tendenz der Demokratie mit uneingeschränktem Wahlrecht zu einer totalitären Demokratie auszuarten. In einer totalitären Demokratie—unqualifiziertes Wahlrecht und unbeschränkte Zuständigkeitsbereich (unlimited domain)—kann es keine Individualrechte geben.⁸ Das unqualifizierte Wahlrecht ist aber eine allerheiligste Kuh unserer Geisteshaltung (mindset), und das beste Beispiel für einen Ratscheffekt—es läßt sich nicht mehr zurückschrauben, jedenfalls nicht im aktuellen System.

Demokratie an sich ist, wie erwähnt, umverteilt. Je mehr das Wahlrecht auf der Einkommenskala nach unten erweitert wird, desto intensiver wird die Umverteilung. Das haben zahlreiche historische Studien nachgewiesen. In der modernen Massendemokratie wird tendentiell eine „zero risk society“ angestrebt. Je mehr man sich diesem Modell nähert, desto geringer wird notwendigerweise die Freiheit.

Das demokratische Modell

Das einfachste Modell der demokratischen Politik ist ein Drei-Personen-Spiel. Wir können eine Gesellschaft beschreiben als ein Aggregat von drei Gruppen, geordnet nach Einkommen: Unter-, Mittel- und Oberschicht. Die Mittelgruppe ist der „Medianwähler“, das Zünglein an der Waage (in der BRD die FDP). Der potentielle Gewinn aus der demokratischen Spielregel wird dann maximiert, wenn Unter- und Mittel-



gruppe sich zusammen tun, um einen Teil des Einkommens der Obergruppe zu sich umzuverteilen. Im Modell können wir die Gruppen idealisieren als jeweils 50% der Gesamtsumme minus 1 (den Medianwähler) und 50% plus 1, also z.B. bei einer Gesamtzahl von 1001, 500 plus 1 (den Medianwähler) und 500. In der Wirklichkeit kann man sich die Gruppierungen mit etwa jeweils 40-45 zur Mittelgruppe („Medianwähler“) von 10-20% vorstellen.

Der demokratieinduzierte Wohlfahrtsismus (welfarism) hat die Auffassungen von Staat und Bürger (statehood and citizenship) sowie das ihnen zu Grunde liegende Menschenbild transformiert (Radnitzky 1998a). Die moderne Auffassung konzipiert den Menschen als ein permanent unmündiges Wesen, das den paternalistischen Staat braucht. Es gibt allerdings hier einige Selbstwidersprüche: (1) Daß der prinzipiell als unmündig behandelte Bürger dennoch als kapabel angesehen wird, seine Vormünder in Parlamentswahlen rational zu wählen. Das Problem wird also zum „Principal-Agency“-Problem (s. z. B. Radnitzky 1995c, S. 198). (2) Er wird als nicht kapabel angesehen, für sein Alter, die Schulbildung seiner Kinder usw. selbst zu sorgen; aber die Vormünder werden als kapabel angesehen, die Staatseinnahmen und -Ausgaben zu verwalten, den Rest zu bevormunden—obgleich das Menschenbild auch auf sie zutreffen müßte. (3) Man beruft sich auf den Willen des Volkes, scheut aber in vielen Demokratien ein Plebiszit, das (gemäß der von den Vormündern vertretenen Theorie) geeignet sein müßte, den „Willen des Volkes“ herauszufinden (eine fiktive holistische Entität, die, wie wir gesehen haben, erkenntnistheoretisch absurd ist).⁹ (Dabei besteht die Gewinnerkoalition, auf die sich die Vormünder stützen, oft aus 50% plus einer Stimme und ist oft bunt zusammen gewürfelt.) Ist das Resultat pervers, dann heißt es: „es war der Wille des Volkes“ (wertrelativistisch) oder „das Volk hat die Regierung, die es verdient“ (demokratieskeptisch). Prominente Ökonomen behaupten, es gebe eine in der demokratischen Methode inhärente Barriere gegen unbegrenzte Umverteilung. Die zugrundeliegende Idee ist folgende: im Modell wird der Medianwähler angenommen als rationaler Nutzenmaximierer, der kapabel sei herauszufinden wann ein kleinerer Anteil eines größeren Kuchens und ein größerer Anteil eines kleineren Kuchens (wegen der exzessiven Umverteilung ist

das Bruttosozialprodukt geschrumpft) identisch sind. Es kann jedoch gezeigt werden, daß es eine solche Barriere nicht geben kann (A. de Jasay; eine Übersicht gibt Radnitzky 1995c, S. 202 ff.).

Zum Verhältnis von Demokratie und Freiheit

Das Resultat einer Abstimmung wird durch die demokratische Methode nicht festgelegt. Es bleibt offen, und mit der Methode ist es sogar vereinbar, wenn beschlossen wird, sich in die Sklaverei zu verkaufen. (Heutzutage geschieht das ständig im kleinen [in a small way], wenn sich Leute in die Umverteilungsdemokratie, in den avancierte Wohlfahrtsstaat, „verkaufen“.) Die Resultate sind nur von Fall zu Fall zu bewerten—hier gilt Doktor Kohls berühmteste Diktum: „Es kommt drauf an, was hinten rauskommt.“

Zum Wettbewerb der Parteien

Der Wettbewerb ist bekanntlich das beste Mittel, um Macht—sei es wirtschaftliche oder staatliche Macht— zu zähmen (Franz Böhm). Wettbewerb ist gleichzeitig ein Entdeckungsverfahren und ein Selektionsprozeß, der zu einer Qualitätsverbesserung führen kann (F. v. Hayek). Er ist überall nützlich. Nur der Wettbewerb der Parteien bildet eine Ausnahme. Da Politiker davon leben, daß sie gewählt werden, übertreffen sich Parteien mit Wahlgeschenken. Eine Parlamentswahl wird zu einem „futures market in property to be stolen“. Die Kosten der Wahlgeschenke werden externalisiert, anderen aufgebürdet, nämlich dem Steuerzahler und dem Konsumenten—eine nichtorganisierte Gruppe, die außerdem über die Kosten im Dunklen gelassen wird. Dagegen wird den organisierten Interessengruppen, welche die Geschenke bekommen, sehr wohl bewußt gemacht, daß man ihnen etwas schenkt, ihnen mit Regulierungen usw. Vorteile verschafft. So führt das Demokratiespiel zu, „Government of the busy, by the bossy, for the bully“ (Arthur Seldon): der Stimmenwerber und -beschaffer, zugunsten der Regierenden, für die organisierten Interessengruppen, welche die Regierenden erpressen können.

Als Hauptempfehlung für die Demokratie wird ihre Gewaltlosigkeit angeführt.

1) Die Demokratie mache ein gewaltlos-

ses Auswechseln der Personalgarnitur der Herrschenden, der politischen Klasse, möglich. Das ist richtig. Aber aus den soeben genannten Gründen kann ein Auswechseln der politischen Elite keine wesentliche Verbesserung bringen. Politiker handeln normalerweise wie andere einigermaßen rationale Menschen. Ein Politiker ist jemand, der davon lebt gewählt und wiedergewählt zu werden. Politiker müssen sich den Bedingungen in dem System, in dem sie ihre Karriere machen, unterordnen. Nur in seltenen Fällen gibt es nennenswerte, meist ad hoc, Verbesserungen (etwa Erhard, Thatcher, Reagan, Richardson & Co in New Zealand). Eine wesentliche Verbesserung könnte nur ein Systemwechsel bringen.

(2) Die Demokratie sei im Stande, das Umverteilungsspiel gewaltlos auszuführen. Auch das ist richtig. Im Zeitalter der modernen Massendemokratie erweist sich der Staat als das Instrument, mit dem die Gewinnerkoalition die Verliererkoalition (den Rest der Bürger) OHNE Gewaltanwendung ausbeuten kann. Doktrinen, die behaupten, der Staat sei notwendig (für bindende Verträge usw.) oder er sei nützlich, erhöhen die Effizienz dieses Prozesses (Jasay 1997). Allenfalls kann man die Moralität dieser Vorgehensweise, bei der einer Minorität (oft fast genau so groß wie die Gewinnerkoalition) etwas aufgezungen wird in Frage stellen (wie Jasays 1997 es tut).

Der Beitrag der Demokratie zum Frieden

Wilson's erklärtes Kriegsziel war „to make the world safe for democracy“ (s. Fn. 4). Sein schwerster politischer Fehler war jedoch, daß er die europäischen Monarchien zerstörte. Das Prinzip der Volkssouveränität widerspricht dem Wesen eines langdauernden Vertrags (Somary 1995, S. 321 f.). Die Koalition, die nach einem verlorenen Krieg die Regierung stellt, ist schwach und die Opposition wirft ihr vor, einem ungünstigen Vertrag zugestimmt zu haben. Sie fühlt sich vom Vertrag nicht gebunden, wenn sie an die Macht kommt. Eine Dynastie dagegen würde sich selbst desavouieren, wenn sie den Vertrag brechen würde.

Welche Rolle kann die Verfassung, eine demokratische Verfassung, spielen?

Eine Verfassung kann die Dynamik der



Umverteilungsdemokratie bremsen, aber nur kurzfristig; zum Beispiel indem Regeln eingeführt werden, die Budget Defizite verbieten, Besteuerung zur Sache der Verfassung machen (wobei Einkommensteuer nicht nach dem Auspreßbarkeitsprinzip festgelegt werden darf), Unterstützung nur an echte Arme gewähren, der Staat sich selbst keine Mandate zulegt und auch nicht Dinge tut, die der Bürger selber tun könnte, die ein „opting out“ von bestimmten vom Staat bereitgestellten und mit Abnahmezwang verbundenen Gütern gestatten usw. (Radnitzky 1995d, S. 158-162).

Die Verfassung hat manchmal eine positive Analogie mit einer Festung. *Ceteris paribus* ist eine Besatzung in einer guten Festung (ein Staat mit einer freiheitlichen Verfassung) besser dran als ohne Festung; aber eine Festung mit einer feigen oder faulen Besatzung ist wertlos. Entscheidend werden in jedem Fall die historischen Umstände und Zufälle sein. Der „Verfassungspatriotismus“ (Dolf Sternberg, Jürgen Habermas) ist bloße Rhetorik oder naive Selbsttäuschung. Langfristig gleicht die Verfassung einerseits einem Keuschheitsgürtel, von dem die Lady selbst den Schlüssel hat: wenn sie der Gewinnerkoalition nicht paßt, wird man Wege finden, sie zu umgehen oder zu ändern. (S. z. B. Radnitzky 1995d, S. 162-164 zur Haltbarkeit von Verfassungen.)

Auch sollte man folgendes bedenken: Es wäre für eine Gewinnerkoalition irrational, verfassungsmäßige Beschränkungen einzurichten. Denn wenn solche von der Koalition akzeptiert würden, dann wären sie unnötig, und wenn sie notwendig sind, dann werden sie nicht akzeptiert oder umgangen werden.

Ein Land hat oder behält eine Verfassung der Freiheit nur dann, wenn die Stimmung im Lande freiheitlich ist. Es ist nicht der Fall, daß das frühe Amerika ein freiheitliches Land war, weil es eine freiheitliche Verfassung hatte, sondern umgekehrt, es hatte eine freiheitliche Verfassung, weil es für die maßgebende Bevölkerung (nur etwa ein Fünftel war wahlberechtigt) viele „private fortresses“ gab (wie sie der Ökonom Schumpeter nannte), nämlich Bürger (Farmer, Unternehmer, Selbständige), in deren Interesse es war, daß der Staat sie in Ruhe ließ, und außerdem hatte der Staat fast kein Geld, so daß

es sich gar nicht gelohnt hätte, Zeit und Energie darauf zu verwenden, den Staat zu erpressen (wie es Interessengruppen heute tun). Schließlich ist auf den entscheidenden Unterschied zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit hinzuweisen.

Schlußbemerkung

Wettbewerb auf allen Ebenen ist das beste Mittel, die Freiheit zu fördern: Wettbewerb der Staaten um Bürger und um Investitionen, Wettbewerb der Systeme—der eigentlich schon entschieden ist, denn an vielen Stellen hat der weltweite Markt den Staat bereits weitgehend entmachtet (die EU wehrt sich dagegen, indem sie ein Besteuerungskartell von Staaten zu entwickeln versucht), vor allem Standortwettbewerb, Wettbewerb von Rechtssystemen, Steuersystemen, von Sicherheitsagenturen, Wettbewerb zum Beispiel zwischen privaten Schulen und staatlichen Schulen, zwischen privaten Schulen selbstverständlich untereinander, usw.—kurz Wettbewerb in allen Bereichen.

Da die demokratische Methode eine Unterklasse der prozeduralen Methode ist, die wiederum eine Unterklasse der Kollektiventscheidungsmethoden darstellt, ist es rational das Problemlösungsvermögen der demokratischen Methode mit dem anderer Kollektiventscheidungsmethoden zu vergleichen. Ebenso ist es rational, die konstitutionellen Modelle (Demokratie, Monarchie usw.) zu vergleichen.¹⁰ Ein für Libertäre besonders interessanter Vergleich ist der von Staat und Politik an sich mit einem möglichst politikfreien System der „geordneten Anarchie“ (so wie sie Jasay in seinem jüngsten Buch *Against Politics* entwirft; vgl. dazu auch Radnitzky 1997a, S. 41-45 über die Legitimität des Staates, 45 f. über seine Notwendigkeit).

Am wichtigsten erscheint mir als Konklusion die moralische Folgerung: Die intellektuelle Redlichkeit erfordert, daß man offen zugibt, daß das Problem der Kollektiventscheidung bis heute ein ungelöstes Problem ist. Wir können nicht einmal wissen, ob es lösbar ist. Es ist intellektuell unwürdig, die „Demokratie“ (meist undefiniert) als eine Heilige Kuh zu betrachten. Daher werden Freunde der Freiheit auch alternative Wege prüfen, nämlich, wie erwähnt, vor allem den Begriff der „ordered anarchy“ (Jasay 1997) und

den „property-right anarchism“. Das klingt alles selbstverständlich; aber ein Vertreter einer prinzipiellen Demokratiekritik wird heutzutage leicht verdächtigt, ein Antidemokrat oder gar „Anti-Antifaschist“ (die Öffentlich-Rechtlichen lieben die Stalinsche Sprachregelung) oder gar ein „Rechtsextremer“ (selbstverständlich undefiniert) zu sein, den der Verfassungsschutz observieren soll—von der Verfolgung durch die Heilige Inquisition der Political Correctness gar nicht zu reden—, denn er begeht mengenweise Gedankensünden. Der praktische Rat ist daher, dem Geschwätz der Öffentlich-Rechtlichen und der „Spitzenpolitiker“ sowie der BRD-Wirklichkeit insgesamt mit einer kritischen und analysierende Einstellung zu begegnen.

Literaturhinweise

- Arnim, H. H. von. 1995. „Demokratie vor neuen Herausforderungen“, *Zeitschrift für Rechtspolitik* 1995/(9); 340-352.
- Baader, R. 1991. *Kreide für den Wolf. Die tödliche Illusion von besiegt Sozialismus*. Böblingen: Tykve Verlag.
- Baader, R., Hg., 1995a. *Die Enkel des Pericles. Liberale Positionen zu Sozialstaat und Gesellschaft*. Gräffelfing: Resch.
- Baader, R. 1997. *Fauler Zauber. Schein und Wirklichkeit des Sozialstaats*. Gräffelfing: Resch Verlag.
- Bouillon, H., ed., 1996. *Libertarians and Liberalism*. Aldershot (England): Avebury (Ashgate Publishing). [Vertrieben auch von Laissez Faire Books, mit 61% Rabatt—keine Preisbindung in USA(!), fax orders 001-415-541-0597.]
- Denson, J., ed., 1997. *The Costs of War: America's Pyrrhic Victories*. New Brunswick, NJ: Transaction Books.
- Eibicht, R.-J., Hg., 1997. *Unterdrückung und Verfolgung Deutscher Patrioten, Viöl/Nordfriesland*: Hutten-Verlag 1997
- Jasay, A. de 1985. *The State*. Oxford: Blackwell Press.
- Jasay, A. de. 1987. „Pour une tyrannie paresseuse“, *Commentaire* 10:317-325.
- Jasay, A. de. 1989. *Social contract, free ride*. Oxford: Oxford University Press.
- Jasay, A. de. 1997. *Against Politics. On Government, Anarchy, and Order*. London: Routledge.
- Jasay, A. de. 1997. *Against Politics. On Government, Anarchy, and Order*. London: Routledge.
- Knütter, H.-H., Hg., *Europa Ja - aber was wird aus Deutschland?*, Tübingen: Hohenrain Verlag.
- Radnitzky, G., 1995a. „The churning society and its perversities“, *Journal of Social and Evolutionary Systems* 18(4):357-395.
- Radnitzky, G., 1995b. „John Rawls' Theorie der Gerechtigkeit: Egalitarismus im Philosophischen Gewand“, in: Baader, R., Hg., 1995a, S. 33-49.
- Radnitzky, G., 1995c. „Die demokratische Wohlfahrtsdiktatur“, in: Baader, R., Hg.,



1995a, S. 187-215.
Radnitzky, G., 1995d. On the passage to a less unfree society", in Radnitzky and Bouillon, eds., pp. 135-173.
Radnitzky, G. and Bouillon, H., eds., 1995. Values and the Social Order, Vol. 1. Aldershot (England): Ashgate/Avebury.
Radnitzky, G., 1997a. „Sorting social systems. Voluntary vs. coercive orders.“ in Radnitzky, ed., 1997, S. 17-75.
Radnitzky, G., ed., 1997b. Values and the Social Order, Vol. 3, Voluntary versus Coercive Orders. Aldershot (England): Ashgate/Avebury.
Radnitzky, G., 1997c. "Die Wohlfahrtsdemokratie—eine Problemlösung wird zum Problem", in: Eibicht, R.-J., Hg., 1997, S. 231-257.
Radnitzky, G., 1998a. „Für ein politikfreies Zusammenleben. 'Against Politics', Aufklärung und Kritik, Sonderheft 2/1998: 16-38.
Radnitzky, G., 1998b. „Die Lügen des Leviathan. Ist der Staat notwendig, ist er überhaupt legitim?, Criticón #158 :12-15.
Radnitzky, G. 1998c. „Aus dem freiesten Staat der deutschen Geschichte“, in: Knütter, H.-H., Hg., 1998. (im Druck).
Rothbard, M. 1997. „World war I as fulfillment: Power and the intellectuals,“ in Denson, ed., 1997, pp. 203-253.
Somary, F. 1955 (4. Auflg. 1994). Erinnerungen eines politischen Meteorologen. München: Matthes & Seitz Verlag.
Talmon, J.L. 1952. The Origins of Totalitarian

Democracy. London: F. A. Praeger.
Schüßlburner, J. 1998. „Letter from Germany. Totalitarian again?“, Chronicles, April 1998, pp. 37-39.
Unternehmerinstitut UNI (Red. G. Habermann), 1995. Demokratie reform. Anstöße zu einer Ordnungspolitischen Diskussion. Bonn: UNI.

Fußnoten

- ¹ In der BRD zum Beispiel gibt es eine massive Beschränkung des politischen Pluralismus (J. Schüßlburner).
- ² Auch hierzu gibt es Beispiele in der BRD in StGB §130 („Volksverhetzung“—in Analogie mit „Boykotthetze“ in der „DDR“ [Schüßlburner 1998, p. 38]).
- ³ Der Londoner Economist vom 29. 4. 95, S. 36 spricht in „The German way of democracy“ von „democracy agencies“ und bezieht sich dabei auf die Bezeichnung „Demokratiebehörden“ in der „DDR“-Verfassung von 1949, die eine—willkürliche weil undefinierte—Unterscheidung zwischen „demokratischen“ Parteien und anderen Parteien einführt. Ob das die BRD daher übernommen hat? Denn eine klare Definition fehlt auch hier.
- ⁴ Er stand unter dem Einfluß eines extremen Sektenpredigers (Rothbard 1997).
- ⁵ In der BRD ist das im Wirtschaftsbereich weniger als die Hälfte der Entscheidungsmenge (Baader 1997.) Der Entmündigungs-

koeffizient (Abgabenquote einschl. Mineralölsteuer beträgt 1998 66 %).
⁶ Wir können auch eine „Sozialdemokratisierung“ der Union beobachten. Die Regierung Kohl hat die Umverteilung von Mitteln und Vorteilen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik so weit vorangetrieben, daß die Positionen von Union und Sozialdemokratie oft kaum unterscheidbar sind.
⁷ Die griechische Polis ähnelte mehr einer Stammesgemeinschaft als einer modernen Demokratie; nur etwa ein Fünftel der Bevölkerung hatte aktives Wahlrecht.
⁸ Deshalb sind Rawls' Personen „under the veil of ignorance“—eigentlich Zombies—ausgestattet mit „democratic values“. Rawls vermeidet es weislich, diese zu definieren. Seine 1971 vorgelegte Theorie mit ihrer „sozialen Gerechtigkeit“ ist radikal egalitaristisch und war enorm einflußreich, besonders in Ländern mit starker sozialdemokratischer Strömung (mit schleichendem Sozialismus wie z. B. der BRD. Philosophisch ist Rawls uninteressant, da seine gesamte Argumentation zirkulär ist—wie er selbst enttarnend zugesteht (Radnitzky in Baader, Hg., 1995).
⁹ Deutlich z. B. in der BRD in Bezug auf den Euro. Die Umfragen zeigen, daß 60 bis 80% die DM behalten wollen. Die Regierung erklärt sie als unmündig und die Mehrheitsmeinung interessiert sie nicht.
¹⁰ Vgl. z.B. Radnitzky 1997, „Sorting Social Systems“ in Values and the Social Order, Vol. 3, Introduction. ■

Gerard Radnitzky, Prof.Dr., geb. 1921 in Znain (Südmähren/CSR), Studium an den Universitäten Stockholm und Göteborg, ab 1968 Universitätsdozent in Wissenschaftstheorie in Göteborg, New York, Bochum und Trier, Mitglied u.a. der Mont Pèlerin Society. Zahlreiche Veröffentlichungen in den Bereichen Wissenschaftstheorie, Epistemologie, Ökonomie und Liberalismus, zuletzt mit Hardy Bouillon u.a. Government: Servant or Master?, 1993; Values and the Social Order, 1995.

Zur Spannung zwischen Demokratie und Liberalismus

von Gerd Habermann



In ihrem Kern betrachtet ist Demokratie eine Entscheidungstechnik, jene Form kollektiven Handelns, in der Entscheidungen über Abstimmungen nach dem Mehrheitsprinzip gefällt werden - ohne Blutvergießen und im besten Fall (Schweiz) unter weitgezogener Beteiligung aller Staatsbürger. Nach klassischer Tradition ist die Alternative hierzu die Diktatur eines einzelnen („Monokratie“) oder einer Gruppe („Oligarchie“). Schließlich gibt es auch das barbarische Verfahren der Entscheidung durch Appell an die Waffen. Die Demokratie ist ein bewährtes Mittel, unfähige Regierungen „friedlich“ abzulösen und womöglich bessere zu inthronisieren.

Als „Verfahren“ ist die Demokratie weder gut noch böse - so befriedigend es auch für den Bürger sein mag, an der Res Publica mitzuwirken, ein individualistisches Teilhaberecht (eine Art Aktie) an Kollektivbeschlüssen zu besitzen. Auch die anderen Verfahren sind zunächst weder gut noch böse. Es gab schließlich ausgezeichnete Monarchen (z. B. die besten römischen Kaiser wie Marc Aurel), gut regierte Aristokratien (z. B. England). Wichtiger als die Frage: wer soll regieren, ist die andere: *was sollen die Herrschenden* (sei es die Regierung eines Staates, seien es vorstaatliche politische Kollektive) *tun - oder nicht tun - dürfen*. Meine Ansicht:

eine Herrschaft ist „legitim“, wenn sie sich darauf beschränkt, durch Schutzorganisationen nach „außen“ oder durch Methoden gerechter Konflikt-schlichtung nach „innen“ die Entfaltung spontaner Ordnungen zu begünstigen, d. h. life, liberty and property, das Überleben und die Integrität einer Gruppe zu sichern.

Aristoteles unterscheidet die Staatsformen danach, ob sie streng regelgebunden sind oder ob sie Willkür erlauben; ob das Gesetz (im materiellen Sinne: „Vernunft ohne Wünsche“, wie er sagt) allen gleichmäßig oder nur egoistischen Gelüsten der Herrschen-



den dient. Für ihn war die entfesselte Herrschaft der Mehrheit als "Pöbelherrschaft" zur Plünderung der Wohlhabenden genauso verdammenswert wie die Herrschaft eines Tyrannen, der den Staat zum Objekt seiner Willkür erniedrigt. Unsere Demokratie in Deutschland hat gegenwärtig eine starke Tendenz, sich der Entartungsform der Demokratie im Sinne des Aristoteles anzunähern. Mehrheitswillkür drückt sich z. B. in der Progressivsteuer und in "Entmündigungskoeffizienten" wie Staatsquoten/ Abgabenquoten aus. Allerdings, wie Anthony de Jasay bemerkt, sind in dem Chaos der Umverteilung (er spricht von "Churning Society") Nutznießer und Geprellte teilweise identisch, teilweise werden die "Falschen", nämlich die Gewitzten, nicht die Bedürftigen, gestützt, so daß das Ganze intransparent und schließlich absurd wird. Wenn drei Viertel der arbeitenden Bevölkerung sich in der Progressionszone befinden oder der deutsche Facharbeiter nach Berechnungen Günter Ederers noch 34 Prozent netto hat (nach Abzug auch der indirekten Steuern), zeigt sich der Unsinn des Ganzen. Die Umverteilung wird dann vollends irrational und nützt allenfalls dem politischen Personal, das von diesem Geschäft lebt. Hinzu kommen noch der Sozialversicherungs-, Schul- und besonders Wehrzwang - tiefe Einbrüche in die Privatautonomie. Von der "guten" Demokratie im Sinne des Aristoteles ("Politie") kann so nicht mehr die Rede sein. Jedoch bietet sie als Demokratie eben auch Chancen, diese Verhältnisse auch wieder zu verbessern: Neuseeland ist das jüngste, imponierende Beispiel ihrer Reformfähigkeit, allerdings erst am Abgrund. Der "Panzer sozialismus" (de Jasay) muß nicht das letzte Wort einer Demokratie sein, die "Anarchie" kann es nicht sein.

So befriedigend die aktive Teilhabemöglichkeit an der Res Publica von der Familie bis zur Nation (wo sie leider im Unterschied zur antiken Polis oder Schweizer Gemeindeversammlung schon stark verdünnt ist) sein mag und so sehr es wahr ist, daß Demokratie und Liberalismus historisch folgen-schwere Bündnisse eingegangen sind (USA, Schweiz, England, um die klassi-

schen Länder zu nennen), so sehr stimmt es doch auch, daß Demokratie und Liberalismus im Grunde verschiedene Ausgangspunkte und Zielsetzungen haben. Ich darf hier einmal fast vergessene liberale Autoren (Wilhelm Hasbach, Veit Valentin) zitieren: Der Liberalismus geht von der Person, von der Bildung, von der Humanität aus; die Demokratie vom Staatsvolk, vom Interesse, von der Macht Der Liberalismus will erhalten und entwickeln ... Demokratie möchte aufbauen nach festem, hartem Grundriß (Hayeks "Konstruktivismus"). Der Liberalismus ist historisch und deshalb relativistisch; die Demokratie ist dogmatisch, kategorisch und absolut. Ferner: Die Demokratie sieht die Würde des Menschen in der gemeinsamen Gattungseigenschaft, der Liberalismus in der Idee der Persönlichkeit, die gerade auf jenen Eigenschaften beruht, die sie von anderen unterscheidet. Die Demokratie erstrebt jene Freiheiten, die sie gleichmachen, um damit die Würde des Menschen zu entwickeln. Der Liberalismus will jene Gleichheit, die sie frei machen, ihre Persönlichkeit zu entwickeln. Er will Freiheit nicht, weil er an die Gleichheit, sondern weil er an die Ungleichheit glaubt.

Ich gehöre zu denen, die im Unterschied zu Jüngers "Anarch" im Lande Eumeswil Freude an den politischen Mitwirkungsmöglichkeiten in einer Res Publica von der Gemeinde an aufwärts haben, bin selber auch Inhaber eines kleinen ehrenamtlichen politischen Mandats. Ein Engagement dieser Art sehe ich auch als eine Möglichkeit zur Persönlichkeitsentwicklung, zur "Individualisierung". Den solipsistischen Standpunkt einiger Superindividualisten nach Art Max Stirners halte ich für unfruchtbar. Mag die Demokratie in diesem Jahrhundert Staat, Bürokratie und Umverteilung bis ins Unsinnige gesteigert haben - wer wird in diesem Punkt Hans-Hermann Hoppe widersprechen? - sie bietet auch die Möglichkeit, aus Irrtümern zu lernen. Ich bin gerne Demokrat, wenn die einzige reale Alternative die Diktatur eines demagogischen Großmauls oder eines übermütigen Haudegens ist, der gründlich "aufzuräumen" verspricht. ■

Gerd Habermann, Dr., geb. 1945 in Minden (Westfalen). Studium der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Politologie, Philosophie, Volkswirtschaft in Frankfurt, Wien, Tübingen und Konstanz. Heute Leiter des Unternehmerinstituts der Arbeitsgemeinschaft der selbstständigen Unternehmer (ASU) in Bonn und Lehrbeauftragter der Universität Bonn. FDP-Mitglied. Zahlreiche Veröffentlichungen, u.a.: "Der Wohlfahrtsstaat. Die Geschichte eines Irrwegs, Berlin 1994".

Schwarz-Roter KALENDA '99

„Mit 17 hat man noch Träume“ war einmal ein bekannter volkstümlicher Schlager. Der 17. KALENDA wird auch wieder ein Schlager und die Träume sind uns lange noch nicht ausgegangen.

1982 im Geiste Erich Mühsams gegründet, ist der KALENDA über alle Moden, Konjunkturen und Talsolen hinweg ein verlässliches Medium für unverfälschtes anarchistisches Denken und beste libertäre Gesinnung geblieben. Auch 1999, im Jahr des sich im Countdownfieber befindlichen Abendlandes, geht uns die freiheitliche Sonne nicht unter und wir werden wieder Projekte, Menschen und Ideen vorstellen und vorstellbar machen, Geschichte interessant präsentieren, knackige Grafik, Cartoons und Sprüche liefern und wichtige Daten/Ereignisse nicht in Vergessenheit geraten lassen. Als Dorn im Arsch der Herrschaften - the same procedure as every year - we proudly present @gain 40 Seiten radikaler Adressen vom FAInsten - natürlich auch online: ein WWW, ein weltweites Netz, hatten wir schon immer!. Und dies nicht nur virtuell.

288 Seiten, Paperback/Fadenbindung, Serviceteil mit Monatsübersicht, Mens.Kalenda, Ferien, Postgebühren u.a.m..

Nur keine Umstände:
15 DM cash/ec an den

SCHWARZROTBUCH VERLAG
R@lf Landmesser
Rathenower Str. 23
10559 Berlin
oder Postbank München,
Kto.Nr. 50848801, BLZ 70010080.
Adresse nicht vergessen!
Lieferung druckfrisch & portofrei:
frei Haus! Gruppen- und Wieder-
verkäuferInnenrabatt: ab 5 Stück
je 11 DM, ab 20 Stück nur 10 DM
alles incl.! Ab 250 Stück
7,50 DM = 50% revolutionärer
Massen-Rabattz !!!
Da lacht das schwarzrote Herz!
Dann @ber plus Posto/Ver-
s@ckung.
Alles nur per **Vorkasse!**

Buchhandel: Vertrieb VAH Jager,
ISBN 3-932078-09-8.



Wählen kann die Farben der Fesseln ändern - Nicht-Wählen sprengt die Fesseln!

von Michael Kastner



Art. 20 Abs. 2 des Grundgesetzes: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“

Was geht es mich an?

Am 27. September diesen Jahres werden zum 14. Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die Abgeordneten des Deutschen Bundestags gewählt. Unter normalen Umständen wäre es aus liberaler Sicht eine reine Zeitverschwendung, sich über diesen Vorgang Gedanken zu machen. Denn unter normalen Umständen wäre man nicht Mitglied in dieser Organisation. Unter normalen Umständen würde man am Tag nach der Wahl die Zeitung aufschlagen, sich genüßlich bei einer Tasse Kaffee zurücklehnen und denken „aha, da haben sie wieder gewählt, die bankrotten Bundesrepublikaner. Na ja, mir kann's ja egal sein...“

Leider sind die Umstände nicht normal und ob man sich als Liberaler jemals bei der Lektüre deutscher Wahlergebnisse genüßlich zurücklehnen kann, ist mehr als fraglich.

Die Demokratie, wie jede andere Staatsform, läßt nicht zu, daß der Bürger sie als Außenstehender betrachtet. Sie läßt eine Entscheidung für oder gegen den Staat nicht zu. Per Definitionem werden Menschen zu Staatsbürgern, sodaß die Frage nach der Legitimierung des



Libertäre Kampagne 98 (von der-markt-com): Wahlen ändern nur die Farbe der Fesseln...

demokratischen Staates niemals gestellt werden braucht. Um dem Ganzen den Schein einer freiwilligen Übereinkunft zukommen zu lassen, wird ein Gesellschaftsvertrag erdacht, der niemals existiert hat, dessen bloßes gedankliches Konstrukt als Rechtfertigung des demokratischen Staates genügt. Ebenso könnte man wahllos tausend Bürgern einen Kühlschrank vor die Tür stellen und von den Haushalten eine beliebige Rechnungssumme mit der Begründung einfordern, die Vorfahren hätten irgendwann mal einen Kaufvertrag für einen Kühlschrank unterschrieben. Natürlich gäbe es diesen Vertrag nicht wirklich, so der frohe Verkäufer und wäre nur ein Konstrukt, aber immerhin ließen sich so ja Kühlschränke an den Mann bringen.

Die Lücke der demokratischen Staatsrechtfertigung ist offensichtlich und läßt sich nur so so lange aufrechterhalten, wie der Bürger zum einen glaubt, daß es keine bessere friedliche gesellschaftliche Ordnung gibt, als die Demokratie und der Bürger nicht beginnt, dem Staat seine permanente Rechtfertigung zu entziehen.

Wie Artikel 20 Abs. 2 des Grundgesetzes postuliert: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt“. Man müßte davon ausgehen, daß das Fernbleiben Einzelner oder ganzer Gruppen bei Wahlen für den Staat ein Signal sein sollte, daß die Staatsgewalt zumindest nicht mehr vom gesamten Volk ausgeht, sondern nur noch von einem Teil des Volkes. Dies wäre dann nichts anderes als die Bitte um Entlassung aus dem demokratisch-staatlichen System. Denn wenn das Volk oder ein Teil davon den Wahlen und Abstimmungen des Staates fernbleibt, dann geht von ihm keine Staatsgewalt mehr aus.

Wer das System von außen betrachtet, für den wird die Demokratie zu einer absurden Veranstaltung selbstverschuldeter Knechtschaft.

Politikverdrossenheit und verweigertes Mitspracherecht als demokratische Knebelstrategie

Der rhetorische Trick, mit dem die Nutznießer des politischen Systems die Wähler bei der Stange halten wollen, hat zwei Standbeine. Zum einen wird das Wort von der „Politikverdrossenheit“ durch die Presse lanciert und zum anderen wird dem einzelnen Bürger verständlich gemacht, daß er nur dann das Recht hätte, mitzureden und Kritik am Staat zu üben, wenn er an den Wahlen teilnähme.

Die „Politikverdrossenheit“ hat im Rahmen der Generierung von Wählern eine wichtige strategisch-propagandistische Komponente. Zum einen wird der Begriff „Politik“ inhaltlich in einer Weise von den staatlichen Akteuren belegt, die glauben machen soll, daß Politik gleichbedeutend mit gesellschaftlicher Problemlösung sei. Und zwar gleichbedeutend mit der Lösung von „globalen“ bis hin zu individuellen Problemstellungen. Zum anderen soll der Wortteil „Verdrossenheit“ ein Negativum – etwas Destruktives – suggerieren. Dabei ist das Fernbleiben von einer Organisation, die man als kriminell oder zumindest als für einen selbst unnützlich, ansieht, keinesfalls ein Tatbestand, der mit Verdrossenheit gleichzusetzen wäre. Ansonsten müßte man – im Rahmen der Staatslogik – all jene als Mafia-Verdrossene stigmatisieren, die lieber friedlich mit anderen zusammenleben oder all jene als Unfall-Verdrossene, die lieber ihr Auto heil über die Landstraße bringen.

Der Ausdruck Politikverdrossenheit soll – das wäre jedenfalls die naheliegendste Erklärung – suggerieren, daß Menschen, die nicht an der Politik teilnehmen, sich schmollend vor der Lösung von Problemen verschließen. Dabei ist doch gerade das Gegenteil der Fall. Gerade Menschen, die nicht an der Politik teilnehmen, müssen die Lö-



Schwerpunktthema

sung von Problemen in die eigene Hand nehmen und zwar jene die sie auch wirklich betreffen. Gerade diese Menschen, die sich von der Politik abwenden, wenden sich im Gegenzug wieder ihrer Eigenverantwortung zu. Politikverdrossenheit ist somit nichts anderes als die staatlich-propagandistische Verballhornung von individueller Verantwortung.

Das zweite von mir angesprochene Standbein staatlich suggerierter Selbstfesselungsrhetorik ist das Mitspracherecht bei politischen Entscheidungen staatlicher Organe. Laut demokratischer Sprachregelung darf sich nur derjenige über die Ergebnisse der Politik beschweren, bzw. diese kritisieren, der sich auch politisch engagiert oder zumindest seine Stimme bei Wahlen abgibt. Das ist ein geschickter Schachzug, der sich vom Standpunkt der Staatsraison und des Eigeninteresses der politischen Klasse als durchaus rational nachvollziehbar darstellt. Will man doch schließlich dem Bürger die Verantwortung für das Versagen des Staates übertragen.

Verheerende Resultate

Aus Sicht des Bürgers hat dies katastrophale Auswirkungen, denn in den



Libertäre Kampagne 98 (von der-markt.com): ... Nicht wählen sprengt die Fesseln!

vier Jahren darf er zwar kritisieren und sich auch beschweren. Er muß jedoch die Entscheidungen der Politik wie eine Naturgewalt über sich ergehen lassen. Jede Kritik an den Entscheidungen von Parlament und Regierung kann von der Politik durch das Argument abgewehrt werden, daß der Bürger ja schließlich alle vier Jahre seine demokratischen Rechte wahrnimmt, indem er für die nächsten vier Jahre dem Parlament das Recht zugesteht, über seinen Kopf hinweg zu entscheiden. Besonders deutlich wurde dies beim Euro. Da der Euro aus gutem Grunde niemals Wahlthema war, wurde er in den angebotenen Bündeln der Wahlprogramme einfach als Anhängsel eingeschnürt. Die Regierung hat die massive Kritik der letzten Jahre dann immer mit dem Argument abgetan, schließlich hätte sie ja das Mandat von den Bürgern erhalten. Hat sie auch – im demokratischen Sinne.

Vielleicht noch schwerwiegender ist die Tatsache, daß eine stalinistische Kaderpartei wie die PDS mit Hilfe des ach-so-demokratischen Rechtsstaats wieder über das Leben der Menschen mitentscheidet. Die stalinistische PDS ist demokratisch legitimiert. Das gleiche trifft auch für die Parteien am rechten Rand zu – keine Frage. Wenn der Regierungssprecher die PDS mit der NSDAP vergleicht, so ist dieser Vergleich nicht angebracht. Ehrlich wäre es allerdings gewesen, die eigene Partei und alle anderen Parteien im Bundestag mit der PDS zu vergleichen. Der Unterschied wäre nicht signifikant gewesen.

Freiheit ist vor allem auch die Freiheit fernzubleiben

Daß der Staat hinter Wählerstimmen her ist, wie der Teufel hinter den Seelen, stellt sich bei genauerer Betrachtung

In der Demokratie dagegen haben sie, wenige ausgenommen (die sogenannten Drohnen) die Führung in den Händen. Die Gefährlichsten unter ihnen sprechen und handeln; die andern sitzen um die Tribüne herum, summen und lassen keine andere Meinung zu Wort kommen. So haben die Drohnen, wenige ausgenommen, die gesamte Verwaltung einer solchen Demokratie in den Händen.

Platon

also in einem ganz anderen Licht dar. Dem Staat, bzw. dessen Repräsentanten geht es keineswegs darum, den Bürger mitentscheiden zu lassen (denn dafür bedarf es keines Staates, das zeigt uns die Marktwirtschaft täglich), sondern darum, sich selbst alle vier Jahre die Macht zu verschaffen den Bürger stillzustellen, damit die Kleptokratie – wie Roland Baader es so bezeichnend nannte - das Land in Ruhe ausplündern kann.

Wer Freiheit im liberalen Sinne will, muß sich irgendwann entscheiden, ob es ihm genügt über die Farben seiner Fesseln zu entscheiden, oder ob er nicht lieber die Fesseln ablegen will. Freiheit im liberalen Sinne bedeutet vor allem die Freiheit zu entscheiden, ob und welcher Form gesellschaftlicher Organisation man angehören will. Eine Organisation, die diese Entscheidung erst gar nicht zuläßt, besitzt keinerlei Rechtfertigung.

Nicht-Wählen, das Fernbleiben von staatlichen Entscheidungsprozessen, ist die einzige Möglichkeit, sich der selbstverschuldeten Knechtschaft der Demokratie zu entziehen. Wahlabstinenz ist der friedliche Weg, den demokratischen Staat an der Wurzel auszuhebeln. ■

Michael Kastner, geb. 1963, selbständiger Unternehmer mit der Internetagentur „www.der-markt.com“, Gründungsmitglied der Liberalen Akademie Berlin und deren technischer Direktor. Studien der Betriebswirtschaftslehre und der Theologie. Langjährige berufliche Erfahrung im Multimediabereich im In- und Ausland. Schrieb in ef 2/1998 über die Unvereinbarkeit von Christentum und Liberalismus.

Anzeige

Ken Schoolland: Die Abenteuer des Jonathan Gullible - erscheint im Stefan P. Kopp Verlag, Richard-Sorge-Str. 69 II, 10249 Berlin, FAX: 030 - 98623749

Subskriptionspreis bis 20.08.98 bei Bestellung direkt beim Verlag DM 9,60

Haben Sie schon einmal von einem Land gehört, in dem Erfinder bestraft werden, eine Traummaschine mehr Arbeit verspricht, im Zirkus der Interessenvertretung alle gewinnen, die Alten mit Brot versorgt werden und trotzdem hungrig bleiben, Beeren verboten werden, weil sie glücklich machen, die Geier menschlicher sind als die Könige und Väterchen Staat nachts auf Raubzug geht, um zu Weihnachten Geschenke zu verteilen?

Ken Schoollands Buch »Die Abenteuer des Jonathan Gullible« ist ein Lehrstück. In einer Mischung aus Gullivers Reisen und Alices Abenteuer im Wunderland zeigt er uns, wie verdreht und verwirrt eine Welt ist, in der alle Entscheidungen zu wichtig sind, als daß sie von einzelnen getroffen werden könnten. Auf der Insel Regulos haben die Politiker die Last der Entscheidungen auf sich genommen und der fürsorgliche Staat achtet darauf, daß es allen gut geht.

In einfachen, kleinen Geschichten, die Jonathan auf der Insel erlebt, wird deutlich, was dann passiert. Das Buch basiert auf einem konsequent freiheitlichen Ansatz, der die unantastbaren individuellen Rechte des Menschen gegen die Gewalt staatlichen Handelns stellt. Denn der Staat wird seinem Anspruch nicht gerecht: Der Staat sollte dazu dienen, die individuelle Freiheit zu schützen; statt dessen schränkt er sie immer mehr ein. Der Staat sollte die Übernahme individueller Verantwortung ermöglichen; statt dessen nimmt er sie seinen Bürgern weg und entmündigt sie. »Die meisten Leute glauben, daß es nicht richtig ist, etwas zu verlangen, zu lügen, zu stehlen oder zu töten. Das macht man einfach nicht - es sei denn, man findet einen Politiker, der die schmutzige Arbeit tut.«

Schließlich erkennt Jonathan, daß man den großen Worten nicht glauben darf, sondern nur den Taten, daß eine Gesellschaft, die vor allem von politischem Zwang regiert wird, auseinanderfällt und Regulierungen und Verbote nicht den Bürgern, sondern nur ihren Herren zugute kommen. »Eine freie Gesellschaft zu erreichen, verlangt den Mut zu denken, zu sprechen und zu handeln - vor allem wenn es einfacher ist, nichts zu tun.«



„Damit die Mehr-Staat-Ideologen nicht unter sich bleiben“



ef spricht mit Martin Matz, Bundesvorstand der F.D.P.

ef: Mit welchem Ergebnis für Ihre Partei rechnen Sie bei der Bundestagswahl?

MM: Ganz im Ernst: Meine genaueste Erwartung lautet 'zwischen 4,5 und 9 %'. Ich rechne damit, daß die F.D.P. in der Schlußphase des Wahlkampfes aus ihrem Umfragekorridor zwischen 5 und 6,5 % ausbricht – nach oben oder nach unten. Die kleinen Parteien haben es in diesem Wahlkampf offenbar besonders schwer zwischen den Elefanten. Wenn es die F.D.P. in der "heißen Phase" rüberbringt, daß sie sich als einzige für weniger Staat und damit mehr Freiraum einsetzt, kann sie auch recht erfolgreich abschneiden. Übrigens: Daß die anderen Parteien auf immer mehr staatliche Gängelung setzen, ist vielen Wählern bekannt – ob man der F.D.P. das anders-sein zutraut, ist die wahlentscheidende Frage.

ef: In der Tat, bei einer fast ununterbrochenen Regierungspartei, die den Staatsanteil von knapp einem Drittel, welchen Erhard damals schon für zu hoch hielt, auf heute weit über die Hälfte hieft. Der schleichende Sozialismus in diesem Lande von einer staatlich flankierten Marktwirtschaft hin zu einer marktflankierten Staatswirtschaft ist ein Werk auch der FDP, oder nicht?

MM: Die Gegenfrage ist natürlich auch erlaubt, auf wieviel der Staatsanteil von jetzt 48 % noch gestiegen wäre, wenn die F.D.P. nicht immer wieder gehalten würde. Wer hat weitere Steuererhöhungen verhindert, wer hat die Liberalisierung und Privatisierung im Telekommunikationsmarkt durchgesetzt? Richtig ist aber auch: Die F.D.P. hat zu viel mitgetragen, bevor sie sich seit Anfang 1996 einer konsequenten Reformpolitik verschrieben hat.

ef: Warum engagieren Sie sich politisch?



MM: Damit die Mehr-Staat-Ideologen nicht unter sich bleiben.

ef: Haben Sie ein Vorbild, was Ihre politische Tätigkeit betrifft?

MM: Ich habe kein Vorbild, bin aber der Meinung, daß der deutschen Politik nach dem Ausscheiden von Graf Lambsdorff ein marktwirtschaftlich denkender Ordnungspolitiker fehlen wird.

ef: Wir gehen davon aus, daß Sie ein libertär orientierter Mensch sind. Welche der folgenden drei Kategorien würden Sie für sich gelten lassen: liberal, anarchistisch, kapitalistisch? Bitte begründen Sie auch kurz Ihre Antwort.

MM: Ein Liberaler gibt der Freiheit im Zweifel den Vorrang vor der Ordnung und der Gleichheit. Für den Anarchisten sind Ordnung und Gleichheit keine Kategorien für menschliches Miteinander. Da ist mir der Liberale näher. Die Kategorie kapitalistisch würde ich gern durch marktwirtschaftlich ersetzen, damit darunter folgendes verstanden werden kann: Ich bin für den freien Wettbewerb in einem staatlich gesetzten Rahmen (zur Legitimation staatlichen Handelns siehe volkswirtschaftliche Literatur zur Theorie des Marktversagens)

ef: "Kapitalistisch" ist im radikal-liberalen Sinne aber auch eine moralische Kategorie, während "marktwirtschaftlich" in meinen Augen ziemlich technokratisch - und defensiv - wirkt.

MM: Die Schwäche Ihrer „moralischen Kategorie“ ist, daß Sie beispielsweise bereit wären, markträumende Preise auf dem Arbeitsmarkt hinzunehmen, die unter dem Existenzminimum eines Menschen lägen. Suchen Sie sich für diesen Zweck eine von Ihnen gewünschte Definition des Existenzminimums aus, aber (frei ausgehandelter, nicht wie heute kartellierter) Arbeitslohn muß Überleben sichern – und das können Sie im „Kapitalismus pur“ nicht garan-

tieren. Der Marktwirtschaftler unterscheidet sich von den Staatsideologen dadurch, daß er immer die Wirkung der Marktmechanismen nutzen wird, um zu möglichst effizienten Ergebnissen zu finden. Das ändert aber nichts daran, daß es Fälle von Marktversagen gibt, in denen staatliche Rahmensetzung erforderlich ist und daß es Marktergebnisse gibt, die aus sozialen Gründen korrigiert werden müssen. Die Menschenrechte, auf deren Universalität wir uns mit wenigen Unterbrechungen in den letzten 200 Jahren in Mitteleuropa immer einigen konnten, scheinen sonst an Ihnen vorübergegangen zu sein.

ef: Sie sprachen von Marktversagen. In der liberalen Literatur ist mir eine solche Theorie kaum begegnet. Wie, wo und wann "versagen" denn Märkte in Ihren Augen? Könnten Sie drei Beispiele benennen?

MM: Versuchen Sie's mal mit Fritsch/Wein/Ewers: Marktversagen und Wirtschaftspolitik, München 1993. Ein zentrales Problem in der Diskussion mit deutschen Libertären ist Ihre vollständige Negation aller wissenschaftlichen Diskussionen, die nach Ihrer eigenen Definition nicht zur „liberalen Literatur“ zählen. Eine Haltung, die ich übrigens bei amerikanischen Libertarians nicht angetroffen habe und die mir spannende Gespräche zum Beispiel im CATO Institute in Washington D.C. beschert hat. Wichtige Fälle von Marktversagen sind Unteilbarkeiten bei natürlichen Monopolen, die vielzitierten externen Effekte, bei denen Marktakteure Kosten verursachen, für die sie nicht selber aufkommen, sowie asymmetrische Informationsverteilung wie beispielsweise auf dem Gesundheitsmarkt.

ef: Glauben Sie, daß Helmut Kohl es trotz allem „gut meint“?

MM: Nein. Ein Politiker, der sich zwischen dem eigenen Machterhalt und der Durchsetzung von Veränderungen (die



Schwerpunktthema/Interview

mitunter zu Machtverlust führen) immer für den Machterhalt entscheidet, kann es nicht "gut meinen".

ef: Politik bedeutet, auf Kosten anderer eigene Ziele durchzusetzen, oder nicht?

MM: Es mag die Aufgabe einzelner Interessengruppen sein, eigene Ziele auf Kosten anderer durchzusetzen, die Aufgabe der Politik sollte es sein, Einzelinteressen mit dem Allgemeinwohl abzuwägen und zu entscheiden. Hier könnte die berechtigte Frage gestellt werden: "Wer definiert Allgemeinwohl?" Die ist bei uns durch das Grundgesetz beantwortet.

ef: Nein, die berechtigte Frage lautet: Kann "Allgemeinwohl" irgendetwas anderes bedeuten, als das Wohl einiger auf Kosten anderer? Wenn alle das gleiche "Allgemeinwohl" verfolgen würden, wozu bedürfte es dann der Politik? Und wenn verschiedene Menschen verschiedene Vorstellungen vom "Allgemeinwohl" haben, dann ist es doch offensichtlich eine Projektion persönlicher Präferenzen, oder nicht? Warum

benutzen Sie sozialistische Wieselwörter wie "Allgemeinwohl"?

MM: Ich brauche wohl nicht nochmal klarzustellen, daß ich eine erhebliche weitergehende Vorstellung von persönlicher Freiheit und Begrenzung staatlichen Handelns habe als beinahe jeder im politischen Raum. Wer setzt denn aber in Ihrer verquastenen Ideenwelt die Interessen künftiger Generationen mit denen heutiger Wirtschaftssubjekte in Einklang, wenn die sich miteinander wunderbar auf Marktergebnisse einigen können, die aufgrund externer Effekte die Überlebenschancen der eigenen Nachkommen oder der Nachkommen Dritter gen Null gehen lassen? Der Markt ist die relativ geeignetste Form des Interessenausgleichs und des Austausches zwischen Menschen. Aber er hat Schwächen in technischer Hinsicht (Marktversagen) und im sozialen Bereich. Da muß nachgeholfen werden und die Demokratie bietet die besten Voraussetzungen für einen Entscheidungsprozeß, um den Interessenausgleich in diesen Bereichen zu gewährleisten.

ef: Sollte der Staat Demonstrationen von

Neonazis oder deren Wahlteilnahme verbieten?

MM: Ziemlich theoretische Frage für ein Magazin, das Politik als Durchsetzung von Zielen auf Kosten anderer definiert...

ef: Und rein praktisch gesehen?

MM: Hat man die Legitimation gesellschaftlicher Entscheidungen in einer Demokratie nicht nur verstanden, sondern auch akzeptiert – und da liegt wahrscheinlich Ihr Problem – dann ist es eine logische Folgerung, daß die demokratischen Institutionen auch gegen Aktivitäten zu ihrer Abschaffung verteidigt werden dürfen. Ob dazu Verbote von Demonstrationen oder von Wahlteilnahmen geeignete Mittel sind, ist eine Frage der Verhältnismäßigkeit dieser Mittel, die sich in jedem Einzelfall erneut stellt.

Das Interview mit Martin Matz führte André F. Lichtschlag per e-mail. ■

Informationen zur FDP im Internet:
<http://www.liberales.de>

■ Martin Matz geb. 1965 in Bremen, ledig, evangelisch, Kandidat im Wahlkreis Berlin-Mitte/Prenzlauer Berg für die FDP, Bankangestellter, Mitglied des F.D.P.-Bundesvorstandes, 1996-1998 Landesvorsitzender der FDP Berlin.

„Beinahe aus Notwehr“



ef spricht mit Hans-Wolff Graf, Bundesvorstand des LFD

ef: Mit welchem Ergebnis für Ihre Partei rechnen Sie bei der Bundestagswahl?

HWG: Realistischerweise müssen wir sogar darum fürchten, für die STATT-Partei die notwendigen 2.000 Unterschriften (zumindest in Bayern) nicht zu rekrutieren. Sollte uns dies jedoch gelingen, könnte ich mir durchaus vorstellen, daß viele Wähler (vor allem die bislang unentschlossenen) in der STATT-Partei eine Alternative sowohl zu den etablierten Parteien wie auch zu den auf den Protest und die Wut der Wähler bauenden Rechts- und Linksauslegern im heutigen Parteien-

spektrum sehen. Konkret: Zwischen 2 und 5 % ist – je nach Bundesland – alles möglich.

ef: Warum engagieren Sie sich politisch?

HWG: Beinahe aus Notwehr! Persönlich seit 26 Jahren selbständig und als Berater vieler klein- und mittelständischen Unternehmen tätig, beobachte ich seit vielen Jahren die Verlotterung der politischen Kultur, die exponentiell steigende Entmündigung der Bürger, die ziel-sichere Ausmerzungen jeglichen elitären Bewußtseins in Forschung und Bildung, Wirtschaft und Unternehmertum sowie

die rasend schnell um sich greifende Resignation gerade unter denjenigen, die unseren Politikern überhaupt erst ermöglichen, horrende Pfründe zu vereinnahmen (von Verdienst kann hierbei sicherlich nicht gesprochen werden) und den gigantischen Umverteilungsmechanismus zu bewerkstelligen, der jegliche Eigeninitiative lähmt, das Verantwortungsbewußtsein eliminiert und in eine fronartige Abhängigkeit führt. Eine politisch neue Landschaft zu gestalten, ist wohl am ehesten durch Selbstständige möglich, obgleich diese – anders als beamtete Politiker – nicht dafür bezahlt werden.



ef: Haben Sie ein Vorbild, was Ihre politische Tätigkeit betrifft?

HWG: Zum einen historische: Solon'sches Gedankengut und Themistokleische Praktikabilität. Etwas moderner: Theodor Heuss, Ludwig Erhard und Ralf Dahrendorf sowie Helmut Schmidt (abgesehen von seiner Blasiertheit). Vor allem den drei Erstgenannten unterstelle ich ethische Sauberkeit und eine parteipolitische Kompromißlosigkeit. Sie sahen sich vornehmlich in der politischen Verantwortung (und dies mit hohem Sachverstand), zeigten Herz und Geist gleichermaßen und sahen ihre Aufgabe als Politiker nicht vornehmlich darin, ihre Stellung auszunutzen, ihrer Egomane zu frönen und abzusahnen, soweit dies irgend möglich ist. Alle vier hatten ein lebendiges Verständnis für die volkswirtschaftliche Bedeutung des Mittelstandes, freiheitlicher Selbständigkeit und eine auch in die Zukunft gerichtete Sicht der Entscheidungen, vor denen sie jeweils standen.

ef: Wir gehen davon aus, daß Sie ein libertär orientierter Mensch sind. Welche der folgenden drei Kategorien würden Sie für sich gelten lassen: liberal, anarchistisch, kapitalistisch? Bitte begründen Sie auch kurz Ihre Antwort.

HWG: Libertas ist tatsächlich für mich eine Art "Lebensfackel". Macht ist wichtig, ja geradezu unabdingbar. Wird diese jedoch als Zwang mißbraucht und/oder korruptiv eingesetzt, muß sie mit allen Mitteln bekämpft werden. Von Freiheit jedoch nur zu reden und sie einzufordern, ohne sich darüber klar zu sein, welch eminenter (und ständiger) Einsatz für ihren Erhalt notwendig ist (Freiheit und Verantwortung sind für mich "siamesische Zwillinge"), wird zu ihrem Totengräber. Bzgl. Liberal, anarchistisch, kapitalistisch: liberal bis zur Radikalität (radix – die Wurzel), anarchistisch – weder im heutigen Sinne des Wortes noch im ursprünglichen Sinne von wertefreier Nichtordnung, wengleich viele meiner Ideen von Außenstehenden (die zu faul sind, darüber nachzudenken) als "geradezu anarchistisch" apostrophiert werden (siehe unser Steuer-, Wirtschafts- und Sozialkonzept). kapitalistisch: ja insoweit, als ich der festen Überzeugung bin, daß im Lebensdreieck (bestehend aus Körper, Geist und Seele) der Menschen das Materiel-

le (und die Sorgfalt jedes Einzelnen, sich um seine materielle Sicherheit selbst zu bemühen) eine sehr wichtige Rolle spielt. Allerdings mit der Einschränkung, daß diese kapitalistische Sicherstellung der eigenen Zukunft und der der Familie insoweit ihre Grenzen haben sollte, als alles, was über die Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse hinausgeht, sinnvoll dafür eingesetzt werden sollte, denjenigen zu helfen, die dazu tatsächlich nicht imstande sind. Zu diesem Zwecke werden u.a. unsere beiden Vereine (Deutscher Bundesverband für Steuer-, Finanz- und Sozialpolitik e.V. wie auch der Anthropos e.V. – Für die Kinder dieser Welt) unterhalten. Eben dazu sollten sich diejenigen, die dazu in der Lage sind, aus einer sauberen Sichtweise von Kapitalismus bereit finden – nicht nur aus benevolenter Nächstenliebe, sondern aus der klaren Einsicht, daß ich mein Lebensumfeld nur dann genießen kann, wenn ich zu dessen Prosperität auch persönlich bereit bin beizutragen. Dies kann jedoch nicht vornehmlich oder ausschließlich Aufgabe des – vorgeblichen – Sozialstaates sein, vielmehr muß sich darin das Maß der Bildung und Ethik einer Gesellschaft widerspiegeln. Genau dem wurden die Bürger der westeuropäischen Wohlstandsgesellschaften jedoch mehr und mehr entzogen und entrückt – durch einen Beamtenmoloch, der sich anmaßt und erdreistet, seine Bürger zu entmündigen (pardon: zu "entlasten"), zum eigenen Nutzen und Frommen eine Beamten- und Gesetzesdiktatur errichtet hat und damit an primitivste Verhaltensmuster appelliert: "Wenn meine Aufgaben von dritter Seite erledigt werden, warum soll ich mich dann selbst darum kümmern"? Dies führt zu der Einstellung, für die Sicherheit und das Wohlergehen habe der Staat zu sorgen und die Aufgabe des Einzelnen liege eigentlich nur noch darin, seine persönlichen Chancen zur Mehrung seines eigenen Wohlstandes so eigennützig wie möglich zu nutzen. Dem bundesdeutschen Parteienstaat ist es gelungen, die Begriffe Freiheit und Verantwortung/ Verantwortlichkeit hermetisch voneinander zu trennen und abzuriegeln – eine beinahe faustische Methode, die Menschen in Abhängigkeit, Egoismus und eine geradezu asoziale Einstellung gegenüber ihrem Umfeld zu führen. Das Sprichwort "Jeder ist seines Glückes Schmied" – als Chance begriffen – wurde in sein perverses Gegenteil verkehrt: "Jeder nimmt sich, was er nur kriegen

kann, kümmert sich nicht mehr um seinen Nächsten und brüllt nur dann, wenn seine Privilegien beschnitten werden". Dies hat zum Pseudo-Sozialstaat westeuropäischer (wie auch ehemals osteuropäischer) Couleur geführt und findet seine Fortsetzung in der sogenannten "Entwicklungshilfe" (siehe meine Bücher "UNSERE WELT" – eine sozial- und wirtschaftspolitische Studie über 186 Länder der Welt, 1992, sowie "Korruption – Die Entschlüsselung eines universellen Phänomens", 1995). Auf den spitzesten Punkt bringt diese Problematik Roland Baader ("Fauler Zauber", 1998).

ef: Glauben Sie, daß Helmut Kohl es trotz allem „gut meint“?

HWG: Ein klares Nein. Herr Kohl ist meilenweit von jedem demokratischen Selbstverständnis entfernt. Er hat – dies zieht sich wie einer roter Faden durch seine gesamte politische Karriere – den Parteienstaat als ideale Planche entdeckt, seine Minderwertigkeitskomplexe und sein (daraus erwachsenes) zwanghaftes Machtbedürfnis auszuleben. Er hat nie gelernt, zwischen Macht und Zwang zu unterscheiden und sich – was viele Bundesbürger angesichts seiner nur allzu oft zur Schau getragenen Biederkeit gar nicht zu glauben vermögen – auch materiell in dieser Zeit reichlich und völlig bedenkenlos bedient. Daß dies die Herren Strauß, Lambsdorff, Genscher, Lafontaine, Engholm und Legionen anderer Politiker (aller Parteien) auch – nach bestem Wissen und ohne Gewissen – getan haben und tun, entschuldigt den Herrn aus Oggersheim in keiner Weise. Gut meint es Herr Kohl allenfalls mit sich selbst und denen, die ihm als Steigbügelhalter genehm sind.

ef: Politik bedeutet, auf Kosten anderer eigene Ziele durchzusetzen, oder nicht?

HWG: Ich halte Sätze wie "Politik ist die Kunst des Möglichen" für ausgesprochen dummes Geschwätz und (allenfalls) eine billige Ausrede für verantwortungsloses politisches Handeln, die "Rechtfertigung" dafür, Bedenken und Einwände (vor allem von Minderheiten) aus dem Wege zu räumen, um sich im Applaus der davon profitierenden Mehrheit zu räkelnd und zu aalen. Politik bedeutet für mich Problemlösungen, klares, verantwortungsbewußtes Eintreten



Schwerpunktthema/Interview

für notwendige Änderungen, ein visionäres Denkfühlen und einen hohen persönlichen Einsatz – unter bewußtem Verzicht darauf, nach eigenen Vorteilen zu schießen. So lange sich Politiker ihre Meinung von der Parteizentrale abholen, anstatt sich mit den jeweils anstehenden Problemen inhaltlich intensiv auseinanderzusetzen (unter Einschaltung von wirklichen Fachleuten), verkommt Politik immer mehr zu einer Konglomerierung von Mehrheiten (was mit Demokratie primär überhaupt nichts zu tun hat), die vornehmlich bis ausschließlich nach eigenen Vorteilen schießen, statt Probleme kongenial und holistisch zu erfassen und dafür Lösungen zu erarbeiten suchen. Daß politische Entscheidungen beileibe nicht immer allen davon Betroffenen nur Vorteile bringen, ist eine Binsenweisheit. Wenn ich politische Entscheidungen jedoch unabhängig von individuellen Meinungen derer, die davon entweder profitieren oder darunter leiden werden, fälle, indem ich alle davon betroffenen Auswirkungen in die Grundlage meiner Entscheidung mit einbeziehe – wie dies Unternehmer (streng zu unterscheiden von den Vorsitzenden von Unternehmungen) gesamtverantwortlich jeden Tag tun müssen – , handle ich weitsichtig und korrekt. Hierzu wäre aber zuvorderst nötig, daß

wir wieder lernten, unsere Sprache semantisch sauber zu sortieren. Wer Ethik und Moral – letzteres ist zumeist nur ein Mangel an Gelegenheit – meint, synonym verwenden zu können, kann seiner politischen Verantwortung per se nicht nachkommen.

ef: Sollte der Staat Demonstrationen von Neonazis oder deren Wahlteilnahme verbieten?

HWG: Hierzu habe ich eine beinahe anarchistische Meinung: Selbstverständlich sollte man jedem und allen Gruppen erlauben, eigene Meinungen kundzutun. Zum einen schafft dies Klarheit darüber, wo jeder einzelne steht, zum anderen bietet es allen anderen die Möglichkeit, sich allumfassend zu informieren (nur dadurch kommt man ja auch Irrtümern und zuhauf verbreiteten Desinformationen und Pseudowissen auf die Spur). Insbesondere aber zieht man durch eine derart konsequente liberale Möglichkeit der Meinungsäußerung den Schleier des Besonderen von vielem, was ansonsten im Untergrund gärt und schmort. Eine interessante Analogie: Das älteste und größte "Lebewesen" auf dieser Welt ist etwas 4,5 qkm groß und geschätzte 35.000 Jahre alt – ein Pilz, der sich in den Wäldern des Mittleren Westens der USA

im Laufe dieser Jahrtausende gemächlich (und unentdeckt) fortentwickelt hat. Zusätzliche Anmerkung hierzu: Ich gehöre als 48-Jähriger einer Generation an, die seit frühester Jugend "gelernt" hat, mit einer Schuld und Scham zu leben für eine Zeit (und deren Geschehnisse), von der wir immer nur in Negativismen und einseitig zugeschriebenen Schuldvorwürfen gehört haben. Dankenswerterweise wurden vor drei Jahren die Archive in Washington und weiteren Hauptstädten der Siegermächte geöffnet, was zu erstaunlichen Erkenntnissen zu führen beginnt. Ich persönlich beginne mich zu fragen, ob die geschichtlichen Verbrechen durch die kriecherische Haltung einer Politikergeneration, wie sie Herr Kohl verkörpert, nicht ebenso schwer wiegen wie die früheren und heutigen Genozide, die korrupte Finanzierung dieser Unmenschlichkeiten durch die Großkonzerne sowie die hemmungslos ausgelebten Machtgelüste weltlicher und kirchlicher Vereinigungen.

Das Interview mit Hans-Wolff Graf führte André F. Lichtschlag per e-mail. ■

Informationen zum LFD im Internet:
<http://www.efv-ag.de/lfd.htm>

Hans-Wolff Graf, geb. 1950 in München, seit 1974 tätig als Unternehmensberater und Seminarleiter in den Bereichen Psychologie, Philosophie, Kreativität, Rhetorik und Gruppendynamik, 1985 Gründung der „Erste Finanz- und Vermögensberater Aktiengesellschaft in Deutschland (efv-AG)“, Alleinaktionär und Vorstandsvorsitzender, 1986 Gründung der „M&M Medien und Marketing Agentur GmbH“, 1987 Gründung des „Anthropos e.V. - für die Kinder dieser Welt“, 1989 Gründung der „pAS - private Akademie für die Selbständigkeit GmbH“, seit 1995 Herausgeber und Verleger des „zeitreport“, der Zeitschrift des Deutschen Bundesverbandes für Steuer-, Finanz- und Sozialpolitik (DBSFS), seit 1995 Mitbegründer und stellv. Vorsitzender des LFD – Liberales Forum Deutschland, Publikationen: „Schau Dir selbst beim Denken zu“ (1986), „Das Koordinatensystem von Freude und Leid“ (1986), „Spielregeln“ (1990), „Korruption – Die Entschlüsselung eines universellen Phänomens“ (1995), „Die Seelenkönigin“ (1997)

„Politik ist widerwärtig, menschenverachtend, oberflächlich und brutal, deshalb muß eine Partei diese Eigenschaften verinnerlichen“



ef spricht mit Karl Nagel, Bundesvorsitzender der APPD

ef: Mit welchem Ergebnis für Ihre Partei rechnen Sie bei der Bundestagswahl?

se Zulassung in den nächsten Wochen sammeln können.

KN: Das hängt davon ab, in wievielen Bundesländern wir die Zulassung schaffen. Und das wiederum hängt davon ab, wieviele Unterschriften wir für die-

ef: Warum engagieren Sie sich politisch?

KN: Weil ich keine Lust habe, immer nur Zuschauer zu sein. Jetzt will end-

lich einmal ICH den Inhalt des Fernsehprogramms bestimmen und dabei beweisen, wie leicht es ist, die ganzen Gewinnertypen nach Kotzen zu bringen. Dazu gehören übrigens auch die Gurken mit dem „politischen Bewußtsein“, die glauben, die Welt wäre ein Para-



dies, wenn sich nur alle Menschen so verhalten würden wie sie selbst.

ef: Haben Sie ein Vorbild, was Ihre politische Tätigkeit betrifft?

KN: Nein. Oder vielleicht Alice Cooper in seinen besten Zeiten.

ef: Wir gehen davon aus, daß Sie ein libertär orientierter Mensch sind. Welche der folgenden drei Kategorien würden Sie für sich gelten lassen: liberal, anarchistisch, kapitalistisch? Bitte begründen Sie auch kurz Ihre Antwort.

KN: Nichts davon und alles zugleich. Liberal ist man, wenn man so abends im Bett über die Ungerechtigkeit der Welt nachdenkt. Kapitalistisch, wenn man irgendwie die Miete zusammenkriegen muß und anarchistisch, wenn einem irgendeine Klugscheißer mit ihrer Polit-Moralsülze zu einem bestimmten Verhalten veranlassen wollen. Und manchmal sicher auch faschistoid und rassistisch, weil einem gerade irgendwelche Idioten auf die Nerven gehen. Scheiß auf diese Einordnungen. Im Endeffekt will ich einfach als Mensch meine Entscheidungen für mich selbst treffen, ohne unfehlbarer Engel sein zu müssen.

ef: Glauben Sie, daß Helmut Kohl es trotz allem „gut meint“?

KN: Durchaus möglich - fragt sich nur für wen! Ist mir ansonsten aber scheißegal, weil es einfach mal an der Zeit ist, daß WIR es gut mit UNS meinen!

ef: Warum an der Stelle so kollektivistisch? WIR mit UNS? Nicht ICH mit MIR?

KN: Es gilt beides: Da wir hier nun mal als Gruppe oder eben auch als mächtige und gewissenlose politische Partei antreten, spreche ich natürlich nicht nur für mich. Das wird man auch schon bald merken, wenn das Schattenkabinett der APPD der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Andererseits würde NIEMAND von uns da mitmachen, wenn es um „die Menschheit“, „Die Gesellschaft“

oder gar „die Linke“ (urks!) ginge. Wir machen das, weil jeder von uns ganz persönlich einen Höllenspass daran hat, mal eine ganz eigene, aber durchaus wirksame Form von Anti-Politik lustvoll auszuleben.

ef: Politik bedeutet, auf Kosten anderer eigene Ziele durchzusetzen, oder nicht?

KN: Aber ja doch! Politik ist widerwärtig, menschenverachtend, oberflächlich und brutal, und deshalb MUSS eine Partei diese Eigenschaften verinnerlichen. Die APPD ist eine Partei, also benimmt sie sich auch so. Wer von uns fordert, als Partei eine Alternative zu anderen Parteien sein zu müssen, hat den grundsätzlichen Charakter von Politik in dieser Gesellschaft nicht begriffen. Scheiße mit menschlichem Antlitz - ohne uns! Diese Alibinummer überlassen wir Schlingensief!

ef: Sollte der Staat Demonstrationen von Neonazis oder deren Wahlteilnahme verbieten?

KN: Ist uns herzlich egal. Nicht nur Demonstrationen von Nazis, sondern die ganze uns umgebende Realität ist eine einzige perverse Nummer. Wir werden den Teufel tun und Rezepte entwickeln, wie man einzelne Probleme innerhalb dieses Irrsinn löst. Dazu sind PDS und GRÜNE da. Da treten wir doch lieber gleich volle Pulle aufs Wahnsinns-Gaspedal!

ef: Nach Medienberichten haben Sie die Chaos-Tage in Hannover organisiert. Stehen Sie auf Gewalt?

KN: Na klar! Kung-Fu, Splatter- und andere Metzelfilme sind doch was Schönes! Zumal das ganze nur virtuell stattfindet, bei Bier, Chips und Kerzenschein. Reales Blut ist aber nicht so schön, weil man da nicht einfach den Fernseher ausschalten kann. Deshalb versteht sich die APPD ja auch als „legalen Arm der Chaos-Tage“. Wir wollen keine militärische, sondern politische Lösung des „Chaos-Tage-Problems“. Also Chaos-Tage weg von der realen Gewalt hin zu APPD-Bundestagsdebatten, übersteigerten Medienwahnsinn und tollen Wahlkampfwerbespots. Die werden sich noch alle die Chaos-Tage zurückwünschen!

ef: Glauben Sie nicht, daß es APPD-

Anhänger gibt, die den antipolitischen Anspruch nicht verstehen und das ganze für eine Politikveranstaltung halten?

KN: Mit Sicherheit! Aber das ist ja gerade das Rezept der APPD: Wer partout einen politischen Hoffnungsträger braucht, wird ihn in uns finden und wir werden diese Rolle bis zum Exzess überzeichnen. Schließlich sind wir ja eine PARTEI! Auf der anderen Seite geben wir allen die Chance, an unserer Sabotage mitzubasteln. Wir wollen ja eigentlich niemanden verarschen, aber wer es partout braucht, wird von uns eben mit dieser Rolle bedacht. Alle haben es selbst in der Hand.

ef: Wie wird die (vermeintliche) Zusammenarbeit mit Schlingensief konkret aussehen?

KN: Nun, wir werden erreichen, daß sein Image während des Wahlkampfes untrennbar mit der APPD verbunden sein wird. Und wir wiederum werden den besten Rückverdümmungsminister aller Zeiten haben, der uns die ganzen Kulturschwätzer vom Leib hält, während wir die Straßenpartys machen. Diese nicht immer ganz freiwillige Kombination wird den Medien manche Nuß zu knacken geben, und Schlingensief kann das dann als Chance begreifen oder eine korrekte Distanzierungsarie starten. Wie auch immer: Das wird ein Spaß!

ef: APPD-Mitglieder firmieren in Anlehnung an rechte Kameraden und linke Genossen als „Kamernossen“. Wieviele linke Gutmenschen haben sich eigentlich über diese Äquidistanz schon aufgeregt?

KN: Bisher kein einziger. Ist aber auch ein wirklich harmloses Wortspiel. Da reagieren sie sonst weitaus aggressiver auf unseren Arbeitsbegriff, auf SS-Siggi und unsere Frakturschrift. Die glauben immer, sie müßten die ganze Zivilisation und die armen, angeblich so blöden Ausländer vor uns schützen. Wie war das noch? „Der größte Feind des Guten ist das Gutgemeinte!“

Das Interview mit Karl Nagel führte André F. Lichtschlag per e-mail. ■

Informationen zur APPD im Internet:
<http://www.appd.de>

■ Karl Nagel, bürgerlicher Name: Peter Altenburg, 37, Verteran der Punkszene in Deutschland, Bundesvorsitzender der APPD.



„Um das Politische drastisch zu reduzieren“



ef spricht mit Kristof Berking, Bundesvorstand des BfB

ef: Mit welchem Ergebnis für Ihre Partei rechnen Sie bei der Bundestagswahl?

KB: 2,8 %. Bei der Hessischen Landtagswahl am 7. Februar 1999 und der Europa-Wahl im Juni 1999 überspringen wir dann hoffentlich die 5 %-Hürde.

ef: Warum engagieren Sie sich politisch?

KB: Um das Politische drastisch zu reduzieren, will sagen, um den Mißbrauch des Gewaltmonopols Staat für über den Eigentumsschutz (im weitesten Sinne) hinausgehende Zwecke und Gruppeninteressen einzudämmen.

ef: Haben Sie ein Vorbild, was Ihre politische Tätigkeit betrifft?

KB: Nicht wirklich, da ich mich mit Berufspolitikern nicht identifizieren kann. Andererseits muß es auch Leute geben, die sich hauptberuflich darum kümmern, daß der Staat und der (schleichende) Sozialismus nicht auswuchern. Wir vom Bund Freier Bürger verstehen uns in der Tradition Ludwig Erhards und Thomas Dehlers stehend. Unmittelbar für meine politische Tätigkeit war und ist das politische Engagement des Münchener Rechtsanwalts und Stadtrats Manfred Brunner vorbildlich. Ich halte ihn für eine außerordentlich bedeutende Persönlichkeit in unserer an herausragenden politischen Köpfen armen Zeit.

ef: Wir gehen davon aus, daß Sie ein libertär orientierter Mensch sind. Welche der folgenden drei Kategorien würden Sie für sich gelten lassen: liberal, anarchistisch, kapitalistisch? Bitte begründen Sie auch kurz Ihre Antwort.

KB: Liberal, zu deutsch: freiheitlich. Alles, was dazu zu sagen ist, hat F.A. von Hayek unter der Überschrift "Konservatismus und Liberalismus" im Nachwort zur "Verfassung der Freiheit" gesagt. Den Begriff Anarchismus lehne ich ab, da Anarchie als ideologische Zielvorstellung nur mit Gewalt durchgesetzt werden kann oder aber Gewalt mit sich bringt. Der Begriff ist absurd. Dagegen gefällt mir sehr gut der mei-

nes Wissens von Roland Baader geprägte Begriff "Minarchie". Ich plädiere für einen schlanken aber starken Staat. Auch den Begriff Kapitalismus versuche ich zu vermeiden, weil er mir schon vom Wort her zu einseitig und verengend erscheint. Insbesondere seit meiner Beschäftigung mit der Freiwirtschaftsschule (Silvio Gesell), deren Lösungsvorschläge ich zwar ebenfalls ablehne, deren Analyse etwa der gefährlich zunehmenden Verselbständigung des monetären Sektors aber sehr aufschlußreich ist, ist mir das Wort Kapitalismus suspekt. Ich bevorzuge das Wort Marktwirtschaft.

ef: "Kapitalistisch" ist im radikal-liberalen Sinne aber auch eine moralische Kategorie, während "marktwirtschaftlich" in meinen Augen ziemlich technokratisch - und defensiv - wirkt.

KB: Sich selbst "Kapitalist" zu nennen ist als Provokation ganz hübsch. Das Wort muß sich aber selbst erklären, und daß "kapitalistisch" auch eine moralische Kategorie ist bedarf der Erklärung, da "Kapital" nun einmal landläufig schlicht mit Geld gleichgesetzt wird. Das Wort "kapitalistisch" wird daher nicht aus sich selbst heraus, sondern allenfalls aus seinem Gegensatz zu "sozialistisch" als moralische Kategorie empfunden. Das bessere Gegenwort zu "sozialistisch" ist daher das von mir bevorzugte Adjektiv "freiheitlich" bzw. "liberal".

ef: Glauben Sie, daß Helmut Kohl es trotz allem „gut meint“?

KB: Jein. Im Hinblick auf seine sozialistische Europapolitik und seine historischen Visionen glaube ich, daß er subjektiv in der Vorstellung handelt, eine moralische Mission zu erfüllen. Aber es gibt immer mehr Punkte, bei denen er offensichtlich böswillig und unredlich handelt. Ein krasses Beispiel ist seine mit einer Lüge vertuschte Staatshehlerei mit dem von den Kommunisten nach 1945 in der SBZ und DDR enteigneten Grundbesitz, Industrie- und Gewerbevermögen.

ef: Politik bedeutet, auf Kosten anderer eigene Ziele durchzusetzen, oder nicht?

KB: Für mich bedeutet es das nicht. Das ist einer der Gründe, warum wir vom Bund Freier Bürger die Einführung des Mehrheitswahlrechts fordern, wie es in England und Amerika geübt wird, denn das Verhältniswahlrecht führt zu Klientelparteien.

ef: Sollte der Staat Demonstrationen von Neonazis oder deren Wahlteilnahme verbieten?

KB: Nur wenn die jeweilige Gruppe oder Partei vom Bundesverfassungsgericht wegen Verfassungsfeindlichkeit verboten wurde oder, bei Demonstrationen, aus echten Sicherheitsgründen, nicht aber aus "gesinnungspolizeilichen" Gründen.

ef: Die deutsche "Spezialität" der Parteienverbote befürworten Sie also grundsätzlich. Ist das liberal? Und wie stehen Sie zur Institution Verfassungsschutz?

KB: Weder die Spezialität der Parteienverbote noch die Institution des Verfassungsschutzes möchte ich grundsätzlich verteidigen, zumal beide Instrumente dazu prädestiniert sind, von einer Parteienoligarchie mißbraucht zu werden. Die Problematik ist aber zu komplex, als daß ich eine grundsätzliche Ablehnung der genannten Institutionen verantwortungsethisch für vertretbar hielte. Z.B. müssen auch die unterschiedlichen Gegebenheiten des Verhältnis- und des Mehrheitswahlrechtes berücksichtigt werden. Daher antworte ich: Liberal ist es, den Einfluß der Politik auf die Lebensgestaltung der Menschen so weit (verfassungsmäßig) zu begrenzen, daß sich die Frage der Verfassungswidrigkeit politischen Handelns kaum noch stellt.

Das Interview mit Kristof Berking führte André F. Lichtschlag per e-mail. ■

Informationen zum BfB im Internet:
<http://www.bfb-offensive.de>

Kristof Berking, 33, Jurist, Journalist, Autor von sechs Dokumentarfilmen über Ostpreußen. Landesvorsitzender und Bundestags-Spitzenkandidat des Bundes Freier Bürger in Hamburg.



Der Dekalog als Verfassung der Freiheit

von Roland Baader



In ef Nr. 1 schrieb Roland Baader über die Vereinbarkeit – ja sogar enge Verwandtschaft – des christlichen Glaubens mit dem strikten Liberalismus. In ef Nr. 2 widersprach Michael Kastner dieser These vehement. In der heutigen Ausgabe gibt ef Roland Baader die Gelegenheit zu einer Duplik.

Michael Kastner macht seine Kritik an Bibel und Christentum hauptsächlich an den Jesus-Worten zum 'Reichtum' fest. Damit befindet er sich innerhalb des Libertarianism leider in großer Gesellschaft. Und dennoch führt gerade diese Spur vollständig in die Irre. Man muß sich vor Augen führen, daß es zur Zeit und am Ort des Wirkens Jesu keine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gab, die auch nur annähernd die Bezeichnung 'Marktwirtschaft' hätte beanspruchen können. Das heißt: Es gab keine Möglichkeit, auf friedlichem und zivilem Wege wohlhabend oder gar reich zu werden, Zwar kannten die Nomaden-, Hirten- und Subsistenzwirtschaften jener Zeit und jener Gegend bereits bescheidene Formen des Handels und des Tausches, aber auch damit konnte man keine Reichtümer erwerben, schon gar nicht unter den Augen und unter der Fuchtel der römischen (oder romhörigen) Stadthalter, Steuereintreiber und Zöllner. Wer zur Zeit und besonders im territorialen Lebensumfeld Jesu "reich" war (Palästina war zur Zeit Christi politisch ein römisches Klientelgebiet), konnte dies ausschließlich vermittels hoheitlicher Ausbeutung und Unterdrückung geworden sein. Reichtum war ausnahmslos das Privileg einer kleinen Feudalkaste. Es hat - das sollte man nicht vergessen - noch fast weitere zweitausend Jahre gedauert, bis Herr Jedermann auf



friedliche Weise und durch persönliche Leistung reich (oder wenigstens wohlhabend) werden konnte.

Deshalb zeugt die Antwort des Herrn auf die (als raffinierte und gefährliche Falle gestellte) Frage nach der Berechtigung der Steuerzahlungen an den Kaiser nicht nur von diplomatischem Geschick, sondern auch vom revolutionären Gehalt der christlichen Lehre. Der Kirchengeschichtler Kurt Nowak spricht in diesem Zusammenhang von der "eschatologischen Relativierung der politischen Herrschaft durch das Einbrechen der Gottesherrschaft." Das Kaiser-Beispiel ist also gerade nicht Ausdruck eines beklagenswerten Etatismus (eine Vorstellung vom 'Staat' im neuzeitlichen Sinne war damals ohnehin nicht existent), sondern steht als Beleg für eine tiefgreifende Revolte. Dem Kaiser als sakrosankter Herrschergestalt wird hier nämlich Gott als Gegenpart gegenübergestellt. Außerdem wäre damals, fast zweitausend Jahre vor der Überwindung des Feudalismus und der Monarchie, ein Satz wie "Gebt dem Kaiser nichts, weil alles euch selber gehört", überhaupt nicht verstanden worden; niemand hätte mit einem derartigen Utopismus etwas anfangen können. Jesus hätte bei einer solchen - weit mehr als eineinhalb Jahrtausende vor John Locke gegebenen Antwort - genausogut Chinesisch reden können. Auch die anderen Beispiele, die sich um den Begriff 'Reichtum' und 'Reiche' ranken, taugen nicht als Beleg für die vermeintliche Reichtumsfeindlichkeit der Bibel, denn stets sind sie (vom "reichen Jüngling" bis zur Gemahnung "Sorget euch nicht..." an die Jünger) nur auf die unmittelbare Nachfolge Jesu gerichtet und dienen im übrigen nur der Warnung vor der maßlosen Überschätzung irdischer Reichtümer über die ewigen Schätze des Glaubensreichtums.

Will man also der Frage nachgehen, ob das Christentum in seinen biblischen Quellen tatsächlich "illiberal, lebensfeindlich und zutiefst antikapitalistisch" sei - wie Michael Kastner schreibt -, so

muß man eine andere Spur aufnehmen und sich den beiden Haupt- und Schlüsselbegriffen des Liberalismus zuwenden: dem Eigentum und dem Vertrag. Nehmen wir uns unter diesem Aspekt einmal die Zehn Gebote - oder jedenfalls den überwiegenden Teil dieser Gebote - vor (Nummernangaben nach katholischer Festlegung): (Vgl. John Dyke, s. Anmerkung):

Das 6. Gebot 'Du sollst nicht töten' ist das in Verbotsform gefaßte Spiegelbild des John Locke'schen 'Unveräußerlichen Rechts auf Leben'. Es ist die komprimierte Form eines weitergefaßten Sinngehalts, nämlich des Verbots, jemanden zu verletzen, jemandem Gewalt anzutun oder ungerechtem Zwang auszusetzen (sei es durch Individuen, durch Gruppen oder durch das Gesamt-Kollektiv). Das 7. Gebot 'Du sollst nicht ehebrechen' gemahnt daran (wie auch das neunte), daß Verträge gehalten werden müssen. "Die historische Verknüpfung zwischen dem biblischen Gedanken bindender Versprechen und der westlichen Idee bindender Verträge", schreibt Gary North, "ist offensichtlich genug." (s. Anmerkung) Das 8. Gebot 'Du sollst nicht stehlen' spiegelt das Recht auf unantastbares Privateigentum. Es verbietet - in breiterer Ausführung - alles, was unseren eigenen materiellen Besitz (oder den unserer Nachbarn) in irgendeiner Weise beeinträchtigen würde. Dieser Schluß ist zwingend, denn etwas, das niemandem gehört, kann auch nicht gestohlen werden. Das 9. Gebot verbietet das Lügen. Die Grundidee des freien Marktes impliziert die Annahme, daß die am freien Tausch beteiligten Partner sich nicht gegenseitig betrügen. Das, was der Liberalismus 'Harmonie der Interessen' in einer freien Ordnung nennt, hängt wesentlich von der freiwilligen Befolgung diesen Gebotes ab. Das 10. Gebot 'Du sollst nicht begehren...' bedeutet, daß es bereits eine schwere Verfehlung ist, darüber nachzudenken, wie man Anderen etwas wegnehmen könnte. Das Gebot ist eine Art Zusammenfassung der Gebote 6 bis 9 und gibt ihnen ein zu-



Diskussion

sätzliches Gewicht im Sinne der Unantastbarkeit der Person und ihres Eigentums. Dieses Neidverbot gilt natürlich nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für Gruppen oder Regierungen.

Das 'nor harm'-Prinzip des strikten Liberalismus finden wir schließlich in einer nochmaligen Komprimierung aller zehn Gebote (außer dem ersten), nämlich im zweiten Gebot: 'Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst'. Viele Anfeindungen hätte sich dieses Gebot erspart, hätten die Übersetzer der Urschrift statt der 'Liebe' das (wahrscheinlich zulässige) Wort 'Achtung' gewählt. Welcher Liberale oder Libertäre würde nicht den Inhalt des Gebots unterschreiben, daß man dem Nachbarn helfen solle (persönlich helfen solle), wenn er in Not gerät, sowie (auch und vor allem) daß man ihn achten soll wie man sich selbst achtet (was einschließt, daß wir das, was wir für uns selber vielleicht am meisten schätzen, nämlich in Freiheit, unsere eigenen Ziele verfolgen zu können, auch dem Nachbarn wünschen und gewähren müssen).

Auch das 5. Gebot 'Du sollst Vater und Mutter ehren' ist der Aufmerksamkeit eines jeden ernsthaften Freiheitsdenkers wert, denn es impliziert, daß die Familie (und nicht das Kollektiv!) die grundlegende soziale und ökonomische Einheit der Gesellschaft sein muß. Während der gesamten Menschheitsgeschichte war die Familie die einzig taugliche Wohlfahrts-Einrichtung. Sie war es, die ihre kranken und bedürftigen Mitglieder versorgt, die Kinder erzogen und die Alten gepflegt hat - und die in Zeiten der Not zusammengehalten hat. Die Familie hat mehr für die Wohlfahrt der Menschen getan als der Staat jemals getan hat oder jemals wird tun können. Eine freie Gesellschaft kann nur eine Gesellschaft mit starken Familien-Einheiten sein, die für sich selber sorgen und das Leben ihrer Mitglieder in eigener Verantwortung gestalten.

Aus alldem wird ersichtlich, daß dem Wesen und Inhalt der christlichen Grundprinzipien auf der Ebene gesellschaftlicher Ordnung nur die freie Marktwirtschaft entsprechen und genügen kann. Nicht ohne Grund konnten und können wir feststellen, daß deren Gegenstück - der Sozialismus - immer und überall, wo er sich auf dem Globus manifestiert, - ein System der Lüge ist (gegen das 9. Ge-

bot), ein System, das angeblich den 'Profit' verachtet, ihn in Wahrheit aber nur den Individuen entreißen und dem Staat (sprich: den Funktionärskasten) zuschanzen will; - ein System des Todes ist (gegen das 6. Gebot), dem das Ziel der utopischen Idealgesellschaft jedes Mittel heiligt - auch das Opfer beliebig vieler Menschenleben; - ein System des Vertragsbruches ist (gegen das 7. Gebot), das es sich - wie die ehemalige Sowjetunion - sogar als Ruhm anrechnet, von zahllosen Verträgen keinen einzigen nicht gebrochen zu haben; - ein System des Diebstahls ist (gegen das 9. Gebot), dessen ganze Existenz auf dem Prinzip beruht: Stehlen, berauben, enteignen; - ein System des Neides ist (gegen das 10. Gebot), das den Neid institutionalisiert und zur klassenkämpferischen Staatsdoktrin erhebt; - ein System der Nächsten-Verachtung ist (gegen das 2. Gebot), in welchem der Einzelne nichts gilt und wo sich die edelsten Gefühle der Menschen auf das Kollektiv und seine "geliebten Führer" konzentrieren sollen; - ein System der Familienzerstörung ist (gegen das 5. Gebot), dem die intakte Familie ein Greuel ist und stets als Hort des Widerstandes, der (kollektiv- und herrschaftsfeindlichen) Autonomie und der verhaßten (individuellen) Meinungsbildung gilt - kurz als Brutstätte der bürgerlichen Moral.

Nichts also ist falscher als die - auch in liberalen Kreisen - oft zu hörende Behauptung, die Bibel sei eine Art Anleitung zum Sozialismus. In Wirklichkeit ist der Appell zur persönlichen (individuellen!) Mildtätigkeit und zur freiwillig gebenden Barmherzigkeit das krasse Gegenteil zur erzwungenen und anonymen Umverteilungsmaschinerie des Sozialismus (inklusive des Samtpfotensozialismus in Form des Sozialstaats). Solange die Menschheit auf der Erde wandelt, hat es immer Arme und Elende unter den Menschen gegeben - und es wird sie immer geben. Daß ihnen freiwillig und von Person zu Person (als "dem Nächsten") geholfen werden sollte, wird wohl kein Liberaler - auch kein Radikalliberaler oder Anarchokapitalist von sich weisen. Genau das aber besagen die Worte Jesu unablässig: Das persönliche Mitleid zählt, die individuelle Hilfe, die

freiwillige Karitas. Und das ist das Gegenteil von Umverteilungsstaat, von Sozialismus und von politischem Sozialkleptokratismus. Genau das, die freiwillige und persönliche Karitas, ist nämlich die einzig mögliche liberale Alternative zum zwingenden, freiheitsvernichtenden, anonymen und uferlosen Wohlfahrts-Kollektivismus. Daß dies von den Funktionärskasten der großen Kirchen und von den neupharisäischen Politpfaffen des sozialdemokratischen Jahrhunderts völlig anders gesehen wird, daran ist nicht die Bibel schuld, sondern die Sozialpathologie der Neuzeit, der zutiefst christentumsfeindliche Götzenkult um das Goldene Kalb des Sozialen und Kollektiven.

Außerdem: Nirgendwo in der Heiligen Schrift steht irgendetwas davon geschrieben, daß keinem etwas oder allen alles gehören sollte. Im Gegenteil! Das Eigentum wird in doppelter Weise ("nicht stehlen" und "nicht begehren...") durch strenges göttliches Gebot geschützt. Kein real existierender Staat der Erde und keine geschriebene Verfassung der Menschheitsgeschichte hat jemals einen derart absoluten, unbezweifelbaren und stringenten Eigentumsschutz deklaratorisch niedergelegt. Bedenke das, Freund der Freiheit, und denke auch lange und tief über die Worte des großen Liberalen Wilhelm Röpke nach, der einmal geschrieben hat: Wie wir die Stellung des Menschen im Universum beurteilen, entscheidet letztlich darüber, ob wir glauben, daß unsere höchsten Werte *im Menschen oder in der Gesellschaft* verwirklicht werden können. Und unsere Entscheidung für das eine oder das andere ist auch die Wasserscheide für unser politisches Denken.

Anmerkung bzw. Literaturhinweis: Gary North: The Yoke of Cooperative Service, in: Chalcedon Report No.123, Nov. 1975, zit. nach: Charles Dykes: Is There a Moral Basis for Capitalism?, in: Mark W.Hendrickson (ed.): The Morality of Capitalism (F.E.E.: Irvington-on-Hudson, New York 1992), pp. 108-116. ■



Roland Baader, Dipl. Volkswirt, geb. 1940. Studium der Nationalökonomie und der Soziologie in Freiburg und München. Diplomarbeit bei Friedrich A. von Hayek. Langjähriger Industriemanager und Unternehmensleiter. Seit 1987 freier Autor. Zahlreiche Veröffentlichungen, u.a.: "Kreide für den Wolf. Die tödliche Illusion vom besiegten Sozialismus, Böblingen 1991", "Fauler Zauber. Schein und Wirklichkeit des Sozialstaats, Gräfeling 1997". Herausgeber der Reihe "Freiheitsdenker der Gegenwart" im Resch Verlag, Gräfeling. Mitglied der Mont Pelerin Society.



Drei Säulen für Christentum und Markt



von Ingo Resch

Die vorstehende Duplik Roland Baaders auf die Replik von Michael Kastner bedarf meines Erachtens noch einer wichtigen Ergänzung, die den Kern der Kastner'schen Irrtümer betrifft, mit denen die Wahrheit im Interesse der eigenen Meinungsbegründung gebeugt wird.

Michael Kastner stellt das Alte Testament gegen das Neue Testament. Das AT schützt – das ist richtig dargestellt – vermittelt einiger der 10 Gebote das Eigentum. Das Neue Testament hingegen, so Kastners Meinung, würde Arbeit und Eigentum verwerfen und sei deshalb illiberal, lebensfeindlich und zutiefst antikapitalistisch.

Zunächst einmal bekräftigt Jesus die 10 Gebote vom Berg Sinai – und verwirft sie nicht. Auch das Gebot, welches Eigentum schützt, wird nicht ausgeklammert. Er faßt diese Gebote und die Aussagen der Propheten im Doppelgebot der Liebe zusammen und bekennt sich damit uneingeschränkt zu diesen Geboten. Sie sind nicht lebensfeindlich, sondern schützen Leben, und zwar physisches (du sollst nicht töten), psychisches (du sollst nicht falsch Zeugnis reden) und materielles (du sollst nicht stehlen). Darüberhinaus schützen sie – in den ersten drei der zehn Gebote – ewiges Leben, also die Beziehung zu Gott. Wenn Jesus die Negativ-Formulierung "du sollst nicht" in eine Positiv-Formulierung umdreht, dann lautet eben dieses summarische Gebot "Liebe Gott und den Nächsten wie dich selbst". Wenn Michael Kastner meint, das Christentum sei lebensfeindlich, dann sollte er definieren, was Leben bedeutet. Leben fängt nicht erst beim Aktienbesitz an, sondern immer und unlösbar in der Verbindung und Beziehung zwischen Personen. Die zehn Gebote schützen diese Beziehungen anders als ethische oder moralische Merksätze, die auf tugendhaftes Verhalten abstellen. Das Doppelgebot der Liebe faßt diesen Gedanken in unnachahmlicher Vollständigkeit zusammen.

Der Irrtum von Michael Kastner ist mittlerweile 2000 Jahre alt. Jesus ging es eben nicht um eine neue politische Ordnung, die etwa das Imperium Romanum, die Pax Romana durch eine jüdische Theokratie ablösen sollte, sondern ihm ging es um die Beziehung zwischen Mensch und Gott, also um den Bereich des "ewigen Lebens". Sein Anliegen war auch nicht die Ausgestaltung einer neuen Wirtschaftsordnung. Nicht nur die jüdische Oberschicht, sondern sogar die Jünger haben diesen Auftrag und die Sendung verkannt. Es ging nicht um den politischen Rahmen, in welchem sich dann Menschen ethisch richtig verhalten können, sondern um die innere Haltung des Menschen, die dann auch den Rahmen der politischen Ordnung verändert und prägt. Bei Jesus liegen also einfach die Prioritäten anders, und zwar wie im Dekalog: Zuerst kommen die Gebote, welche die Beziehung zu Gott regeln, und dann die Gebote, welche die Beziehungen zum Nächsten regeln. Das ist logisch, denn der Nächste, den ich vielleicht gar nicht brauche und nicht will, der aber nun einmal der Nächste ist, kann von mir nicht geliebt werden im Sinne der Agape, wenn ich nicht Gott liebe. Dies ist eine der wichtigsten Aussagen der Geschichte vom barmherzigen Samariter. Dieser Gedanke war auch ein Novum in der hellenistisch-antiken Welt; heute zählt er im christlich geprägten Abendland zu einer humanistischen Selbstverständlichkeit, nicht jedoch z.B. im Hinduismus.

Weil Michael Kastner diesen Zusammenhang nicht versteht, daß also die Beziehung zu Gott Grundlage von intakten Beziehungen der Menschen untereinander ist, versteht er auch nicht die Worte von Jesus an den reichen Jüngling. Jener Jüngling hatte das Gefühl, daß ihm irgend etwas fehlte, obwohl er doch alle Gebote der Form nach gehalten hat. Jesus erspürte aus den Fragen jenes wohlhabenden Mannes, daß die Prioritäten im Herzen dieses Menschen falsch gelagert waren und daß

er primär seinen Reichtum liebte. Da es aber Gott, wie im AT an sehr krassen Beispielen deutlich gemacht wird, um die Liebe des Menschen zu ihm geht (umgekehrt zeigt sich die Liebe Gottes zum Menschen in der Schöpfung und in Jesus), versuchte Jesus konsequenterweise, dem Jüngling die richtige Rangfolge aufzuzeigen, denn dessen innere Probleme lassen sich eben gerade an der Tatsache falsch gesetzter Prioritäten festmachen. Gleichwohl hatte Jesus ihn lieb, denn er verwarf *ihn* nicht. Jesus hat nicht etwa nach Prüfung der Vermögenslage des Fragenden den Ratschlag erteilt, er möge alles verschenken; er hat vielmehr die Gefangenheit erspürt, die Besitzstreben und materielles Wohlergehen erzeugen können. Deshalb sagte er, man könne nicht Gott und dem Geld gleichermaßen dienen. Wenn *wir* uns unter die Herrschaft des Habenwollens stellen, sind *wir* arme Kreaturen.

Sogar Erich Fromm, dem man ein christliches Credo nicht nachsagen kann, hat diesen Zusammenhang in seinem Buch >Haben und Sein< treffend beschrieben. Auch Martin Buber sah innere Unfreiheit dann gegeben, wenn statt der personalen Beziehung vom Ich zum Du eine Beziehung vom Ich zum Es dominiert (>Ich und Du<). Es ist ein schwerer Irrtum, diesen von Jesus wohl erstmals an einem praktischen Beispiel aufgezeigten Zusammenhang zu leugnen. Das Problem vieler Menschen liegt doch gerade darin, daß wir die Mittel, die wir erwerben, um zu leben, zum Lebensziel erheben. Ein reicher Stoff, mit dem nicht nur viele Literaten ihr Geld verdienen, sondern von dem auch Psychotherapeuten reichlich profitieren. Jesus würde ihnen, wenn man ihm folgen würde, das Geschäft gründlich verderben. Geld ist doch nur ein Mittel, um zu leben, und Erwerb ist ein Mittel, um Geld zum Leben zu haben. Bei vielen Menschen gehen familiäre Bindungen zugrunde, weil sie über das Ziel der Mittelsteigerung das eigentliche Ziel dieser Mittel, das Familienle-



Diskussion

ben, aus den Augen verlieren. Jesus geht es, so könnte man es auch formulieren, um das Familienleben zwischen uns und Gott. Auch der von Kastner erwähnte reiche Gutsbesitzer war nicht deshalb ein Narr, weil er Scheunen gebaut hat (Joseph hatte seinerzeit in Ägypten noch viel größere erstellen lassen), sondern weil er meinte, sein ganzes Glück und sein Lebensziel bestünden darin, nun ganz die materielle Sicherheit und Versorgung zu genießen. Das Leben ist eben mehr als das. Im Sterben erfahren wir, oft viel zu spät, wo die eigentlichen Prioritäten liegen.

Die an Jesus gestellte Fangfrage mit dem Zinsgroschen verdeutlicht noch einmal, daß es ihm nicht um die finanzielle Organisation des römischen Imperiums ging, sondern um die Beziehung zu Gott. Das Theokratieverständnis der jüdischen Schriftgelehrten und Pharisäer wollte das Geld für ihr eigenes Heilsreich behalten. Erkennt denn Michael Kastner nicht, daß Jesus uns - im Kontrast hierzu - vor einer Theokratie bewahrt hat? Das Revolutionäre dieser Aussage liegt doch gerade in der Trennung von Kirche und Staat, in der Klarstellung: Der Kaiser ist nicht Gott. Auch hier zieht Michael Kastner den falschen Rückschluß, die armen hebräischen Bürger sollten durch die Zöllner zugunsten des Kaisers abgezockt werden, um dann anschließend auch noch ihr Restvermögen den Armen geben zu müssen. Jesus trennt eben weltliche Gegebenheiten ausdrücklich von seinem Anliegen, daß die Menschen zum Vertrauen zu Gott finden sollten. Hierbei werden nicht Geld und Besitz als solche angeprangert, sondern die Bindung unseres Herzens an Dinge statt an Personen. So hat Jesus beispielsweise dem reichen Zöllner Zachäus nicht gesagt, er solle alles den Armen schenken. Zachäus wollte die Gemeinschaft mit Jesus, und Jesus hat sie angenommen, obwohl jener Steuereintreiber ein Schurke war. Zachäus hat allerdings von sich aus das Ergaunerte zurückgegeben und einen Teil (nicht alles) auch Armen zur Verfügung gestellt. Obwohl Jesus das nicht gefordert hat, wußte Zachäus im entscheidenden Moment, wo die richtigen Prioritäten liegen.

Auch die übrigen, von Michael Kastner falsch verstandenen Handlungen von

Jesus, erklären sich in diesem Sinne. Der Tempel ist nicht zum Geschäftemachen da und das Heilen Jesu war keine Erwerbsquelle ("mobile Ambulanz"). Auch bedarf es einer gehörigen Portion Naivität, anzunehmen, Jesus habe mit seinen Worten "Sorget euch nicht..." dem Nichtstun das Wort geredet und von gebratenen Tauben gekündet, die uns in den Rachen fliegen. Fragen wir uns doch einmal, von was wir uns eigentlich ernähren. Ausschließlich von unserer Arbeit und unseren Sorgen - oder vom unfaßbaren Vorgang eines mit jeder Ernte reich gedeckten Tisches? Es sollte doch nachdenklich stimmen, daß der atheistische Großversuch im Osten die einstigen Kornkammern der Welt in eine Hungerregion verwandelt hat, weil der Mensch glaubte: "Ohne Gott und Sonnenschein fahren wir die Ernte ein." Beides ist falsch, und obwohl die Sonne schien, blieb die Ernte offensichtlich ohne Gott aus. Es ist schier unfaßbar, wie reich dieser Planet mit unseren Versorgungsgütern ausgestattet ist, vom Weizen bis zum Öl und Gas. Wie haben wir uns in den 70er Jahren gesorgt um die Energieversorgung! Die Apokalypse war schon fertig gezeichnet, aber in Wirklichkeit werden neuentdeckte Energievorräte die ungehinderte Versorgung wohl so lange garantieren, bis neue regenerative Energiequellen eventuelle Lücken ausfüllen können. Jesus zeigt mit der Aussage des sich nicht Zersorgens, daß es vor allem auf das Vertrauen zu Gott ankommt.

Christliche Botschaft gründet sich auf drei Säulen: Freiheit - und aus ihr folgt Verantwortung, und aus beiden folgt Vertrauen. Auf diesen Säulen ist aber auch die Marktwirtschaft der Freiburger Schule aufgebaut. Verantwortung für unser wirtschaftliches Handeln wird erst dann real, wenn sie an Eigentum geknüpft ist. Da die biblischen Aussagen den ganzen Menschen in die uneingeschränkte Verantwortung aller Lebensbereiche stellen, ist unter anderem auch materielles Eigentum geschützt. Eine Wirtschaft funktioniert jedoch nur, wenn Vertrauen zwischen den Wirtschafts- und Marktpartnern herrscht. Die biblische Botschaft gründet das menschliche Leben auf Vertrauen. Vertrauen ist schlichtweg die Lebensbasis, um die Jesus so gerungen hat. Verantwortung und Vertrauen setzen einen freien Menschen voraus.

So sind die entscheidenden Bausteine christlicher Botschaft und moderner Marktwirtschaft identisch. Wen sollte das wundern?! Wenn Gott die Welt geschaffen hat, dann will er auch, daß wir nicht verhungern. Ordnungsrahmen gestalten sich daher - hier wie dort - gleich, wenn es um die Bewahrung und das Wachstum von Leben geht. Weil Gott den Menschen liebt, läßt er ihm Freiheit; Freiheit bedingt aber Verantwortung, und die Beziehung zu Gott kann sich bei einem freien Menschen nur auf Vertrauen (=Glauben) gründen. Die richtig gesetzte Priorität, also das vorrangige Vertrauen in Gott, befreit den Menschen von Sachzwängen, vom Diktat materiellen Wohlergehens und materiellen Sicherheitsstrebens, weil entscheidende Vorgänge in unserem Leben der Planbarkeit entzogen sind. Es befreit uns vom sozialistischen Irrglauben einer determinierten Welt. Jesus ging es um die innere Freiheit des Menschen - und nicht um die Freiheit Israels von den Römern (die sich ergeben hätte, wenn Israel Gottes Angebot angenommen hätte). Vielleicht haben wir vergessen, was letztendlich Auslöser der über Nacht hereingebrochenen Freiheit der mittel- und osteuropäischen Länder war.

Nicht nur die Theorie, auch die Erfahrung spricht für eine solche Interpretation der von Michael Kastner zitierten Bibelstellen. Max Weber kam aufgrund empirischer Untersuchungen zu dem Schluß, daß sich pietistisch geprägte Regionen wirtschaftlich besser entwickeln als andere. Und Walter Eucken und andere entwickelten nicht zuletzt auf Grund ihres christlichen Weltbildes die freie Marktwirtschaft. Deutschland wurde auch und gerade durch diesen Ordnungsrahmen zu einem der wohlhabendsten Länder der Welt. Außerdem: Egal ob man Jesus von Nazareth als den Sohn Gottes, den von Jesaja und David prophezeiten leidenden Messias ansieht oder nicht, sein dreijähriges Wirken hat die Welt mehr verändert als die irgendeines anderen Menschen, der jemals gelebt hat. Ihn als "halb von Sinnen" und "Spinner" zu bezeichnen - und die Verfasser des NT als "bekiffte Hippies", ist dieser Tatsache ganz und gar unangemessen. Eine Replik würde sich angesichts des Niveaus dieser Argumentation eigentlich erübrigen, wäre das Medium, das dafür Raum zur Verfügung stellte, nicht ernst zu nehmen. ■



Replik zum Aufsatz „Parteienportrait: Der BFB“



von Bernd Anders

Einleitend möchte ich bzgl. des Verhältnisses des Bundes Freier Bürger (BFB) zu den deutschen Anarcho-Kapitalisten die These vertreten - das Glas ist zur Hälfte voll, wogegen van den Boom offenbar davon ausgeht, daß es wenigstens zu neun Zehnteln leer ist. Nun gut, ich bin kein Anarchist und eine limited government Konzeption (z.B. gemäß der Public-Choice Schule) steht mir näher als eine no government Konzeption, wie Rothbard, Hoppe, et al. sie z.B. vertreten. Daher sind schon von vornherein andere Bewertungen unabdingbar. Es ist auch nichts neues, daß Libertäre offenbar Parteien sui generis ablehnen und sich zum Nichtwählen bekennen. Selbst die Sinnhaftigkeit einer Existenz wie der der Libertarian Party in den USA wird ja als fragwürdig (D. Friedman) angesehen.

Ich glaube allerdings nicht, daß die radikalliberale Variante in Deutschland auf absehbare Zeit eine Chance hat, irgend einen relevanten Einfluß auf der meta-politischen Ebene auszuüben, weil sie u.a. der Mentalität der Deutschen (leider) kaum entspricht. Daher halte ich es wenigstens für überlegenswert, darüber nachzudenken, wie man diese Gesellschaft wenigstens stückweise in eine Richtung bringen kann, die Euren Vorstellungen entspricht.

Es ist zugegebenermaßen überhaupt nicht schwierig, im Programm des BFB Punkte zu finden, die hierzu offensichtlich inkompatibel sind. Boom hat dies

für die Agrarpolitik überzeugend dargelegt. Leider behilft er sich aber auch mit abgenutzten Totschlagattributen wie "autoritär" und "nationalistisch". Erstens sind Autorität und Freiheit nicht zwingend Gegensätze und die Gleichsetzung von Patriotismus und Nationalismus wird auch durch ständiges Wiederholen nicht richtiger. Sofern eine Bundeswehr als Freiwilligenarmee konzipiert ist, kann ich auch hier keine Freiheitseinschränkung erkennen, eine Option übrigens, die der BFB ausdrücklich in seinem Grundsatzprogramm erwähnt. Ich fühle mich auch nicht durch 35.000 zusätzliche Polizisten, sondern durch ansteigende Kriminalität bedroht.

Richtig ist, daß in diesem Zusammenhang eine Entkriminalisierung des Drogenkonsums verfolgt werden sollte, weil hierdurch Opportunitätskosten deutlich gesenkt werden könnten, und daß der BFB hierzu keine positive Aussage trifft. Es ist hier nicht der Ort, über die Rolle und Beurteilung der Wehrmacht zu referieren, aber Booms Ausführungen hierzu unterscheiden sich nur marginal vom "Niveau" der Antifa.

Sollte man aber sich nicht auch einmal anschauen, wo sich vielleicht Berührungspunkte zwischen Libertären und dem BFB finden lassen? Boom hat ja einige bereits genannt, sie aber fragwürdigerweise gewissermaßen unter ferner liefen abgelegt. Ich möchte rein deskriptiv einige Punkte anführen: Ablehnung einer europäischen Marktabschottung, Achtung des Privat-

eigentums, Wettbewerb der EU-Zentralbanken bzgl. Geldwertstabilität, Abbau von Regulierungen aller Art auf nationaler und EU-Ebene, Privatisierung der Krankenversicherungen, private Pflegeversicherung, Schutz der privaten Vermögensvorsorge vor staatlichen Zugriffen, Einführung des Kapitaldeckungsverfahrens bei der gesetzlichen Rentenversicherung, Geltendmachung des Lohnabstandsgebotes, Stärkung von privaten Schulträgern (Vouchersystem), Stärkung des Mäzenatentums, Staatsquotenreduktion auf ca. 30% (die USA haben gegenwärtig 32%) per Verfassungseintrag, Ablehnung staatl. Industriepolitik, Stärkung der direkten Demokratie...

Nun mag dies den Libertären viel zu wenig sein. Ich frage, ist "wenig" nichts mehr als nichts? Wäre die Realisierung dieser Maßnahmen nicht ein (vielleicht nur kleiner) Schritt in die von Euch gewünschte Richtung? Was glaubt Ihr eigentlich, wie weit es die Parteien interessiert, daß Ihr Euch für das Nichtwählen entscheidet? Null !!! Ebenso wenig könnte ein Sozialhilfeempfänger damit drohen, sich keinen Rolls-Royce anzuschaffen.

Andererseits fürchten etablierte Parteien nichts mehr als den Verlust von Mandaten. Ein Erfolg des BFB wäre in der Tat kein Signal für einen libertären Planeten, aber ein Funken Hoffnung in Richtung einer freieren (es wurde bewußt die komparative Form gewählt) Gesellschaft. ■

Bernd Anders, geboren 1970, Student (nicht mehr lange) der VWL und Politischen Wissenschaft an der Uni Hamburg, als freier Mitarbeiter in der pol. Erwachsenenbildung tätig und kein BFB-Mitglied.



Ein Zerrbild

zum Artikel: „Parteienportrait: Der Bund freier Bürger“ in ef 2/98

In seinem Portrait des Bundes Freier Bürger (ef 2/98) zeichnet Dirk van den Boom eine Zerrbild vom Verhältnis des BFB zur Freiheit. Dazu möchte ich als Gründungsmitglied dieser Partei zunächst auf drei wichtige Programmpunkte des BFB hinweisen, die van den Boom dem libertären Leser vorenthält. Dem umfangreichsten Kapitel des Wahlprogramms 98, dem Kapitel über Wirtschafts- und Währungspolitik, wird als oberste Forderung folgendes vorangestellt: „Weniger Staat, weniger Steuern, weniger Bürokratie und mehr Eigenverantwortung - dies sind die Voraussetzungen für ein neues Wirtschaftswunder in Deutschland. Hauptziel muß es sein, den Staatsanteil am Bruttosozialprodukt von derzeit 50 % auf ein Drittel abzusinken.“ Die Forderung nach einer verfassungsmäßigen Begrenzung der Staatsquote auf unter ein Drittel steht bereits im Grundsatzprogramm des BFB von 1995 und findet sich übrigens auch in der ASU/UNISchrift „Demokratiereform“ von 1995, über die sich Helmut Kohl seinerzeit so aufgeregt hat. Meines Erachtens steht diese Forderung nach drastischem Abbau des Staates keineswegs im Widerspruch zu der Forderung, daß der Staat beim Schutz des Eigentums und der bürgerlichen Freiheit, d.h. der Freiheit, die nicht auf Kosten anderer geht, härter durchgreifen muß.

Und bei welcher anderen Partei finden sie den folgenden libertären Programmpunkt, den wir Guido Hülsmann (herzliche Grüße nach Amerika!) doch nicht vorenthalten wollen? „Wir streben die Rückkehr zum Goldstandard an bzw. eine Bindung der Währung an das Gold. Nur die Bindung an einen Sachwert wie Gold verhindert die beliebige Geldvermehrung, spekulative Exzesse im Weltfinanzsystem und das Übergewicht der mit Papier und Derivaten handelnden Finanzmärkte über die reale Wirtschaft, die dem Wohlstand aller dient.“ Nebenbei gesagt, habe ich als Anhänger des Hayekschen Modells der konkurrierenden Umlaufmittel („Denationalization of Money“ 1971) gegen diese Festlegung auf einen (staatlichen) Goldstandard plädiert, wurde aber von meiner Partei überstimmt. Schließlich sollte erwähnt werden, daß der BFB in dem an die erste Stelle gesetzten Kapitel „Rückkehr zu Demokratie und Recht“ für die Einführung bzw. Ausweitung von Volksbegehren und

Volksentscheiden eintritt - auch hierin übrigens mit der ASU übereinstimmend. Und der geopolitische Raum der Demokratie ist die Nation. Darüber sollte Herr van den Boom als Politikwissenschaftler vielleicht einmal nachdenken. Bei seiner offensichtlichen Feindseligkeit allem Nationalen gegenüber übersieht er offenbar, daß eine funktionierende Demokratie eine gemeinsame Sprache und einen gewissen gemeinsamen Erfahrungshorizont voraussetzt. Eine europäische Demokratie z. B. ist nicht denkbar, es sei denn, es sollen nur Akademiker und Mehrsprachler an ihr teilnehmen können.

Die in Deutschland erfreulicherweise wachsende junge libertäre Szene sollte einmal das vom Zeitgeist und Gesinnungspolizisten in Medien und Politik tabuisierte Thema Nation zum Gegenstand einer Tagung machen. ... Der Wettbewerb ist auch bei der Suche nach neuen politischen Lösungsansätzen auf die immer neuen Herausforderungen und Probleme der Zeit das beste Entdeckungsverfahren. ... Das ist ja gerade das Schlimme am Euro, daß die kontinentale Gleichschaltung der nationalen Währungs- und Wirtschaftspolitiken den Wettbewerb der Politiken aufhebt, so daß wir, wenn erst einmal, wie van den Boom offenbar bereit ist hinzunehmen, „Gras über die Sache gewachsen ist“, europaweit nur noch einer politischen Kaste ausgeliefert sind. Diese Räteherrschaft wird dann die Währung garantiert politisch instrumentalisieren, denn der einzelne Bürger oder Unternehmer kann dann nicht mehr mit den Füßen abstimmen, wenn er nicht gleich nach Übersee auswandern will. Europa braucht den Wettbewerb der Normenlandschaften. ...

Bei seiner Kritik an unserem Landwirtschaftsprogramm, das die Agrarier in unserer konservativen Freiheitspartei erarbeitet haben, muß ich van den Boom recht geben.

Kristof Berking
Hamburg

Für dumm verkaufen ?

Zum Artikel: „Die christliche Katastrophe“ in ef 2/98

Klopft da jemand auf den Busch oder will er uns für dumm verkaufen? Seit wann sind direkte Aussagen gegebener Texte, aus dem Zusammenhang gerissen und wortwörtlich, beweiskräftige Diskussionsunterlagen? Ei, wie bequem ist es doch, auf die Exegese zu

verzichten. Kommt da jemand mit seinen Jugendansichten nicht mehr klar? Es steht jedem frei, an einen Himmel (nach dem Tod, im Jenseits) zu glauben und dem in seinem Glauben aufgezeigten Weg dahin zu folgen. Das Christentum verlangt Vertrauen auf Gott statt auf materielle Sicherheiten. Es bestraft nicht, und noch weniger verbietet es Reichtum. Es ist auch offensichtlich, daß das Wort „Seele“ in dem angeführten Gleichnis für Gott und den Menschen nicht die gleiche Bedeutung hat. Aber, nicht das Bestreben nach materieller Sicherheit sondern der Geiz wird, wenn überhaupt etwas, als unmoralisch hingestellt. Auf die übrigen, willkürlich isolierten Bibelzitate brauche ich gar nicht erst einzugehen. Der christliche Glaube baut auch auf den - für libertäre Herren akzeptablen - Verbots des Alten Testaments auf. „Wanderprediger“, wie Jesus, meinetwegen in Sackleinen, fügten nur noch das Gebot der „Nächstenliebe“ hinzu. Wenn die letzten 2000 Jahre (trotzdem) katastrophal waren, dann lag das m.E. nicht an Jesus, noch an seiner keineswegs eigentumsfeindlichen christlichen Religion, sondern an unserem egoistischen, besitzorientierten Sicherheits- und Machtverständnis. Natürlich kann man nicht zwei Herren auf einmal dienen. Das ist eine Binsenwahrheit. Auch wenn Michael Kastner darüber stolpert, daß Jesus sagt (Matthäus 10, 24ff): „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mamon.“ Es hat den Anschein, daß er für sich bereits entschieden hat. Was treibt ihn nun, wenn nicht christliche Nächstenliebe, seine Mitmenschen (und sei es mit billigen Taschenspielertricks) auch auf den richtigen Weg zu bringen? Jedenfalls zeugt es von *besonderem* Niveau, wenn jemand (Unternehmer, Gründungsmitglied, Technischer Direktor, Betriebswirtschaftler und Theologe) das Neue Testament, Glaubensgrundlage von Millionen (Einfältiger?) als „von Frühsozialisten oder bekifften Hippies geschrieben“, und Jesus als „Spinner“ deklariert... Sind Toleranz und das Bewußtsein, daß die Freiheit des einen da aufhört wo die der anderen beginnt, nicht auch Grundlagen des Christentums und des Liberalismus? Dahingehend hatte ich den Kernsatz von Roland Baader verstanden: „Christliche Grundwerte müssen deshalb in einer Art partnerschaftlicher Union - der säkularisierten Weltanschauung des Liberalismus - verbunden bleiben“.

Walter Eschweiler
Rommerskirchen-Oekoven



Ayn Rand Eine freiheitliche Dogmatikerin



von Jens P. Meiners

Der Laissez-Faire-Kapitalismus maximiert den Wohlstand in einer Volkswirtschaft, er ist der einzig wirksame Schutz vor Monopolbildung und er sorgt für eine unter Gerechtigkeitserwägungen optimale Vermögensverteilung. Kollektivistisches Gejammer ändert nichts an der Richtigkeit dieser Aussagen. Wer aber über diese utilitaristischen Feststellungen hinaus eine überzeugende moralische Rechtfertigung für den Kapitalismus sucht, wird in der klassisch-liberalen Literatur nicht so recht fündig. Von Smith bis v. Hayek und v. Mises finden sich zahllose Reverenzen an das „Gemeinwohl“ bzw. an die „Herrschaft des Verbrauchers“. Diesen zu dienen sei die Existenzberechtigung der freien Marktwirtschaft. Eine überzeugende Definition des voller Ehrfurcht beschworenen „Gemeinwohls“ gelingt den liberalen Denkern indes nicht. Kapitalisten werden mit ihrer Schuld alleingelassen, in erster Linie den eigenen Wohlstand zu steigern und dem Kollektiv erst in zweiter Linie - quasi als Abfallprodukt - zu dienen. - Zu allem Überfluß werden den Sozialisten bei der Verkündung ihrer falschen Theorien ehrenwerte Motive unterstellt.

Kein Wunder, daß der Kapitalismus ein so schlechtes Ansehen genießt und viele Mitbürger, -menschen etc. nur allzugerne bereit sind, dem Fetisch Gemeinwohl einen Gutteil eigenen und insbesondere fremden Eigentums zu opfern. Und selbst wenn es letztlich allen schlechter geht: Belehrt uns nicht ein unentwegt vorgetragener christlicher Ausspruch, daß der Eintritt ins Himmelreich wirtschaftliches Versagen voraussetze?¹ - Und so ertrinken die Bürger in Regulierungen, die sie folgsam hinnehmen, erhören demütig die Verdikte des Kollektivs und bringen seinen Hohepriestern - den Sozialpolitikern - froh ihre Gaben dar, um von der Last ihres Erfolges erlöst zu werden.

Jedesmal wenn ein Mensch stirbt, hört das Universum auf zu existieren.

Ayn Rand

Es blieb der 1905 in St. Petersburg als Alice Rosenbaum geborenen und mit 21 Jahren nach Amerika ausgewanderten Ayn Rand überlassen, eine Philosophie der Freiheit zu formulieren, die sie „Objektivismus“ nannte. Ayn Rand stellt fest, daß das individuelle menschliche Leben einen Wert an sich darstelle. Akzeptiere man das menschliche Leben als Standard moralischer Bewertungen, so sei es abwegig zu fordern, der einzelne habe seine Existenz einem Kollektiv oder einer anderen Instanz unterzuordnen. Angeborene Pflichten gibt es nicht, und Unabhängigkeit bedeutet die Orientierung an der Realität, nicht an den Meinungen anderer Menschen. Das einzige sozio-ökonomische System, daß diese Unabhängigkeit und Freiwilligkeit im menschlichen Umgang sichert, ist der Laissez-faire-Kapitalismus. In diesem System wird die volle Verfügungsgewalt des einzelnen über sein Eigentum respektiert. Jede Form des Wohlfahrts- und Sozialstaates wird abgelehnt, denn der Objektivismus lehnt es ab, Erfolg durch Versklavung zu bestrafen - ein Gedanke, der für die meisten Menschen offenbar von unerhörter Radikalität ist. Dabei möchte es der Objektivismus den Empörten keineswegs verwehren, einen beliebig großen Teil ihres eigenen Vermögens auf beliebig viele gute Zwecke zu verstreuen.

Im Gegensatz zur christlichen Lehre hält Ayn Rand die Mildtätigkeit aber für keine besondere Tugend. Die höchste Aufgabe des einzelnen sei es vielmehr, seine eigenen rationalen Interessen² im Rahmen seiner individuellen Fähigkeiten zu verfolgen. Das Konzept des Dienens sei dem menschlichen Wesen prinzipiell fremd - ein Mensch, dessen Lebensinhalt im Dienst an anderen besteht, sei ein Sklave. Ayn Rands Ethik des rationalen Egoismus befindet sich damit im Gegensatz zum Kult des Dienens und des Mitleids, der das Christentum auszeichnet. Der christlichen Lehre wirft sie überdies vor, die besten Eigenschaften des Menschen verächtlich zu machen: seine Fähigkeit, unabhängig zu denken, seinen Erfolg, auch seine Sexualität. Die vom Christentum

postulierte moralische Verpflichtung, anderen zu helfen, wird prinzipiell abgelehnt - mit Ausnahme engster familiärer Beziehungen: Eltern übernehmen mit der Geburt ihres Kindes eine Fürsorgepflicht, die bereits bei der Zeugung absehbar war. Alle zwischenmenschlichen Kontakte über das zeitlich eng begrenzte Verhältnis Eltern-Kind hinaus beruhen auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. Mithin hat niemand das Recht, die Folgen persönlichen Versagens zu kollektivieren und andere Menschen als potentielle Sklaven zu betrachten.

Der Staat wird somit der selbstgestellten Aufgabe enthoben, den besseren Teil seiner Bürgerschaft zu berauben, um eine protegierte Klasse von Schmarotzern zu mästen. Damit kann er sich besser auf seine eigentliche Aufgabe konzentrieren, nämlich das Leben und Eigentum aller Bürger zu schützen. Dazu bedarf es einer Polizei, einer Armee und einer Gerichtsbarkeit. Eine starke Verfassung soll die Rechte des Bürgers sowie staatliche Aufgaben unmißverständlich und abschließend festschreiben. Zwingend enthalten sein muß darin die totale und unwiderrufliche Trennung von Staat und Wirtschaft. Diese Verfassung darf dann nicht mehr zur Disposition stehen. An die Stelle einer Diktatur der Mehrheit tritt in der objektivistischen Gesellschaft das Recht an sich, das keine gesellschaftspolitischen Ziele verfolgt, sondern ausschließlich dem Schutz von Leben und Eigentum verpflichtet ist. Dieses Recht wird sich auch einer Mehrheit nicht beugen und muß ihr gegenüber notfalls durchgesetzt werden.

Der Objektivismus lehnt die Demokratie kategorisch ab, denn sie liefert den einzelnen und die Früchte seiner Arbeit der Willkür der Mehrheit bzw. der von der Mehrheit gerade auf den Thron gehievt politischen Interessengruppierung aus. Eine Herrschaft durch Konsens ist für Objektivisten gleichfalls nicht akzeptabel, denn als Prinzip der Staatsführung bedeutet Konsens die Kompromittierung als richtig erkannter Prinzipien und damit den Verlust des



Denker der Freiheit

Rechts.

Der Objektivismus lehnt nicht nur den herrschenden Konsens- und Wohlfahrtsstaat ab, der die Rechte des einzelnen mit Füßen tritt, sondern befindet sich auch im Widerspruch zu den anarchistischen Modellen, die unter Libertären diskutiert werden. Die Behauptung, ein Staat übe prinzipiell Zwang aus, ist nicht überzeugend, wenn sein Aufgabenbereich sich - wie vom Objektivismus gefordert - ausschließlich darauf beschränkt, auf Rechtsverletzungen gegen seine Bürger zu reagieren. Er sorgt von vornherein durch die Definition verbindlicher Normen für Rechtssicherheit, er reagiert auf unrechtmäßig ausgeübten Zwang und stellt durch sein Eingreifen den Rechtszustand wieder her. In die Schranken gewiesen wird ausschließlich derjenige, der Gewalt gegen andere initiiert. Konkurrierende Rechtsagenturen ohne gemeinsames Rechtssystem können hingegen zu keinem tragbaren Zusammenleben führen, denn die Rechte des einzelnen sind nicht verhandelbar, und zwischen Gut und Böse kann nicht durch rohe Gewalt entschieden werden. Wie naiv der Glaube an ein friedliches Zusammenleben ohne Rechtssicherheit und den staatlich garantierten Schutz von Leben und Eigentum ist, beweisen beispielsweise Ziele und Methoden der privaten Rechtsagentur „Mafia“.

Ihren Kampf für den Kapitalismus hat Ayn Rand auf mehreren Ebenen geführt. Ihre politischen Romane haben Generationen von Lesern geprägt und begeistert. Ayn Rands erster, 1936 erschienener Roman *We The Living* trägt autobiographische Züge. Er schildert den Kampf einer jungen Studentin in Rußland in der Zeit nach der kommunistischen Revolution, als die niedrigsten gesellschaftlichen Elemente auftrumpften und Rußland in einen Terrorstaat verwandelten. Doch der Aufschrei der jungen Emigrantin verhallte im planungsfreudigen Amerika des Demokraten Franklin D. Roosevelt weitgehend ungehört. Das Thema ihres 1943 erschienenen Romans *The Fountainhead* ist der Weg eines brillanten Architekten, dessen Überlegenheit von seinen Kollegen und den Meinungsmachern der Gesellschaft als Bedrohung empfunden wird. In ihrem 1957 erschienenen monumentalen Werk *Atlas Shrugged* schließlich wehren sich die Opfer der staatlichen Regulierungs- und

Ausbeutungsorgie durch totalen Pflichtentzug und Rückzug aus der Gesellschaft. Die Schilderung des kollektivistischen Staates weist auffällige Ähnlichkeit mit dem heutigen Zustand in Europa und den USA auf und läßt böswillige Leser insgeheim hoffen, es möge einmal ein leibhaftiger John Galt erscheinen und dafür sorgen, daß die Gesellschaft den Konsequenzen ihrer dümmlichen Haltung überlassen wird.

Nach dem überwältigenden Erfolg von *The Fountainhead* und *Atlas Shrugged* schrieb Ayn Rand eine Reihe politischer Bücher und Essays, deren Titel wie *Capitalism - The Unknown Ideal* oder *The Virtue Of Selfishness* programmatisch sind. Trotz ihres moralischen Rigorismus hat Ayn Rand punktuell Politiker unterstützt, in erster Linie den kürzlich verstorbenen Senator Barry Goldwater, dessen Präsidentschaftskampagne 1964 trotz ihrer Erfolglosigkeit als eine Art Initialzündung für die klassisch-liberal geprägte konservative Bewegung in den USA diente. Zu den Erfolgen dieser Bewegung gehört unter anderem der zweifache Triumph des Präsidenten Ronald Reagan über die Demokraten oder die grundlegende Akzentverschiebung in der amerikanischen Politik, die der republikanische Kongreß mit Newt Gingrichs „Contract with America“ erreicht hat. Ayn Rand hat sich allerdings nie vorbehaltlos für eine Partei eingesetzt. Aus der Warte der unabhängigen Beobachterin geißelte sie immer wieder gesellschaftliche und politische Fehlentwicklungen wie die zur Erpressung eingesetzten Kartellgesetze, den von Kennedy angezettelten Vietnam-Krieg oder auch die in den 80er Jahren beginnende Infiltrierung der Republikaner durch christliche Fanatiker und Abtreibungsgegner, deren Forderung lautet, das Leben der Frau Zellhäufungen unterzuordnen.

In den 60er Jahren gelang es Ayn Rand rasch, auf den akademischen Nachwuchs in den USA Einfluß zu nehmen. Gemeinsam mit ihrem engen Mitarbeiter Nathaniel Branden baute sie ein Netzwerk an den Universitäten auf, das zur schnellen Verbreitung ihrer Ideen beitrug. 1968 stand die Bewegung vor einem Trümmerhaufen, als es aus persönlichen Motiven zum Bruch mit Branden kam. Heute werden objektivistische Ideen vorwiegend vom Ayn Rand Institute propagiert, das von ihrem Schüler Leonard Peikoff geleitet wird. Gleich-

zeitig bemüht sich das Institute for Objectivist Studies um einen weniger dogmatischen Ansatz und eine weitergehende Zusammenarbeit mit libertären Politikern und Wissenschaftlern. Ob man nun das objektivistische Gesamtpaket übernimmt oder sich mit einzelnen Aspekten ihres politischen und philosophischen Werkes befaßt - Ayn Rand fordert konventionelle Denkschemata heraus und ermutigt dazu, bisher hingegenommene Gegebenheiten und Werte in Frage zu stellen und gegebenenfalls umzustürzen.

Anmerkungen:

¹ Lk 18, 25

² rationale Interessen sind sinnvollerweise nur solche, deren Verwirklichung keine Eigentumsrechte anderer verletzt. Ohne diese Maxime - eine Art kategorischer Imperativ - ist kein friedliches Zusammenleben möglich.

³ deutsche Ausgabe: Wer ist John Galt?, Gewis 1997 ■

1905	Geburt in St. Petersburg am 2. Februar
1921-24	Universität Petrograd; Abschluß
1926	Übersiedlung in die USA im Februar; Umzug nach Hollywood im September; Arbeit für Filmstudios
1929	Heirat mit Frank O'Connor
1934	Beginn der Arbeit an <i>The Fountainhead</i> ; Umzug nach New York
1936	<i>We The Living</i> erscheint
1943	<i>The Fountainhead</i> erscheint; Verkauf der Filmrechte an <i>The Fountainhead</i> ; Beginn der Arbeit an <i>Atlas Shrugged</i> ; erneuter Umzug nach Hollywood
1949	Der Film <i>The Fountainhead</i> erscheint mit Gary Cooper und Patricia Neal in den Hauptrollen
1957	<i>Atlas Shrugged</i> erscheint
1958	Das Institut Nathaniel Branden Lectures beginnt Vortragstätigkeit
1964	<i>The Virtue of Selfishness</i> erscheint
1968	Das Nathaniel Branden Institute wird aufgelöst
1979	Ehemann Frank O'Connor stirbt
1981	letzter öffentlicher Auftritt
1982	Beginn der Arbeit an einer Filmserie zu <i>Atlas Shrugged</i> ; Tod am 6. März

■ Jens P. Meiners, geb. 1973, Studium der Politischen Wissenschaft und Rechtswissenschaft, als Journalist für die deutsche und amerikanische Motorpresse sowie im PR-Bereich tätig. Mitarbeiter der Studentenzeitung *Freie Zeiten*.



Ein Buch gegen die linke Selbstgerechtigkeit



Autor: Stéphane Courtois
u.a. (Hrsg.)
Titel: Das Schwarzbuch
des Kommunismus.
Unterdrückung, Ver-
brechen und Terror.
Verlag: Piper Verlag
ISBN: 3-492-04053-5
987 Seiten
Preis: DM 68,-

von Detmar Doering

Kurz nach dem Fall der Mauer, im Jahre 1990, schrieb der Londoner Politologe Kenneth Minogue einen Essay unter dem bezeichnenden Titel "Does Socialism Mean Never Having to Say You're Sorry?". Er prangerte darin an, daß die Mehrheit des linken "Intellektuellen"-Milieus keine Konsequenzen aus dem Desaster und dem Scheitern der sozialistischen Idee ziehen wolle und sich auch der von ihnen stets begangenen Verharmlosungen und Anbiederungen an das Verbrechenssystem des Kommunismus nicht schäme und sich auch nicht dafür entschuldige. Er sollte recht behalten. Die Linke im Westen scheint auch acht Jahre danach im großen und ganzen äußerst resistent gegenüber Anfällen des Selbstzweifels zu sein.

Nichts belegt dies so sehr wie die ungeheuerere Resonanz, die - fast ein Jahrzehnt nach der "Revolution von 1989" - das Erscheinen des "Schwarzbuch des Kommunismus" in Frankreich, aber auch in Deutschland ausgelöst hat. Als ein überflüssiges Relikt des Kalten Krieges bewertete der "WDR" das Buch in einem Radiokommentar und meinte, daß man damit ja möglicherweise den Vergleich zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus nahelege, nur weil beide Massenmorde begangen hatten. Damit scheint die Meinung des "Establishments" der deutschen Feuilletonisten einigermaßen widergegeben zu sein.

Das Bemerkenswerteste an dem von Stéphane Courtois herausgegebenen "Schwarzbuch" ist daher nicht so sehr das Buch selbst, sondern die Reaktion darauf. Erstens: Es muß erstaunen, daß die an sich so triviale Erkenntnis, daß der Kommunismus die Ideologie von Verbrecherregimen war, die historisch ihresgleichen suchen, einen solchen Sensationswert hat - so als ob hier etwas Neues gesagt würde. Zweitens: Ebenfalls erstaunen muß, wie sehr sich der Adressat des Buches - die Linke

Europas - aus der Diskussion herauswinden möchte, um eine prinzipielle Diskreditierung ihrer elementarsten Glaubenssätze im Lichte historischer Erfahrung zu verhindern.

Zunächst das Buch selbst: Es hat schon früher systematische Bilanzen über die Opfer des linken Totalitarismus gegeben. Robert Conquests bahnbrechende Studie "The Great Terror", die sich aber ausschließlich mit der Opferbilanz Stalins befaßt, sei erwähnt, ebenso Rudolph J. Rummels Buch "Death by Government", das ohne eine ideologische Vorselektion zu treffen alle Völkermorde dieses in dieser Hinsicht wohl einzigartig grausamen Jahrhunderts aufzählt. Das "Schwarzbuch" hat gegenüber diesen Büchern den eindeutigen Nachteil, daß es als Sammlung von Beiträgen verschiedener Autoren methodologisch kaum den Standards wissenschaftlicher Kohärenz genügt.

Eine Weltbilanz des Grauens

Diese Schwäche ist aber zugleich auch Stärke. Zunächst einmal kann der Band über die bisherigen speziellen Studien zu einzelnen Regimen (insbesondere des stalinistischen in den 30er Jahren) hinausgehen, um ein breites Gesamtpanorama zu entwerfen. Kann man z.B. die bewußte Einsetzung von Hunger als Mittel der Massenausrottung, wie sie von Stalin während der Kulakenverfolgung und von Mao Zedong in China während des "Großen Sprungs" (letzterer kostete ca. 40 Millionen Menschen das Leben!) durchgeführt wurden, noch auf Grund der verwendeten Methoden (z.B. Zwangskollektivierung der Landwirtschaft) mit statistischen Methoden vergleichen, so muß man bei den Verbrechen, die etwa die Sandinisten bei dem letztlich erfolglosen Versuch der Etablierung eines Einparteiensystems begangen haben andere Meßkriterien anlegen.

Es ist fraglich, ob die Verschiedenheit

der Ausformungen von Gewalt in diversen Ländern, die wir in dem Buch so brillant beschrieben sehen, methodologisch überhaupt unter einen Hut zu kriegen ist. Trotzdem ist ihnen allen gemeinsam, daß sie von ein und derselben Ideologie, dem Kommunismus, gespeist werden und Unrecht produzieren. Es ist ja gerade das Erschütternde an diesem Buch, daß es die ungeheure "Kreativität" kommunistischer Regime bei der Ausübung von Unrecht plastisch darstellt. Eine Weltbilanz des Verbrechens kann so aufgezeigt werden, die sich über alle Kontinente erstreckt.

Gerade diese plastische Darstellung ist es, die durch die "lockere", d.h. nicht methodologisch über einen Kamm gescherte, Konzeption des Buches besonders ermöglicht wird. Neben der Darstellung der jeweiligen historischen Abläufe und der Präsentation von detaillierten Zahlenangaben über die Millionen von Opfern wird immer wieder durch Augenzeugenberichte dramatisch vor Augen geführt, daß es sich hier um Millionen von grausamen und qualvollen Einzelschicksalen handelt. Nur den abgebrühtesten Lesern dieses Buches dürfte bei der Lektüre kein Gefühl von Übelkeit überkommen. Das Ausmaß des Grauens sprengt alle Grenzen.

Die Selbstimmunisierung der Linken

Daß dies dem Kommunismus nicht die Sympathie der westlichen Linken, die 68 den Namen des "guten Onkels" Ho Chi Minh auf den Straßen skandierte und die "Rote Bibel" des größten aller Massenmörder, Mao Zedong, schwenkten, hat nichts damit zu tun, daß es früher kein Wissen über das Ausmaß der Verbrechen gab. Eher schien und scheint hier die Selbstimmunisierung gegenüber moralischen Argumenten enorm zu sein. Nur so ist der Hohn zu verstehen, mit dem selbst Teile der bürgerlichen Medien in Deutschland Ronald Reagan überschütteten, als er in den 80er Jahren die richtige und tri



Bücher zur Freiheit

viale Feststellung machte, die Sowjetunion sei das "Reich des Bösen".

Einer dieser Selbstimmunisierungsmechanismen ist das Argument, daß der Kommunismus immerhin von seinem Ursprung her das Gute wolle. Es gäbe ja auch den redlichen kommunistischen Intellektuellen im Westen. Es sollte an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß die "noblesse" dieses Idealismus nur selten eingehenden Prüfungen standhält. Die "großen" westlichen Intellektuellen der Linken nahmen immer explizit den Massenmord (Sartre) oder den Terrorismus (Herbert Marcuse) in Kauf und rechtfertigten beides. Der Zweck heiligte bei ihnen immer die Mittel.

Erschütternder fast als alle Schilderungen von Mord und Folter unter den kommunistischen Regimen selbst ist daher ein kleiner Exkurs, den einer der Autoren des "Schwarzbuchs" in seinen Beitrag einfügt. Noch in den frühen 80er Jahren war es wohl in einigen kleinen französischen Intellektuellenkreisen schick, bei Parties sowjetische "Schauprozesse" aus Jux nachzuspielen, bei denen etwas in Mißkredit geratene Bekannte als Angeklagte aufgestellt wurden, und dann - nein, wie lustig! - als Volksfeinde zum "Tode verurteilt" wurden, wobei man sich oft so hineinsteigerte, daß dies oft zum psychischen Kollaps der "Angeklagten" führte.

Wenn eine Ideologie schon in einem solchen "Frühstadium" zu solchen Exzessen führen kann, um dann bei jedem Versuch der politischen Realisierung in systematischen Terror auszuarten, dann wäre diese Ideologie schon dann als unmoralisch zu verurteilen, wenn die ursprüngliche Idee dahinter noch als "edel" zu bezeichnen wäre. Aber selbst dies ist ja kaum der Fall. Eine Ideologie, deren zentraler und unabänderlicher Kern die Aufhebung von Privateigentum ist, basiert per se schon in der Theorie auf einer Verletzung eines elementaren Grundrechtes. Sie degradiert den Menschen zum Instrument von Kollektiventscheidungen - egal wie gutwillig dieses Kollektiv denn nun sei. Es ist also nicht so, daß hier Böses aus Gutem entsprang, sondern Böses aus Bösem.

Fragwürdiger Antifaschismus

Eine andere - damit verwandte - Art linker Selbstimmunisierung ist das sich Verstecken hinter dem "Antifaschismus". Zweifellos sollte man den Mut honorieren, den während des Dritten Reiches manche Kommunisten im Widerstand gegen Hitler an den Tag legten. Das vermeintlich viel größere Übel des Nationalsozialismus mache alles, was links (also auch linkstotalitär) ist als Gegner dieses Übel salonfähig. Als Rechtfertigung des "DDR"-Regimes mußte dieses Argument oft herhalten, aber auch im Westen muß der Begriff "Antifaschismus" als Tarnung für wenig Akzeptables herhalten.

Wer so argumentiert, tut im Grunde das, was er meist beim politischen Gegner kritisiert - er rechnet Kommunismus und Nationalsozialismus miteinander auf. Er reduziert den Kommunismus zu einem vergleichsweise so kleinen Sündenfall, daß er sogar als Mittel zur Bekämpfung des eigentlichen Übels als legitim betrachtet wird.

Es ist bezeichnend, daß nach dem Erscheinen des "Schwarzbuchs" in der deutschen Rezeption sogleich der Vorwurf zu hören war, hier werde einer illegitimen Aufrechnung beider Systeme und damit einer Verharmlosung und Relativierung des Nazi-Regimes das Wort geredet. Da sich das "Schwarzbuch" diesem Vergleich allenfalls in einigen Nebensätzen widmet, greift diese Kritik sachlich ins Leere. Sie ist also nur als Ablenkungsmanöver der Linken zu verstehen, die nicht mit unangenehmen und wohlrecherchierten Wahrheiten konfrontiert werden will.

Natürlich kann man die kommunistischen Verbrechen nicht zur Exkulpierung der Nazis verwenden. Dies nicht nur, weil man Auschwitz natürlich nie durch irgendetwas exkulpieren kann, sondern weil es sich hier um ein Problem handelt, das der deutschen Geschichte zugehörig ist. Es steht uns selbstredend gut an, daß wir dieses Kapitel der Geschichte kritisch aufarbeiten; genauso wie es den Chinesen und ihrer Regierung gut anstünde, würde man dort ernsthaft die Greuel der maoistischen Herrschaft aufarbeiten. Keiner kann den anderen als Entschuldigung gebrauchen.

Dies verlangt eher eine besondere "deutsche" Verantwortung im Umgang mit

den nationalsozialistischen Verbrechen (so gesehen kann es gar keine Relativierung geben, selbst wenn Stalinismus und Nationalsozialismus als gleichartig bezeichnet werden), heißt aber nicht, daß diese objektiv nicht mit anderen massenmörderischen Totalitarismen vergleichbar sind.

Die Tatsache, daß das "Schwarzbuch" nicht von deutschen (d.h. immer - zu recht oder zu Unrecht - der Selbstexkulpierung bezichtigbaren) Autoren herausgegeben wurde, hätte sogar einen solchen objektiven Vergleich in größerem Ausmaße möglich gemacht als dies letztlich in dem Buch geschehen ist. Die Gefahr besteht, daß ein Verzicht auf den Vergleich aufgrund einer vorgegebenen "antifaschistischen" Ideologie, die eine Verharmlosung Hitlers verhindern will, in Wirklichkeit Stalin, Lenin, Mao, Pol Pot, Mengistu und Konsorten verharmlost. Sie waren eben nicht "besser" als Hitler.

Man ist gut beraten, sich daher die Mahnung zu Herzen zu nehmen, die Joachim Gauck in seinem speziell für die deutsche Übersetzung des "Schwarzbuchs" verfaßten Beitrag erteilt: "Denn wie schwach muß der Antifaschismus derer sein, die... die Sprache der Fakten fürchten und der Analyse des Kommunismus Zügel anlegen."

Diejenigen, die sich bei uns über die angeblich in dem Buch vollzogene "Relativierung" der nationalsozialistischen Verbrechen echauffieren, sind selbst die schlimmsten Relativierer.

Und was ist die Lehre daraus? Das "Schwarzbuch" ist (einzelner Schwächen zum Trotz) ein Werk von historischem Verdienst. Es hat den Anfang gemacht mit einer herausfordernden Diskussion, deren endgültiges Ziel es sein könnte, die "Revolution von 1989", die das formale Ende des Sowjetimperiums einläutete, zu vollenden. Noch haben zu wenige Betroffene das von Kenneth Minogue 1990 geforderte Wort "Sorry!" ausgesprochen. Dazu bedarf es wohl noch mehr solcher Bücher, die denjenigen Sinn für Gerechtigkeit auf die Probe stellen, der die Linke immer noch ungebrochen zu motivieren scheint (vielleicht, weil er der am persönlichsten erfahrbare Sinn für Gerechtigkeit ist): den Sinn für Selbstgerechtigkeit. ■



Ein gelungener Video-Clip fragmentierter Gedanken



Autor: Stefan Blankertz
Titel: Die Therapie der
Gesellschaft.
Verlag: Peter Hammer Verlag
ISBN-3-87294-781-8
266 Seiten

Preis: 29,80 DM

von Andre F. Lichtschlag

Einer der "Gründerväter" der jungen anarcho-kapitalistischen Bewegung in Deutschland hat ein neues Buch veröffentlicht, sein in meinen Augen bestes. Das in früheren Werken etwas lästige Soziologen-Deutsch hat der Autor glücklicherweise abgelegt, um nun teilweise überaus unterhaltsam Philosophie zu verkaufen. Dabei ist ein kurzweiliger, interessanter Sampler entstanden, der freiheitliche Positionen thesenartig aneinanderreihet, nicht um sie einander gegenüberzustellen, sondern um ungewöhnliche Synthesen beim Leser zu provozieren. Genau 434 Thesen werden in 13 Kapiteln vertreten, bekannte und weniger bekannte Positionen, soziologische, philosophische, pädagogische, religiöse, erotische und literarische Kleinode sollen sich zur "Therapie der Gesellschaft" verdichten.

Die Herkunft seiner Thesen wird vom Autor bereits im Prolog offengelegt: "Voltaire de Cleyre und Rosa Luxemburg, Theodor W. Adorno und Ludwig von Mises, Ayn Rand und Paul Goodman, Karl Hess und Christian Sigrist, Edith Stein und Taslima Nasrin, John Ford und Siouxsie Sioux, Ernst Jünger und Murray Rothbard, John Wayne und Jane Fonda, Ursula Le Guin und Wendy Mc Elroy - nur in der Gemeinsamkeit unvereinbarer Gegensätze bewahrt sich die Idee der Opposition gegen den Staatlichkeitswahn." Stefan Blankertz bleibt seinen oft zitierten Gedankengebern treu, in der ihm eigenen Kollektion zusammengeführt und mit seinen eigenen, einfühlbaren Worten vorgestellt. Seine altbekannte Liebe, insbesondere zu den drei Autoren Aristoteles, Thomas von Aquin und Paul Goodman, wird auch im neuen Werk einmal mehr offenkundig. Meines Erachtens liegt hier die einzige Schwäche dieses Buches: Immer wieder wird mit Aristoteles' Philosophie, Thomas' Religiosität und Goodmans

Gestalttherapie argumentiert, ohne daß die Chance genutzt wird, den Leser behutsam in die Themen einzuführen. Diese Schwerpunkte machen quantitativ etwa die Hälfte des Buches aus - die Hälfte also eher für Freaks auf diesen Gebieten.

Dem ordinären Freiheitsfreund aber wird spätestens mit der anderen Hälfte ein Highlight radikalliberalen Denkens geboten, welches in dieser Form selbst den Vergleich mit der Vielzahl libertärer anglo-amerikanischer Literatur nicht scheuen muß. Das folgende, leicht gekürzte Zitat meiner Lieblingsthese ("Stirner und Kropotkin in eine Front!" - These 164) mag hoffentlich trotz der gemachten Einschränkungen zum Kauf dieses überaus spannenden und lesenswerten Buches animieren:

"Da wird behauptet, die Mehrheit der Menschen bestünde aus kalten Egoisten, die nicht bereit seien, ihren armen, alten und kranken Mitbürgern unter die Arme zu greifen. Diese Mehrheit der Menschen wird jedoch angeblich durch engelgleiche Idealisten und Altruisten regiert, die den nötigen Zwang ausüben, um Elend zu verhindern oder wenigstens zu mildern. Ist das in einer Demokratie überhaupt möglich? Wenn ich das richtig verstanden habe, können die wenigen Altruisten in der Demokratie gar nicht an der Regierung sein, denn die Mehrheit der Egoisten wählt doch wohl Egoisten. Oder andersherum: Eine Mehrheit von Altruisten, die Altruisten in die Regierung wählt, würde klarerweise auch freiwillig ihren Mitmenschen helfen. Der Zwang sei darum notwendig, weil der eine viel, der andere wenig und ein dritter überhaupt nichts freiwillig für die Mitmenschen zahlen würde. Wenn nun jemandem erlaubt würde, überhaupt nichts zum sozialen Ausgleich beizutragen,

würden auch die anderen ihre Hilfe zurückziehen... Jede Mehrheit von Egoisten wird einen Weg finden, den scheinbaren Sozialstaat zum eigenen Vorteil einzusetzen. Dies bedeutet, daß die Egoisten sich vom Steuergeld auch der Altruisten bedienen. In diesem Fall bekommen die wirklich Bedürftigen nicht den Anteil von den Altruisten, den sie bekämen, wenn die Altruisten ihre Hilfe direkt und freiwillig zahlen könnten. Das kann logisch gar nicht anders sein: Eine egoistische Mehrheit, die über eine altruistische Minderheit regiert, zwingt die Altruisten zu Steuerzahlung. Mit den Steuern werden aber die Interessen der Egoisten, nicht die der Altruisten verfolgt. Daraus ergibt sich, daß die Bedürftigen durch den Sozialstaat weniger erhalten, als sie erhalten würden, wenn es den Sozialstaat nicht gäbe."

Als Zugabe ein Ausschnitt aus These 166: "Ein Altruist, der einen Egoisten dazu zwingt, Hilfe zu leisten, zwingt ihn, das ureigene Interesse des Altruisten zu verfolgen. Damit entspricht sein Verhalten jedoch der Definition vom Egoisten. Das ist keine Wortklauberei, sondern oft zu beobachtende psychologische Realität: Es gibt Politiker, die durchaus als aufrichtige Altruisten anfangen, jedoch durch die Berührung mit den Mitteln der Herrschaft zu cleveren Egoisten verkommen."

Blankertz führt mit den Worten in sein Buch ein: "Gedanken bleiben Fragmente. Philosophie wird zum Videoclip." Dieser Videoclip hat die Qualität eines dem libertären Oscar würdigen Spielfilms - für jene Freaks mit besonderem Zugang zu Thomas von Aquin und Paul Goodman mit Sicherheit gar das Zeug zum anarchistischen Kultfilm!

■



„Ich hab' mein Sach' auf Nichts gestellt“

Drei Bücher zu Max Stirners Individualismus

von Dirk van den Boom

Max Stirner und sein Hauptwerk „Der Einzige und sein Eigentum“¹, das im Jahre 1844 im Umkreis der Junghegelianer erschien, scheint bis heute nicht nur die Geister kontrovers zu bewegen, sondern auch generelle Probleme bei der geistigen Verdauung zu bereiten. Obgleich gemeinhin als Spiritus Rector des individuellen Anarchismus gefeiert, haben selbst Anarchisten große Probleme damit, ihn als einen ihrer Vorläufer zu akzeptieren oder auch nur den ernsthaften Versuch einer Rezeption zu unternehmen. Dies mag daran liegen, daß die Auffassung, Stirners philosophische Auffassungen vom Wert des Einzelnen seien letztendlich nur eine Verabsolutierung, die für eine wie auch immer geeignete Gemeinschaft keinen Raum mehr lassen würde und jeglichem kollektivistisch ausgerichteten, „Mainstream-Anarchismus“ widerspräche. Es kann auch daran liegen, daß Stirners über 300 Seiten starkes Buch selbst für belesene und in der Diktion seiner Zeit kundige Rezipienten nicht immer leicht zu verstehen ist, einige innere Ungereimtheiten enthält - Stirner hat seiner Ankündigung, seine Ideen näher ausarbeiten zu wollen, leider keine Taten folgen lassen - und schließlich von den „großen Geistern“ jener Zeit hart kritisiert und als oft absurd bezeichnet wurde.

Bernd A. Laska hat es sich mit seinem LSR-Verlag, in dessen Publikationen er neben Stirner (S) auch Julien Offray de La Mettrie (L) und Wilhelm Reich (R) untersuchen möchte, zur Aufgabe gemacht, Licht in das mitunter schon verschwörerisch anmutende Dunkel um Max Stirner und sein Werk zu bringen. Dementsprechend sind die ersten drei Bände seiner Stirner-Studien auch weniger auf den „Einzigen“ selbst gerichtet als vielmehr auf die Editions- und Wirkungsgeschichte. Band 1 „Ein heimlicher Hit“, eine dünne Broschüre von 48 Seiten, rollt die Editions-geschichte übersichtlich auf und kommentiert die Motivationen der verschiedenen Herausgeber von Stirners Werk und deren

Versuche, sie für ihre eigenen politisch-philosophischen Ansichten zu instrumentalisieren. Laska kommt zu der Erkenntnis, daß bisher alle bedeutenden Herausgeber von Stirners Werk seine Gegner waren und sein Buch nur deswegen publizierten, um seine Ansichten zum Kampf gegen Kritiker von Nietzsche oder Marx einzusetzen. Laska macht nach dem Erscheinen des „Einzigen“ noch zwei Stirner-Renaissancen aus: Eine Anfang des Jahrhunderts und eine seit den späten 60er Jahren, die immer noch andauere.

Im zweiten Band, „Ein dauerhafter Dissident“, befaßt sich Laska übersichtsartig mit der Wirkungsgeschichte. Dabei geht er von den Reaktionen der Junghegelianer um Feuerbach aus, in deren Dunstkreis der „Einzige“ erstmals erschien, und entwickelt die Wirkung des Buches weiter über Marx, der seinen „Anti-Stirner“ bis zu seinem Tode aus wohlwogenden Gründen nicht veröffentlichte, bis hin zu Denkern wie Nietzsche, Schmitt und Schriftstellern wie Ernst Jünger. Den beiden letzteren widmet er in Band 3 „Katechon“ und „Anarch“ einen eigenen Band seiner Studien, wobei er Jünger aber nur kursorisch abhandelt und sich auf Schmitt konzentriert. Laska erkennt dabei verschiedene Formen der Verarbeitung Stirnerscher Ideen und unterscheidet zwischen jenen, die ihn verleugnen und verdrängen und jenen, die ihn, aus ganz unterschiedlichen Gründen und mit unterschiedlichen Attitüden verehren. Zu denen, die ihn verdrängen, gehören Marx, Schmitt und Nietzsche, zu denen, die ihn verehren, sein Biograph Mackay sowie, wenngleich inhaltlich nicht unproblematisch, in spätem Lebensalter Ernst Jünger. Besonders interessant wird die Studie, wenn Laska sich über die verschiedenen Formen der Verdrängung äußert. Er differenziert hier zwischen einer „Primärverdrängung“ bedeutender Denker selbst, die bewußt oder unbewußt die Auseinandersetzung mit Stirner scheuen, wohl wissend, daß die radikalen und grundlegenden Ideen dieses Man-

nes ihre eigenen Denkgebäude angreifen könnten, und einer „Sekundärverdrängung“ der Schüler und Gefolgsleute der Primärverdränger, die bei der Rezeption ihrer Meister den oft leicht nachweisbaren Einfluß Stirners völlig ignorieren oder als skurrile Eigenart und Randnote abtun. Dies wird noch interessanter, wenn der Autor selbst Opfer einer solchen Verdrängung wird, die er im dritten Band dokumentiert, als er versucht hat, Artikel über das Verhältnis von Carl Schmitt und Stirner in linksanarchistischen Theoriezeitschriften unterzubringen und dabei auf ernsthafte Schwierigkeiten traf. In jedem Falle ist Laskas detektivische Kleinarbeit zu bewundern, mit der er den Spuren Stirners bei anderen Denkern folgt und diese nachzuweisen sucht. Viele der im zweiten Band nur kursorisch abgehandelten Denker werden dementsprechend in weiteren Studien - wie bei Schmitt und Jünger bereits geschehen - im Detail beleuchtet. Laskas Credo ist die Auffassung, daß kaum einer seiner Rezipienten - weder jene, die ihn kritisierten und ablehnten, noch jene, die ihn bewunderten und sich zu ihm bekannten - wirklich erkannt hatte, was Stirner in seinem Werk eigentlich aussagen wollte. Stirners Wirkungsgeschichte erscheint dem Leser demnach als eine Geschichte bewußter und unbewußter Mißverständnisse und Verdrängungen, die zwar



Autor immer: Bernd A. Laska
1. EIN HEIMLICHER HIT
48 S., LSR-Verlag
ISBN 3-922058-61-2/ ISSN 1431-3693, DM 10,—
2. EIN DAUERHAFTER DISSIDENT
168 S., LSR-Verlag
ISBN 3-922058-62-0/ ISSN 1431-3693, DM 30,—
3. „KATECHON“ und „ANARCH“
112 S., LSR-Verlag
ISBN 3-922058-63-9/ ISSN 1431-3693, DM 20,—





zur wiederholten Neuauflage des „Einzig“ und zu z. T. heftigen Stirner-Diskussionen, jedoch zu keiner ernsthaften Interpretation seines Anliegens geführt hätten. In allen Bänden schimmert hindurch, daß nun Laska selbst dieses Desiderat der Stirner-Rezeption in Angriff nehmen möchte, also er nunmehr derjenige sei, der den „Stein der Weisen“ in Hinblick auf die „richtige“ Auffassung über Stirner gefunden habe. Es gehört zu den spannenden Momenten dieser Studienreihe, nachdem man sich mit den (Fehl)rezeptionen und Problemen anderer auseinandergesetzt hat, auf die „Wahrheit“ zu warten. Es bleibt in diesem Zusammenhang die Frage offen, ob Laska in seiner eigenen Interpretation die Untiefen des, wie er es nennt, „enthusiastisch Adorierten“ umschiffen oder an ihnen auf Grund laufen wird. Ich bin mir nach der Lek-

türe der ersten drei Bände nicht in jedem Falle sicher, ob es ihm gelingen wird, die notwendige eigene, mitunter auch kritische Distanz zu seinem Untersuchungsobjekt zu wahren. Ungeachtet solcher möglichen Probleme stellen die ersten drei Bände der Stirner-Studien nicht nur die Aufarbeitung eines hochinteressanten philosophisch-politischen Diskurses dar, sie sind bei aller mitunter nicht immer leicht verständlichen Abgehobenheit der Sprache nicht zuletzt außerordentlich spannend. Laska versteht es kongenial, die wichtigsten Aspekte hervorzuheben, manchmal mit leichtem Sarkasmus zu kommentieren und dem Leser einen lebendigen Eindruck der Diskussion zu vermitteln. Die historische Darstellung hat einen starken Reiz und bringt einen Denker zum Vorschein, der trotz aller „Renaissance“ in der breiteren

politischen und philosophischen Öffentlichkeit weitgehend ignoriert oder als Fußnote der Geschichte behandelt wird. Allein schon aus diesem Grunde ist Laskas Streben lobenswert und zu unterstützen, unabhängig davon, ob man Stirner nun für einen Meta-Philosophen ersten Ranges oder nur einen kleinbürgerlichen Egomane hält. Auf die folgenden Bände der Stirner-Studien darf man dementsprechend zurecht gespannt sein - nicht zuletzt auf die Bände, in denen uns der Autor seine Interpretation Stirners zu präsentieren gedenkt.

1 Zur Zeit noch bei Reclam lieferbar. Ein Band mit kleineren Veröffentlichungen Stirners unter dem Titel „Parerga, Kritiken, Repliken“ ist ebenfalls im LSR-Verlag von Laska herausgegeben worden. ■

Satire - oder ernst gemeint?

von André F. Lichtschlag

Spinnereien am Rande der libertären Bewegung („Lunatic Fringe“) gab und gibt es immer wieder. Legendar waren beispielsweise muschelsammelnde Counter-Economics in Kalifornien oder sektiererische Hyperrationalisten im Banne Ayn Rands im New York der 60er Jahre. In letzteren Zirkeln wurde prinzipiell nicht gelacht. Jeder nahm die Kollektivist und Plünderer um sich herum verflucht ernst, obwohl Rands Ideologie doch gerade die völlige Unabhängigkeit von anderen predigte. Genau an der gegenüberliegenden Ecke des libertären Universums ist eine deutsche Zeiterscheinung anzusiedeln: die „Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands“. Die APPD verachtet ebenso wie amerikanische Objektivist ihre Umwelt - und zur Strafe lacht sie das etatistische - wie jedes andere - Establishment aus. Und das Establishment stellt daraufhin den APPD-Aktivist die immer gleiche, vermeintlich so wichtige Frage: Macht die APPD Satire oder meint sie es etwa ernst?

Dankenswerterweise hat rechtzeitig vor der Bundestagswahl das Archiv der Jugendkulturen ein Buch herausgegeben, um die verachtete Umwelt mit Original-Beiträgen der APPD endlich aufzuklären. Hinterher soll nämlich keiner sagen: „Das haben wir nicht gewußt!“ Dabei „hätten Sie alles schon vorher in diesem Buch Punkt für Punkt nachlesen können. Mal wieder nichts aus der Geschichte gelernt.“ Die APPD wurde als Kind der Punk-Bewegung bereits 1981 inoffiziell als Sponsoring-Organisation gegründet und ist seit 1994 bestrebt, an Wahlen teilzunehmen. Dies gelang vor den diesjährigen Bundestagswahlen genau einmal - mit verhältnismäßig einschlagendem Erfolg: Die APPD wurde bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen 1997 im Stadtteil St. Pauli mit 5,3% viertstärkste Partei. Das große Wahlziel, das Überspringen der Hürde zur Wahlkampf-kostenerstattung, verfehlte die Partei jedoch knapp. Werden bei der Bundestagswahl die dafür nötigen bundeswei-



Autor: Farin, Klaus/
Archiv der Jugendkulturen e.V. (Hrsg.)
Titel: Die Partei hat immer recht!
Die gesammelten Schriften der APPD
Verlag Thomas Tilsner
ISBN: 3-910079-57-1
142 Seiten
Preis: 28,- DM

ten 0,5% erreicht, so verspricht die APPD erneut, dieses Geld „restlos in eine Freibierfete“ zu stecken, „damit Sie endlich einmal wissen, was aus Ihrer Stimme nach einer Wahl wird: Blech und Müll! APPD-Stimmen sind Stimmen zum Ankreuzen, Versaufen und Wegwerfen!“ Im Gegensatz zu diesem eher ungewöhnlichen Wahlziel gibt sich der „Kanzlerkandidat“ der APPD geradezu konventionell: „Kommen Sie zu unseren Kundgebungen und sprechen Sie mit mir. Ich werde Ihnen vor laufenden Kameras die Hand schütteln und Ihnen alles versprechen, was Sie hören wollen. Und vertrauen Sie mir: Ich werde Sie dabei nicht mehr betrügen und belügen als andere auch! Und falls doch, dann nur aus wichtigen staatspolitischen Gründen!“ Zu den Aufgaben staatlicher Politik lesen wir im Buch der „Partei der Feinde der Buchgläubigkeit“: Es kann „nicht die Aufgabe des Staates sein, den Menschen als sinngebendes Gebilde vorzuziehen“. Die „prinzipielle Verschieden-



Bücher zur Freiheit

heit der Menschen mit ihren ganz unterschiedlichen Bedürfnissen muß Grundlage der politischen Ordnung sein". Diese Verschiedenheit der Menschen beschreibt die APPD mit der folgenden Einsicht: "Ein einiges ‚Volk‘ gibt es doch schon lange nicht mehr. Was hat ein 25jähriger Dauerarbeitsloser mit einer 55jährigen Finanzbeamtin oder einer 18jährigen Theologie-Studentin gemeinsam? Nichts! Was hat eine 22jährige Junk-Hure mit einem 40jährigen Ökobauern oder einer 60jährigen Filialeiterin einer Sparkasse gemein? Nichts! Und das wird auch so bleiben." Aus dieser Erkenntnis heraus teilt die APPD vereinfachend die Menschen in drei "Pogo-Rassen" ein; "Asoziale, Leistungswillige und Gewalttäter". Die "pogo-anarchistische Rassenlehre weiß, daß sich die Unterschiede zwischen den Menschen aus der von ihnen bevorzugten Lebensweise ergeben. Die Menschen ordnen sich diesen Rassen selbst zu, und niemand hat das Recht, ihnen dies gegen ihren Willen aufzuzwingen", so die APPD an dieser Stelle mit bester naturrechtlicher Argumentation in der Tradition Murray Rothbards. Sind so erst einmal die drei "unvereinbaren Pogo-Rassen" ausfindig gemacht, so ist die Lösung der APPD der folgerichtige nächste Schritt: die "Balkanisierung Deutschlands". Hierbei soll durch "Schaffung von Kantonen und Homelands den jeweiligen Pogo-Rassen die Möglichkeit verschafft werden, mit Gleichgesinnten Lebensformen gemäß ihren Neigungen zu realisieren. Anzahl und Ausrichtung dieser Zonen orientieren sich dabei an den Bedürfnissen der Menschen."

APPD-Anhänger ordnen sich selbst der "asozialen Rasse" zu, während Nazis oder Massenmörder der "Gewalttäterrasse" zugesprochen werden. Auch sie bilden, wie alle "Pogo-Rassen", unabhängige Rechtsgemeinschaften, die den anarcho-kapitalistischen Vorstellungen, beispielsweise eines David Friedman, frappant ähneln!

Psycho-analytisch beschreibt die APPD die dritte Rasse der "Leistungswilligen": Sie "kennen kein höheres Gut als Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit. Selbstlose Pflichterfüllung ist für sie ein heiliges Gut, auch wenn sie selbst nicht immer ganz begreifen, wofür sie sich eigentlich die ganze Zeit so abrackern. Sie halten es für ganz normal, daß nicht sie selbst vom Ertrag ihrer lebenslangen Arbeit profitieren, sondern in erster Linie andere." Dennoch "ist ihre Lieblingsbeschäftigung ein stetiges Jammern über ihr schweres Los, wes-

halb sie auch besonders stolz sind, sich trotzdem täglich neu zum Arbeitseinsatz überwinden zu können. Schließlich kann nützliche Tätigkeit kein Vergnügen sein! Andere Vergnügungen wollen sie sich sauer verdienen haben und gönnen dem Rest der Menschheit das gleiche trostlose Dasein. Ihre Kultur besteht im besoffenen Absingen von Liedern wie dem von ihnen nur ausnahmsweise an Wochenenden praktizierten ‚wir saufen durch bis morgen früh‘. In ihren Arbeitspausen diskutieren sie bevorzugt über ihre vierrädrigen Statussymbole und darüber, welcher Fußballtrainer sein Geld verdient hat. Wenn sie dann schließlich in Rente geschickt werden, kommt oft der schnelle Zusammenbruch und ein langsames Dahinsiechen. Ein Leben ohne Arbeit ist für sie oft nur ein nett verpacktes Todesurteil."

Die APPD argumentiert dann erneut in der Tradition libertären Wissens vom staatlichen Bürgerkrieg aller (Interessengruppen) gegen alle (Interessengruppen): "Gemein ist allen Pogo-Rassen, daß herrschende Politik es ihnen nicht erlaubt, gemäß ihren Neigungen zu leben, sondern stattdessen mittels staatlicher Gewalt das Individuum in ein dem gesamtgesellschaftlichen Konsens dienendes Korsett gezwungen wird. Durch diese politische, unnatürliche Gleichmacherei wird zusammengepreßt, was nicht zusammenpaßt." Erst eine "konzertierte Aktion wahnsinniger Kommunisten, Nationalisten und Geschäftemacher" hat dann "dieses einzigartige föderalistische Biotop in den Bürgerkrieg getrieben".

Im Programm der APPD wechseln satirischer Nonsens und libertäre Programmatik einander ab, ohne daß immer Klarheit darüber bestehen kann, in welcher Rubrik sich der Leser gerade befindet. So fordert die APPD "die ultimative und totale Rückverdummung der Menschheit" oder die "Errichtung von Mitfickzentralen" ebenso wie die Abschaffung des Wehrzwanges ("Erscheint ein Wehrpflichtiger nicht am ersten Dienstag pünktlich in seiner Kaserne, so soll er als Kriegsdienstverweigerer gelten und nicht weiter belangt werden! Dies ist auch als ein konkreter Vorschlag zu Abbau der Bürokratie zu verstehen."), die Legalisierung aller Drogen sowie die Abschaffung der Schulpflicht.

Bitterböse wird die APPD, wenn Sie auf Kritik der traditionellen "Linken" reagiert. Generell seien dies "Zeitgenossen, die einer merkwürdig schrulligen Freizeitbeschäftigung namens Politik

nachgehen, leider oft darüber abdröhen und ihr Arbeitsleben vernachlässigen". Auf die Frage der linken Gutmenschen, was mit den Ausländern sei, welche die APPD angesichts der Wahlplakate für Nazis halten könnten, antwortet die APPD entwaffnend: "Die meisten sogenannten Ausländer verstehen sehr gut und sehr schnell, was die Absichten der APPD sind. Sie brauchen keine wohlmeinenden Fürsprecher, die nichts anderes als positiven Rassismus betreiben." Auch im Falle der linken FeministInnen, welche die Forderung nach "Mitfickzentralen" als "sexistisch" brandmarken, spielt die APPD den Ball geschickt zurück: Diese Behauptung gehe davon aus, "daß nur Männer an einem freien Ausleben von Sexualität interessiert sein können bzw. in erster Linie davon profitieren. Wer diese Anschuldigungen ernsthaft gegen die APPD erhebt, outet sich selbst als Sexist und Frauenfeind der allerschlimmsten Sorte."

Nicht jeder wird über die APPD herzhaft lachen können - aber ihr gänzlich das Niveau abzusprechen ist angesichts einiger eindrucksvoller Argumentationsketten kaum möglich. Wer sie ernst nimmt, der mag die APPD-Politik als "unvernünftig, menschenverachtend und ohne Zukunft" bezeichnen, worauf das Buch einmal mehr die passende Antwort gibt: "Das ist richtig und falsch zugleich. Die APPD fragt deshalb: Ist die Politik, die Sie täglich erleben dürfen, vernünftig, menschenfreundlich, zukunftsorientiert, ja geradezu moralisch im positivsten Sinne? Wer diese Frage bejaht, muß zwangsläufig in der APPD rücksichtslose Barbaren sehen und ihr schärfster Kritiker sein. Wer sie aber verneint und zugleich Nichtwähler ist, wird verstehen, weshalb die Pogo-Anarchisten diese häßlichen Anschuldigungen mit einem Lächeln ertragen."

Keiner wird alle Forderungen der APPD gutheißen können. Vieles mag widersprüchlich sein. Einerseits müsse z.B. die "Entmündigung des Menschen durch den Sozialstaat ein Ende haben", andererseits aber will die "Pogo-Rasse der Asozialen", der sich die APPD-Anhänger bei kategorischer Ablehnung von Arbeitsmoral, Leistungszwang und Lernterror" weitestgehend zurechnen, von den "Leistungswilligen" genährt werden. An dieser wichtigen Stelle fehlt leider die absolut eindeutige Festlegung auf Freiwilligkeit.

Die APPD setzt das Prinzip der irrationalen Lust dem Prinzip der rationalen Weisheit der Objektivisten entgegen.



Von beiden Polen könnten alle Libertären profitieren. Von der APPD lernen wir zumindest, uns selbst und vor allem die oft übermächtig erscheinende etatistische Umwelt nicht gar so ernst zu nehmen. Sie hat diesen Ehrerweis nicht verdient - und wir nicht die Bauchschmerzen. Allerdings könnten wir uns auch selbstkritisch fragen, ob nun die herausgearbeitete Geistesverwandtschaft einer irrationalen, dadaistischen Sponti-Organisation mit Teilen der anarcho-kapitalistischen

und libertären Ideenwelt für die Erstgenannten spricht - oder eher gegen (die Realitätsnähe der) Letztgenannte(n)!

Wie dem auch sei: Hat nicht die APPD weitaus größere Chancen auf einen Wahlerfolg (0,5%!) als selbst die Libertarian Party in den USA, Ihr humorlosen liberalen Wähler? Und würden nicht 50% für die APPD das etatistische System weitaus mehr ins Wanken geraten lassen als 50% Wahl-

enthaltung, Ihr prinzipienreitenden libertären Nichtwähler?

Abschließend soll die eingangs gestellte Frage - macht die APPD Satire oder meint sie es etwa ernst - nicht unbeantwortet bleiben: "Diese Frage ist mit einem klaren ja zu beantworten. Kritik ist eine Waffe. Satire ist eine Art von Kritik, und zwar eine besonders fiese, destruktive, zersetzende. Wer diese Waffe benutzt, meint es meistens ernst." ■

Das Fanal der verbotenen Freiheit



Autor: Richard Herzinger
Titel: Die Tyrannei des
Gemeinsinns.
Ein Bekenntnis zur egoistischen
Gesellschaft
Verlag: Rowohlt Berlin
ISBN: 3-87134-301-3

von Jörn Grunert

Der Mitarbeiter der Wochenzeitung "Die Zeit", welcher schon in seinem letzten Buch, "Endzeit-Propheten oder die Offensive der Anti-Westler", Partei für den westlichen Liberalismus gegenüber Neuen Rechten und Konservativen ergriff, hat ein neues Buch veröffentlicht. Diesmal verteidigt Herzinger den Individualismus - gegenüber "chronischen Kulturpessimisten und zeitkritischen Talkshow-Moderatoren ... sowie einem Großteil der politischen und intellektuellen Elite". In Zeiten, in denen Bücher über Moral und Kommunitarismus einen reißenden Absatz finden, ist dies eine köstliche und philosophische Entzauberung des Gemeinwohls und der "Sozialethik der Wagenburg". Wer stimmt in Zeiten der wirtschaftlichen und politischen Krise nicht dem pharisäerhaften Geschrei der Politiker, Sozialarbeiter und Moralphilosophen über den "überzogenen Individualismus", über "Profiteure, Deregulierer, Steuerhinterzieher" usw. zu? Ob Wolfgang Schäuble vom "Kauf elektrischer Zitruspressen" abrät, Botho Strauß "den fehlenden Sinn für Tragik in der liberalen Gesellschaft geißelt" oder die Bild-Zeitung eine Neid-Kampagne startet, alle sehen sie die "Fratze des Bösen" hinter dem Egoismus. Über die genauen politischen Hintergründe macht sich in diesem Land keiner Gedanken. Es ist die einfachere Methode, das Fehlverhalten der Bürger zu beklagen.

Bei dem Frontalangriff auf alle Moralisten spart der Autor nicht mit "bösen" Polemiken - und genau dies macht dieses Buch sehr lesenswert. Die blumige aber treffende Sprache ist eine Ausnahme in der liberalen Literatur, welche meistens analytisch und wissenschaftlich geschrieben ist. Als Literatur-

wissenschaftler macht er sich vor allem an die philosophische Verteidigung des Egoismus heran und entlarvt deren Gegner. Kein Thema läßt Herzinger bei seinem bunten Exkurs über den Anti-Egoismus aus. So beschreibt Herzinger "die Angst vor dem Laisser-faire" von "Linkssozialisten und Sozialdemokraten, CDU-Sozialausschüssen und christsozialen Sozialethikern", aber auch von den "vermeintlich so hartgesottenen Deregulierern der Westerwelle-FDP". Dabei geht er nicht nur auf einzelne Personen des öffentlichen Lebens ein, sondern analysiert eine umfassende Allianz von links und rechts, die gegen die Globalisierung und den "Manchester-Kapitalismus" wettern und mit einer Rückbesinnung zum "Sozialstaat" und höherer Besteuerung von Einkommen und Vermögen "die alten Zeiten der sozial-liberalen Koalition" zurückerobern wollen. Aber auch Phänomene wie "die Moderne", der Opferkult der Gesellschaft oder der in konservativen Kreisen erstarkende Kommunitarismus werden behandelt. Sehr lesenswert ist das Kapitel über die friedliche Revolution von 1989. Diese Revolution ist eine ganz und gar egoistische gewesen, da diese nicht von den Bürgerrechtlern ausgelöst wurde, sondern von den Republikflüchtlings. Dies ist selten erkannt worden, man hatte immer von den hohen Idealen der Revolutionäre gesprochen. Daß aber die Republikflüchtigen, welche nicht eine demokratischere Gesellschaft (Motto: "Wir sind das Volk"), sondern einfach konsumieren wollten, die ganze Sache ins Rollen gebracht haben, wird in der offiziellen Geschichtsschreibung selten erwähnt. "Diese Ex-und-hopp-Revolution war ein Bekenntnis zur Ex-und-hopp-Kultur der Plastikbecher und Ketchup-Tüten. Sie

war ein radikales Bekenntnis zum Leben, das, zur Kränkung aller Laienprediger, die ihm einen Sinn geben wollen, ein Ex-und-hopp-Phänomen ist. Nein, diese Bananen- und Colarevolutionäre taugten nicht zu Helden. Dabei war es ihre unbeugsame Bereitschaft zum Nicht-mehr-Durchhalten, die bewirkte, was die nukleare Abschreckung, was Hunderte Konferenzen, Zigtausende von Geheimagenten, Hunderttausende von Aufständischen in Budapest, Warschau und Prag, was alle Nagys, Harichs, Bahros, Biermanns und Havels nicht geschafft hatten: Sie brachen dem stalinistischem Mauersystem das Rückgrat. Ihr Ansturm schlug eine Bresche in den Eisernen Vorhang, und durchlöchert lief der betonsozialistische Eimer langsam aus." Man hat das Gefühl, daß die totale Verweigerung dem Staat gegenüber die einzige Methode zu sein scheint, welche radikale Umwälzungen auf friedlichem Weg zuläßt.

Man kann Herzinger zweifellos beipflichten, wenn er schreibt: "Laßt eure immergleichen Predigten ruhig auf uns haltlose moderne Plastikmenschen niederprasseln. Gebt unsere Seelen endgültig verloren, schließt uns auf immer aus der Gemeinde der Seligen aus, aber fällt uns nicht mehr mit Erziehungsprogrammen auf den Wecker. Rettet vor dem Ungeist des Materialismus, der Atomisierung und medialen Verflachung, wen ihr wollt, aber versucht uns bitte nicht mehr darüber zu belehren, was gut für uns ist. Laßt uns endlich in Ruhe!"

Ein frommer Wunsch. Leider werden wir nicht in Ruhe gelassen, sondern drangsaliert, erpresst und gedemütigt. Dieses Buch ist einer der wenigen hellen Lichtblicke: als Fanal der Freiheit. ■



Der libertäre Fragebogen

„Wirtschaftliche Unabhängigkeit zum Nutzen aller ist der sicherste Weg zur Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.“



Uwe Timm, geb. 1932, unabhängiger Publizist, zuletzt freigestellter Betriebsrat in einem Industrieunternehmen. Seit 1952 aktiv in der libertären Bewegung. Mitherausgeber der libertären Zeitschrift „Espero“. Zahlreiche Veröffentlichungen: u.a. Warum ich Anarchist bin, 3. Erweiterte Auflage 1985, Verlag der Mackay-Gesellschaft Freiburg; Ökologie und Freiheit 1980, Vlg. Der Mackay-Gesellschaft; Zum Glück geht's der Freiheit entgegen, Verlag Schwarzer Schatten, Bösdorf 1991; Max Stirner - Ein Ärgernis ?, Karin Kramer Verlag, 1996. Außerdem viele regelmäßige Beiträge in anarchistischen Periodika.

Meine persönliche(n) Stärke(n):

Ausdauer, Interesse, Neugierde; optimistische Lebenseinstellung.

Meine persönliche(n) Schwäche(n):

Davon gibt es genug. Ich habe gelernt, mit diesen Schwächen zu leben.

Mein Motto:

Nur wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt. Für das meiste was mir widerfährt, bin ich verantwortlich. Ich weiß für mich zu handeln.

Meine Hobbies:

Literatur, Reisen, Sauna, Schwimmen. Suche negativen Stress zu vermeiden, um gesund und aktiv zu bleiben. ESPERO, schreiben, lesen, aber auch genügend Zeit für die schönen Dinge im Leben.

Meine Vorbilder:

Viele Einflüsse, aber die Erkenntnis: Ruhe und Sicherheit findet der Mensch nur in sich selbst.

Meine Lieblingsautoren:

Immer mit einem Buch beschäftigt, aber mit den Lehren von Proudhon, Bakunin, Stirner, Mackay, Tucker u.a. wären wir von Büchern wie „Mein Kampf“ und dem „Schwarzbuch des Kommunismus“ verschon geblieben.

Mein Lieblingsbuch:

Was ich gerade lese.

Wen ich gerne einmal kennenlernen möchte:

Interessante Menschen, Menschen mit Ideen und einem freiheitlichen Bewußtsein finden sich von selbst.

Was ich liebe:

Das Leben in seiner ganzen Vielfalt. Junge Menschen, die hoffen lassen, daß die Freiheit (Anarchie) eine Zukunft besitzt.

Was ich hasse:

Gleichgültigkeit, Ignoranz, ideologischen Größenwahn. Aber Haß ist destruktiv, daher nie die Hoffnung aufgeben, daß wir ohne Klassen-Rassenhaß leben können.

Was ich mit Staat und Politik verbinde:

Entmündigung der Menschen, die daran gehindert werden, eigene Interessen wahrzunehmen.

Was ich mit Liberalismus verbinde:

In der Konsequenz Anarchismus, eine Gesellschaft der mündigen BürgerInnen. Mehr und minder bietet der parteiliche Liberalismus kaum Zielsetzungen, um sich diesem Ziel zu nähern.

Was ich mit Anarchismus verbinde:

Eine von der staatlichen Bevormundung befreiten Gesellschaft, eine entmonopolisierte Marktwirtschaft, in der Menschen frei entscheiden können, ob sie sich für einen Wettbewerb oder für die Begründung von sozialen Einrichtungen entscheiden, also miteinander kooperieren. Wirtschaftliche Unabhängigkeit zum Nutzen aller ist der sicherste Weg zur Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Was ich mit Kapitalismus verbinde:

Eine wirtschaftliche Organisation, die vorgibt ein Beispiel für eine freie Marktwirtschaft zu sein, aber eine solche mittels staatlicher Privilegien (Geldmonopol, Tribut an das Kapital, Begünstigung der marktbeherrschenden Konzerne, Wirtschafts- und Sozialversicherungsmongole etc.) ständig unterbindet. Daraus resultieren die Vorurteile gegen eine leistungsfähige Wirtschaft, die einzig und allein die Voraussetzung bietet, um die sozialen Probleme unserer Zeit ohne Verlust von Freiheit zu lösen. ■



Übergeschnappt

„Aufgeschnapptes“ aus der Politik

“Gesinnungsmäßige Unbelehrbarkeit”

04.06.1998: Kaarst/Neuss. Ein 25-jähriger Skinhead wird vor dem Neusser Schöffengericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte auf einer Party in Kaarst vor einer Hakenkreuzfahne den Hitler-Gruß gezeigt und sich dabei fotografieren lassen. Richter Bott sieht keine Möglichkeit, die Strafe auf Bewährung auszusetzen, da der Angeklagte u.a. wegen Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen vorbestraft war und weil noch zwei Verfahren mit ähnlichen Anklagen gegen ihn laufen. Wegen “gesinnungsmäßiger Unbelehrbarkeit” sei deshalb ein halbes Jahr Haft eine angemessene Strafe.

afl. Neben Cuba, Libyen, Iran, Nordkorea, China, Irak und anderen Geistesverwandten verurteilt also auch der deutsche Staat mal wieder wegen “gesinnungsmäßiger Unbelehrbarkeit” - und gehört mit genau dieser Begründung aus freiheitlicher Sicht verachtet.

Die Kernaufgabe des DGB

09.06.1998: Düsseldorf. Der vom Vorstand geplante Umzug des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) von Düsseldorf nach Berlin wird von den Delegierten auf dem DGB-Bundeskongress überraschend abgelehnt. Der IG-Metall-Chef Zwickel hatte zuvor die Delegierten gewarnt. Wer gegen den Umzug sei, “hat von politischer Beeinflussung wenig Ahnung”. Denn es gehe schließlich um die “tagtägliche Beeinflussung von Regierung und Parlament als Kernaufgabe des DGB.”

afl. Für diese offenen Worte ist Herrn Zwickel zu danken. Sie gehören fortan in jedes gute Politiklexikon und Schulbuch. Bleibt die Frage, an wen dann der DGB seine irrtümliche (Neben-)Aufgabe als Tarifpartner delegieren möchte, an die konkreten Arbeitgeber und Arbeitnehmer - oder an den Staat.

Von “Monopolkommissionen” und “Liberalen”

10.07.1998: Bonn. Die Monopolkommission des Wirtschaftsministeriums empfiehlt die Abschaffung des Meisterzwanges. Ein Handwerksbetrieb

liefere auch ohne Meisterbrief des Inhabers gute Arbeit. Anderer Ansicht ist postwendend die FDP: “Wir lehnen die Abschaffung des Meisterbriefs ab”, erklärt Wirtschaftsminister Rexrodt unmittelbar nach der Übergabe des Gutachtens an sein Ministerium. Und FDP-Fraktionchef Solms befindet: “Hier geht die Kommission eindeutig zu weit.”

afl: Das ständestaatliche Relikt Meisterbrief dient einzig und alleine dazu, Konkurrenz für bestehende Betriebe auszuschließen. Die Innung der bestehenden Handwerker entscheidet perverserweise darüber, wieviele neue Meistertitel überhaupt “verteilt” werden. Jedes bestehende Unternehmen hat natürlicherweise ein Interesse am erzwungenen, politischen Ausschluss der Konkurrenz. Eine Partei, die sich unverschämterweise “liberal” nennt, ist dabei traditionsgemäß der willigste Erfüllungshelfer. Innovative Neulinge und die Verbraucher sind die Verlierer bei diesem miesen Spiel. Westerwelle bedient sich zeitweise liberaler Rhetorik, um illiberales Handeln zu kaschieren. Die Lichtgestalten Solms und Rexrodt halten nicht einmal dies für nötig - in einer Staats-, Block- und Klientelpartei mit Namen FDP.

Rumoren im Wirtschaftskreislauf

10.07.1998: Bonn. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm verschärft einmal mehr seine Vorwürfe gegen den SPD-Kandidaten für das Amt des Wirtschaftsministers, Jost Stollmann. Stollmann sei gegenüber „220.000 Betriebsräten, die tagtäglich ihre Pflicht tun“, unsolidarisch. Stollmann hatte in Interviews erklärt, daß in einer gewandelten Arbeitswelt die Mitarbeiter anders einbezogen werden müßten als durch Betriebsräte. Blüm weiter: „Nun kommt der flotte Stollmann und erklärt kurzerhand die Betriebsräte für überlebt und überflüssig.“ Amüsiert verfolgen dagegen viele junge Gründer und High-Tech-Unternehmer die Gewerkschaftskritik, daß Stollmanns ehemalige Firma Compunet keinen Betriebsrat hat. „Welches Unternehmen in den Wachstumsbranchen hat den schon?“ fragt Olaf Wilhelm, Chef der Münchner Biotech-Firma Wilex.

afl: 220.000 Betriebsräte tun also täglich jene Pflicht, die Ihnen von der

Politik Marke Blüm angetragen wurde. Als Lohnkostenbestandteil von den Unternehmen kalkuliert, muß diese unproduktive Belastung das Restgehalt von produktiven Arbeitnehmern verringern, für die angeblich diese “soziale Errungenschaft” altbekannter Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen erdacht war. Erschreckend ist letztlich nicht der typische Aufschrei der Besitzstandswahrer und Plünderer, wenn unerwartet ein noch nicht erfolgreich in die politische Kaste integrierter daherkommt und deren heile Welt in Frage stellt, auch nicht einmal mehr die Erkenntnis, daß Teile der CDU noch mehr am Sozialstaat hängen als Teile der politischen “Linken”. Nein, wirklich erschreckend ist es, daß öffentlich NIEMAND außer ein paar unorthodoxen Jungunternehmern die einfach wahren Aussagen Stollmanns unterstützt. Und so kommt es, wie es kommen muß: Irgendwann werden auch den jetzigen Wachstumsbranchen die altbekannten Bremsklötze angelegt sein: erst Betriebsräte, dann das Zünftewesen (Handwerksordnung und Meisterprüfungspflicht) - und schließlich der Subventionstrog, der dann von den neuen Wachstumsbranchen gefüllt werden muß. Das ganze nennt man “Wirtschaftskreislauf”, bevor er am Infarkt zusammenbricht.

Sex and Drugs and Religion

25.07.1998: München. Bayerns CSU-Justizminister Hermann Leeb macht FDP und SPD indirekt für ansteigende Kinderpornographie-Delikte verantwortlich: Bereits 1973 habe die damalige SPD/FDP-Koalition die “einfache Pornographie” teilweise freigegeben. Die Teilfreigabe der Pornographie habe, so Leeb, eine “gesellschaftspolitische Weichenstellung” bedeutet. Die legalisierte Verbreitung von Pornographie habe “immer neue Bedürfnisse” geweckt. Der Trend “zu immer Härterem” sei seither unverkennbar.

afl: Leeb hat recht: Wer den Playboy liest, der endet zumindest potentiell auch als Kindermörder. Aber: Wer ein legalisiertes bayerische Bier trinkt, der endet zumindest potentiell auch an der Heroinnadel und wer in bayerischen Schulen schon als Kind unter dem Kreuz erzogen wird, gar Sonntags zum Kirchengang animiert wird, der muß beinahe zwangsläufig zum Scientologen oder gar zum Satanisten verkommen. Denn durch diese “Weichenstellungen” werden nun einmal “immer neue Bedürfnisse geweckt”: Man will zwangsläufig “immer härteren” Stoff. Schreiten Sie ein, Herr Leeb! ■